

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

Ich habe zur 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.09.2020 um 20:00 Uhr in das Rathaus, Freiherr-vom-Stein-Straße 13, Egelsbach, Raum 25 eingeladen.

Tagesordnung

1. **Mitteilungen, Anfragen und Berichte**
- 1.1 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 1.2 Mitteilungen des Gemeindevorstandes
- 1.3 Anfragen
- 1.4 Berichte
2. **Haushalt 2020 - aktuelle Situation**
3. **Vorstellung der Verwaltungsstrukturreform**
4. **Wahl eines stellvertretenden Schriftführers im Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Egelsbach** (VL-30/2020)
5. **Waldwirtschaftsplan 2021** (VL-33/2020)
6. **Radschnellweg 2. Bauabschnitt
Bereitstellung der Investitionskosten** (VL-24/2020)
7. **Erhaltungssatzung für Teilbereiche des Gemeindegebietes Egelsbach** (VL-25/2020)
8. **Bauleitplanung Gemeinde Egelsbach
hier: Einleitung- bzw. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. A -04/01
„Im Kammereck-Teil I 2. Vorhabenbezogene Änderung“** (VL-26/2020)
9. **Ankauf der Containeranlage Brühl** (VL-27/2020)
10. **Ausschreibung der Essensversorgung für die Kinderbetreuungseinrichtungen** (VL-28/2020)
11. **Wirtschaftliche Betätigung
hier: Überprüfung nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung** (VL-31/2020)
12. **Haushalt 2021 - Gliederung der Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation** (VL-32/2020)
13. **Antrag 03-2019 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 20.08.2019
Prüfauftrag "Bepflanzung Berliner Platz"** (VL-34/2020)
14. **Anträge der Fraktionen**
- 14.1 Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
- 14.1.1 Antrag 02-2020 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.08.2020
betr.: "Prüfung einer Baumbepflanzung der Wolfsgartenstraße"

- 14.1.2 Antrag 03-2020 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom
25.08.2020
betr.: "Antrag zur Einführung von Mehrwegbechern in Egelsbach"
- 14.1.3 Antrag 04-2020 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom
25.08.2020
betr.: "Errichtung zweier kleiner Mini-Fußballtore"
- 14.1.4 Antrag 05-2020 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom
25.08.2020
betr.: "Errichtung eines Basketballkorbes am Inline-Hockeyfeld
(Heidelberger Straße)"
- 14.1.5 Antrag 06-2020 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom
25.08.2020
betr.: "Antrag zur Errichtung einer Graffitiwand neben dem Ju-
gendzentrum"
- 14.2 WGE-Fraktion
- 14.2.1 Antrag 2020-01 der WGE-Fraktion vom 24.08.2020
betr.: "Interkommunale Zusammenarbeit in der Seniorenberatung
mit der Stadt Langen"

Mit freundlichen Grüßen

gez. Manfred Müller

***Vorstehende Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzaus-
schusses am 17.09.2020 wird vom bis einschließl. ausgehängt.***

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-30/2020

Finanzen & Innere Dienste
FD 1.3 Verwaltung & Politik

Datum: 24.08.2020

1. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
-------------------------------	------------

Wahl eines stellvertretenden Schriftführers im Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Egelsbach

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss** wie folgt zu beschließen:

Zum neuen stellvertretenden Schriftführer im Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Egelsbach wird folgender Mitarbeiter gewählt:

- Herr Thomas Weinert, Freiherr-vom-Stein-Str. 13, 63329 Egelsbach

Finanzielle Auswirkungen:

Sitzungsgelder gemäß der Entschädigungssatzung der Gemeinde Egelsbach

Erläuterungen:

Da die bisherige stellvertretende Schriftführung (Frau Susanne Neuhäusel) des Haupt- und Finanzausschusses von Ihrem Amt zurücktritt, ist für die Wahlperiode 2016-2021 eine neue Schriftführung zu wählen.

Gemäß § 61 Abs. 2 Satz 2 HGO können zur Schriftführerin oder zum Schriftführer Gemeindevertreterinnen bzw. Gemeindevertreter, Gemeindebedienstete - auch wenn sie ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben - sowie Bürgerinnen und Bürger gewählt werden.

Gemäß § 55 Abs. 5 HGO erfolgt die Wahl der Hauptschriftführung nach Stimmenmehrheit. Die Wahl erfolgt auch hier schriftlich und geheim. Wenn niemand widerspricht kann gemäß § 55 Absatz 3 Satz 2 HGO durch Zuruf oder Handaufheben abgestimmt werden.

Gemäß § 55 Absatz 1 Satz 1 HGO erfolgt die Wahl der/des stellvertretenden Schriftführerin/ Schriftführers nach dem Verhältniswahlverfahren, da mehrere gleichartige unbesoldete Stellen zu besetzen sind. Gewählt wird schriftlich und geheim aufgrund von Wahlvorschlägen aus der Gemeindevertretung. Haben sich alle Gemeindevertreter auf einen Wahlvorschlag geeinigt, ist gemäß § 55 Absatz 2 Satz 1 HGO der einstimmige Beschluss über die Annahme dieses Wahlvorschlages ausreichend. Hierbei sind Stimmenthaltungen unerheblich.

Nach Rücksprache mit den Beschäftigten der Gemeindeverwaltung schlägt der Bürgermeister o.g. Regelung vor.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage eingereichten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-33/2020

Sicherheit & Ordnung

FD 3.3 Bauen & Umwelt

Datum: 24.08.2020

1. Bau- und Umweltausschuss	08.09.2020
2. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
3. Gemeindevertretung	24.09.2020

Waldwirtschaftsplan 2021

Anlage(n):

(1) Waldwirtschaftsplan 2021

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Der Waldwirtschaftsplan 2021 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen [Kst] 1305025/5090000 :

Geplanter Überschuss aus dem Waldwirtschaftsplan 2021: ca. **14.200,00 Euro**.

Erläuterungen:

Das Forstamt Langen erläutert den Plan und die veränderten Bedingungen in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 11.08.2020 und auf der Sitzung des Bauausschusses am 08.09.2020.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 11.08.2020 zugestimmt.

HessenForst Langen • Dieburger Straße 53 • 63225 Langen

Gemeindevorstand der
Gemeinde Egelsbach
Freiherr-vom-Stein-Str. 13

63329 Egelsbach

Aktenzeichen K 12
Bearbeiter Herr Löber
Durchwahl 06103 – 5009 12
Fax 06103 – 5009 40
E-Mail michael.loeber@forst.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Datum: 15.07.2021

Vorlage Waldwirtschaftsplan 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage erhalten Sie den Waldwirtschaftsplan 2021 für den Gemeindewald Egelsbach

Hierzu vorab einige Bemerkungen zur Situation im Forst zur Zeit der Planerstellung.

Das Holzmarktgeschehen der letzten beiden Jahre ist geprägt durch Kalamitäten (Trockenheit und Borkenkäfer). Ein Holzmarkt in der gewohnten Form existiert Europaweit nicht.

Die Lager vor allem beim Nadelholz sind gefüllt. Derzeit dürften alleine in Hessen in allen Waldbesitzarten mehr als 2 Mio. fm Nadelholz unvermarktet sein. Eine Entspannung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Je nach Witterungsverlauf in diesem Jahr dürfte sich die Situation noch verschärfen.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Folgen der Corona-Pandemie sich auch auf den Holzmarkt niederschlagen. Der Export in Nicht-EU-Länder ist zum Erliegen gekommen und auch die Ausfuhren in angrenzende EU-Länder sind weitestgehend eingestellt.

Aktuell haben bereits einzelne Kunden den Einschnitt reduziert oder sogar komplett eingestellt. Die Abnahme von Liefermengen wurde im Idealfall geschoben, teilweise jedoch auch komplett storniert (was im Falle der derzeitigen Krisensituation rechtlich machbar ist).

Auch der Stockkauf, bisher ein noch funktionierender Absatz, geht drastisch zurück, da diese Kunden häufig ins EU-Ausland exportieren. Kleinere Betriebe haben bereits die Aufarbeitung eingestellt.

HessenForst

Landesbetrieb nach § 26
Landeshaushaltsordnung
Gerichtsstand Kassel
USt-Id-Nr. DE220549401

Hausanschrift

HessenForst Langen
Dieburger Straße 53
63225 Langen

Kontakt

Telefon: 06103/5009-0
Telefax: 06103/500940
ForstamtLangen@forst.hessen.de
www.hessen-forst.de

Bankverbindung

HCC HForst
Helaba
IBAN: DE7750050000001002369
BIC: HELADEFXXX

Leitung
N.N.

Die Preise für das Nadelholz sind gegenüber der letzten Saison noch einmal zurückgegangen, eine kostendeckende Holzernte über alle Sortimente hinweg ist mittlerweile nicht mehr möglich. Die meisten Nadelholzsortimente und vor allem das Nadelindustrieholz sind derzeit unverkäuflich.

Dies betrifft auch unseren „Brotbaum“ die Kiefer. Diese ist, von einigen wenigen Spezialsortimenten abgesehen, derzeit unverkäuflich, vor allem wenn es sich um Schadholz aufgrund von Diplodiabefall handelt.

Laubholz konnte in der abgelaufenen Saison noch abgesetzt werden, allerdings stockt der Absatz zur Zeit ebenfalls.

Lediglich im Bereich Brennholz und beim Buchenindustrieholz funktioniert der Absatz noch zu angemessenen Preisen.

Wie sich die Lage bei den derzeit bestehenden Unwägbarkeiten entwickeln wird, ist aktuell seriös nicht vorhersehbar. Aussagen zum Holzmarktgeschehen in 2021 sind nicht machbar. Derzeit ändert sich die Lage im Monatstakt.

Sinnvoll ist es auf jeden Fall in der jetzigen Situation auf jeglichen Frischholzeinschlag im Nadelholz weitestgehend zu verzichten. Dies umso mehr, da auch bei uns von einem vermehrten Anfall an Schadholz durch Diplodiabefall und Trocknis sowohl in der Kiefer als auch im Laubholz (Buche und Eiche) auszugehen ist. Der Umfang ist jedoch für 2021 weder einschätzbar geschweige denn planbar, da hier der Witterungsverlauf des Jahres 2020 entscheidenden Einfluss haben wird. Sollte es erneut so trockenen und heiß werden wie in den vergangenen Jahren, ist vom Schlimmsten auszugehen.

Unter diesen Voraussetzungen, die es so noch nie gab, ist eine auch nur annähernd seriöse Planung für 2021 nicht möglich.

Ich habe daher bei aller Planung folgende Vorgehensweise praktiziert:

- Planung aller unbedingt notwendigen oder feststehenden Ausgaben (Verkehrssicherung, Personalkosten, Beförsterungskosten, sonstige allgemeinen Ausgaben).
- Planung eines minimalen Holzeinschlages, der durch Verkehrssicherung oder Schadholzbeseitigung im nötigsten Umfang bedingt ist.
- Planung zwingend notwendiger Pflegemaßnahmen um getätigte Investitionen (Kulturen) zu sichern.
- Planung notwendiger Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen, wobei es gerade in diesem Punkt noch zu einer intensiven Abstimmung kommen muss, da sicherlich nicht alle notwendigen Anpflanzungen in einem Rutsch getätigt werden können.

Für die Einschlagsplanung im Gemeindewald Egelsbach ergibt sich die Situation, dass zum Zeitpunkt der Planerstellung bereits erhebliche Schadholzmengen bei der Kiefer vorhanden sind. Diese wurden zum Einschlag eingeplant und zwar in Selbstwerbung mit minimalem Holzerlösen. Ob dieses tatsächlich umzusetzen ist, wird sich erst zeigen wenn die Verkaufsverhandlungen für diese Saison begonnen bzw. abgeschlossen sind.

Hinsichtlich der Planung der Holzgeldeinnahmen muss ich noch auf einen Fakt hinweisen. Da die eingeplante Holzmenge nicht mehr von mir sondern von der Holzverkaufsorganisation Darmstadt – Dieburg – Offenbach (HVO Da-Di-Of) vermarktet wird, kann ich die Holzgeldeinnahmen nur mit vorsichtig geschätzten Werten planen. Hier könnten sich nach Abstimmung mit der HVO noch Änderungen ergeben

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die Erstellung eines Waldwirtschaftsplanes noch nie unter derart unwägbareren Voraussetzungen erfolgen musste.

Für 2021 beinhaltet der Plan folgende Zahlen.

Geplante Ausgaben:	86.800,00 €
Geplante Einnahmen:	101.000,00 €

Überschuss :	14.200,00 €
--------------	-------------

Mit freundlichen Grüßen

i.A. gez. M. Löber

Wirtschaftsplan Forstbetrieb
WiPluS

Forstamt	Langen
Betrieb	Gemeindewald Egelsbach
Revier	Revier Langen
Geschäftsjahr	2021
Besteuerung	Durchschnittsbesteuerung
Fläche Wald im regelmäßigen Betrieb	306,7 [ha]

Holzernte	Einschlag (Efm)	2.250
	davon FE /X-Holz (Efm)	225
	verkauffähiges Holz (Efm)	2.025
	Einschlag je Hektar (Efm)	7,3
	Erlöse (EUR)	4.808
	Kosten (EUR)	
	Deckungsbeitrag (EUR)	4.808
	Erlöse (EUR/Efm)	2
	Kosten (EUR/Efm)	
	Deckungsbeitrag (EUR/Efm)	2
	Erlöse (EUR/ha)	16
	Kosten (EUR/ha)	
	Deckungsbeitrag (EUR/ha)	16
Biologische Produktion	Erlöse Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR)	
	Kosten Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR)	31.838
	Deckungsbeitrag Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR)	-31.838
	Erlöse/ha Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR/ha)	
	Kosten/ha Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR/ha)	104
Deckungsbeitrag Verjüngung/Pflege/Schutz (EUR/ha)	-104	

Wirtschaftsplan Haushalt
WiPlus

Forstamt	Langen
Betrieb	Gemeindewald Egelsbach
Revier	Revier Langen
Geschäftsjahr	2021
Besteuerung	Durchschnittsbesteuerung

Teilergebnis Ertrag	100.908
Teilergebnis Aufwand	85.715
Überschuss	15.193
Teilergebnis IBLV Ertrag	0
Teilergebnis IBLV Aufwand	1.000
Überschuss IBLV	-1.000
Überschuss Gesamt	14.193

Kontengruppe	Konto		Ergebnis
Aufwand	6089000	Material Forstwirtschaft	17.283,94
	6139000	Unternehmer Forstwirtschaft	42.970,90
	6909000	Waldbrandversicherung	300,00
	6910000	Beiträge PEFC, Berufsgenossenschaft	4.800,00
	7020000	Grundsteuer Wald	700,00
	7178000	Verwaltungs- und Beförsterungsbeitrag	19.660,00
Erträge	5005000	Pacht- und Mieterlöse	80.000,00
	5090000	Förderung forstwirtsch. Infrastruktur	20.908,18
IBLV Aufwand	9500200	Innere Verrechnung Bauhof	1.000,00

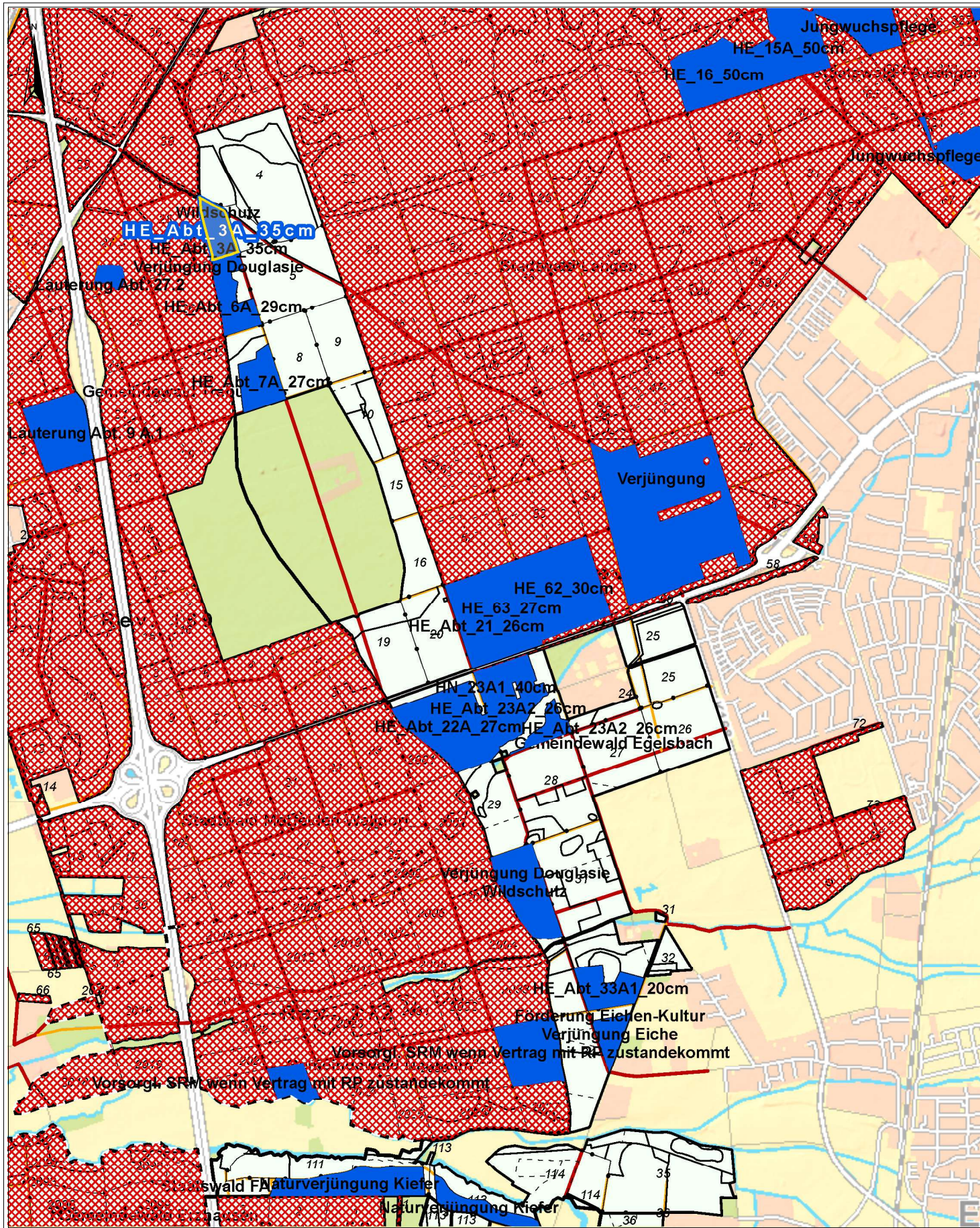
Hauungsplan nach Planobjekten

WiPlus

Forstamt	Langen
Betrieb	Gemeindewald Egelsbach
Revier	Revier Langen
Geschäftsjahr	2021
Besteuerung	Durchschnittsbesteuerung

Planobjekt	Aufbereitungsverf.	Ausführende	Kostenstufe	Teilleistung	Bemerkung	Priorität	Quartal	Holzart	Sortiment	Kunde	EFm	Erlöse	Kosten	Ergebnis	Fläche des PO [ha]
HE_Abt_21_26cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	120	633,00		633,00	7,90
									IH	Nicht zugeordnet	240	253,20		253,20	7,90
									FE	Nicht zugeordnet	40	0,00		0,00	7,90
HE_Abt_22A_27cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	150	791,25		791,25	12,90
									IH	Nicht zugeordnet	300	316,50		316,50	12,90
									FE	Nicht zugeordnet	50	0,00		0,00	12,90
HE_Abt_23A2_26cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	105	553,88		553,88	7,40
									IH	Nicht zugeordnet	210	221,55		221,55	7,40
									FE	Nicht zugeordnet	35	0,00		0,00	7,40
HE_Abt_33A1_20cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	Zellstoff-Stendal	-	Jul/Aug/Sep	EI	EH	Nicht zugeordnet	135	71,21		71,21	4,80
									FE	Nicht zugeordnet	15	0,00		0,00	4,80
HE_Abt_3A_35cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	45	237,38		237,38	3,00
									IH	Nicht zugeordnet	90	94,95		94,95	3,00
									FE	Nicht zugeordnet	15	0,00		0,00	3,00
HE_Abt_6A_29cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	75	395,63		395,63	5,10
									IH	Nicht zugeordnet	150	158,25		158,25	5,10
									FE	Nicht zugeordnet	25	0,00		0,00	5,10
HE_Abt_7A_27cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Pflegenutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	75	395,63		395,63	4,60
									IH	Nicht zugeordnet	150	158,25		158,25	4,60
									FE	Nicht zugeordnet	25	0,00		0,00	4,60
HN_23A1_40cm	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	hoch	Hauptnutzung-Kalamität	#	-	Jan/Feb/Mrz	KI	PAL	Nicht zugeordnet	80	422,00		422,00	3,80
									IH	Nicht zugeordnet	100	105,50		105,50	3,80
									FE	Nicht zugeordnet	20	0,00		0,00	3,80
Gesamtergebnis											2.250	4.808,18		4.808,18	49,50

WiPlus



Datum: 13.07.2020

1:25.000

15:00:33

0 325 650 975 1.300 m



 **HessenForst**
MEHR WALD.
MEHR MENSCH.

Wirtschaftsplan Kostenrechnung

WiPlus

Forstamt	Langen
Betrieb	Gemeindewald Egelsbach
Revier	Revier Langen
Geschäftsjahr	2021
Besteuerung	Durchschnittsbesteuerung
Fläche Wald im regelmäßigen Betrieb	306,7 [ha]

	Erlös		Kosten		Ergebnis
Je Hektar Wald im regelmäßigen Betrieb (WirB)	329		283		46

Leistung		Erlöse	(davon IBLV)	Kosten	(davon IBLV)	Ergebnis
000000	Gemeinkosten	11.900		25.460		-13.560
011100	Verjüngung			24.959		-24.959
011600	HE-Stock-Verkauf	4.808				4.808
011800	Schutz gegen Wildschäden			6.878		-6.878
013300	Flächenverpachtung und Vermietung	80.000				80.000
013600	Verkehrssicherung/Bewirt.Betriebsflächen			17.850		-17.850
043310	Einsatz im Bauhof			1.000	1.000	-1.000
060100	Wegeunterhaltung	4.200		10.567		-6.367
Gesamtergebnis		100.908		86.715	1.000	14.193

Liste nach Teilleistung

Forstamt	Langen
Betrieb	Gemeindewald Egelsbach
Revier	Revier Langen
Geschäftsjahr	2021
Besteuerung	Durchschnittsbesteuerung

Teilleistung	Planobjekt	Erfassungsmasse	Leistung	Ausführende	Priorität	Quartal	Bemerkung	ME, MAT, BA, HA	Menge je ha	Größe des PO (ha)	Menge	Erlöse in EUR	Kosten in EUR	Ergebnis in EUR
Gatterneubau/-erweiterung	Wildschutz	Biologische Produktion	Schutz gegen Wildschäden	Unternehmer	-	Okt/Nov/Dez	#	Stück Drahtgatter Rehwild	800,00	1,00	800		4.855,20	-4.855,20
	Ergebnis												4.855,20	-4.855,20
Hauptnutzung-Kalamität	HN_23A1_40cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	52,63	3,80	200	527,50		527,50
	Ergebnis											527,50		527,50
Kultur- und Jungwuchspflege	Verjüngung Douglasie	Kosten und Erlöse	Verjüngung	Unternehmer	-	Nicht zugeordnet	Freischneiden von Konkurrenzvegetation	Hektar	3,00	1,00	3		2.142,00	-2.142,00
	Ergebnis												2.142,00	-2.142,00
Naturverjüngung	Naturverjüngung Kiefer	Kosten und Erlöse	Verjüngung	Unternehmer	-	Nicht zugeordnet	Bodenvorbereitung mit Bagger	Hektar	1,00	3,00	3		4.284,00	-4.284,00
	Ergebnis												4.284,00	-4.284,00
Pflanzung	Verjüngung Eiche	Künstliche Verjüngung	Verjüngung	Unternehmer	-	Okt/Nov/Dez	#	Stück Betulus carpinus	1.600,00	1,30	2.080		2.706,50	-2.706,50
								Stück Quercus robur	6.400,00	1,30	8.320		11.805,25	-11.805,25
	Ergebnis												14.511,75	-14.511,75
Pflegennutzung-Kalamität	HE_Abt_21_26cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	50,63	7,90	400	886,20		886,20
	HE_Abt_22A_27cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	38,76	12,90	500	1.107,75		1.107,75
	HE_Abt_23A2_26cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	47,30	7,40	350	775,43		775,43
	HE_Abt_33A1_20cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jul/Aug/Sep	Zellstoff-Stendal	EFm Eiche	31,25	4,80	150	71,21		71,21
	HE_Abt_3A_35cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	50,00	3,00	150	332,33		332,33
	HE_Abt_6A_29cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	49,02	5,10	250	553,88		553,88
	HE_Abt_7A_27cm	Holzernte	HE-Stock-Verkauf	Unternehmer	-	Jan/Feb/Mrz	#	EFm Kiefer	54,35	4,60	250	553,88		553,88
	Ergebnis											4.280,68		4.280,68
Verbiss-/ Fegeschutz	Wildschutz	Kosten und Erlöse	Schutz gegen Wildschäden	Unternehmer	-	Nicht zugeordnet	Fegeschutz-Stäbe Ankauf+ Anbringen	Stück	1.700,00	1,00	1.700		2.023,00	-2.023,00
	Ergebnis												2.023,00	-2.023,00
Voranbau	Verjüngung Douglasie	Künstliche Verjüngung	Verjüngung	Unternehmer	-	Apr/Mai/Jun	#	Stück Pseudotsuga menziesii	1.700,00	1,00	1.700		4.021,69	-4.021,69
	Ergebnis												4.021,69	-4.021,69
Nicht zugeordnet	Default - ganzer Betrieb	Kosten und Erlöse	Gemeinkosten	-	-	Nicht zugeordnet	Beförsterungskosten (Richtsatz 1 und 2)	#	0,00	383,40	0		14.485,00	-14.485,00
							Forsteinrichtungskosten	#	0,00	383,40	0		2.060,00	-2.060,00
							Förderung Wildschutz	lfd. Meter	1,56	383,40	600	1.500,00		1.500,00
							Kosten der HVO (ehemals Richtsatz 3)	#	0,00	383,40	0		3.115,00	-3.115,00
	Förderung Eichen-Kultur	Kosten und Erlöse	Gemeinkosten	-	-	Nicht zugeordnet	Förderung Eichen-Kultur	Hektar	1,00	1,30	1	10.400,00		10.400,00
	Miet- und Pachteinnahmen	Kosten und Erlöse	Flächenverpachtung und Vermietung	-	-	Nicht zugeordnet	#	#	0,00	383,10	0	80.000,00		80.000,00
	Sonstige Ausgaben	Kosten und Erlöse	Einsatz im Bauhof	-	-	Nicht zugeordnet	interne Verrechnung Bauhof	#	0,00	383,10	0		1.000,00	-1.000,00
			Gemeinkosten	-	-	Nicht zugeordnet	Berufsgenossenschaftsbeitrag	#	0,00	383,10	0		4.000,00	-4.000,00
							FSC/PEFC-Beitrag	#	0,00	383,10	0		800,00	-800,00
							Grundsteuer	#	0,00	383,10	0		700,00	-700,00
							Waldbrandversicherung	#	0,00	383,10	0		300,00	-300,00

Teilleistung	Planobjekt	Erfassungsmaske	Leistung	Ausführende	Priorität	Quartal	Bemerkung	ME, MAT, BA, HA	Menge je ha	Größe des PO (ha)	Menge	Erlöse in EUR	Kosten in EUR	Ergebnis in EUR
	Verkehrssicherung	Kosten und Erlöse	Verkehrssicherung/Bewirt. Betriebsflächen	Unternehmer	-	Nicht zugeordnet	#	#	0,00	383,10	0		17.850,00	-17.850,00
	Wegeunterhaltung	Kosten und Erlöse	Wegeunterhaltung	-	-	Nicht zugeordnet	Förderung Wegebau	#	0,00	383,10	0	4.200,00		4.200,00
							Wegebbaumaterial-Ankauf	Tonnen	0,42	383,10	160		3.427,20	-3.427,20
				Unternehmer	-	Nicht zugeordnet	Instandsetzung Krötsee-Schneise Abt.34	lfd. Meter	1,31	383,10	500		3.570,00	-3.570,00
							Lichtraumprofil Freischneiden	#	0,00	383,10	0		2.380,00	-2.380,00
							Mulchen der Wegeränder	#	0,00	383,10	0		1.190,00	-1.190,00
	Ergebnis											96.100,00	54.877,20	41.222,80
Gesamtergebnis												100.908,18	86.714,84	14.193,34

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-24/2020

Sicherheit & Ordnung
FD 3.2 Ortsentwicklung

Datum: 24.08.2020

1. Bau- und Umweltausschuss	08.09.2020
2. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
3. Gemeindevertretung	24.09.2020

Radschnellweg 2. Bauabschnitt Bereitstellung der Investitionskosten

Anlage(n):

- (1) Übersichtsplan
- (2) Lageplan Voruntersuchung in 3 Abschnitten

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Für den Radschnellweg 2. Bauabschnitt werden zur Umsetzung und Durchführung der Baumaßnahme auf Basis der Planungen „Voruntersuchungen“ (Anlage) Investitionskosten von 220.000,00 € auf der Kostenstelle 0901023/ I 0901014 zur Verfügung gestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Ein Teil der Maßnahmen wird über öffentliche Fördermittel finanziert. Es bleibt ein Restanteil für die Gemeinde in Höhe von rd. 220.000,00 €.

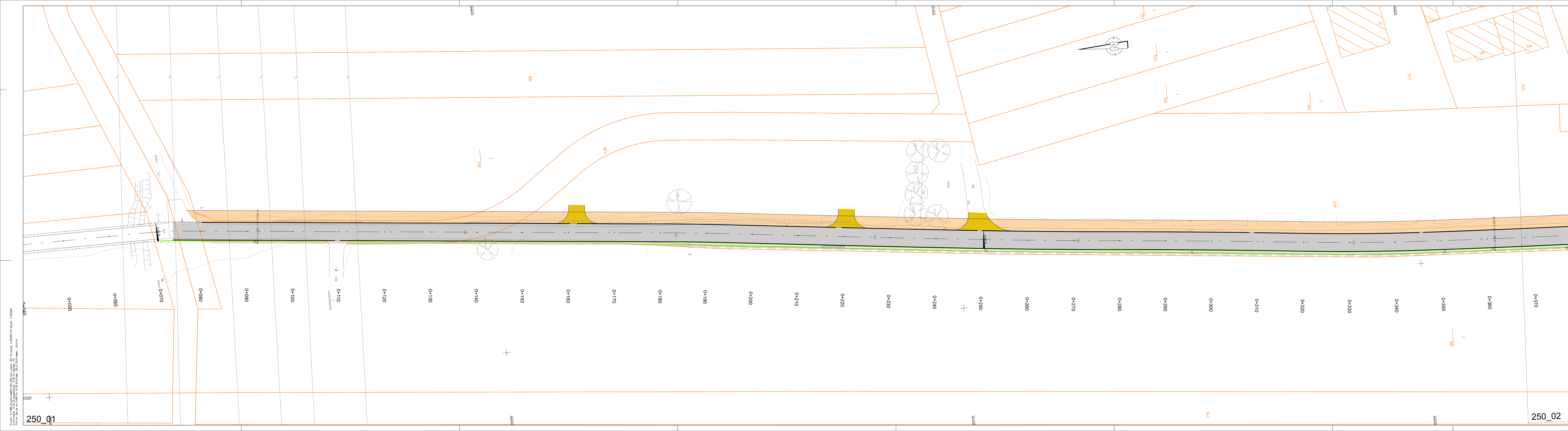
Erläuterungen:

Der Radschnellweg soll eine durchgehende Verbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt schaffen. Er verläuft durch die Gemarkung Egelsbach. Er ist Pilotprojekt der Regionalparkroute, bei denen alle Gemeinden beteiligt sind.

Inzwischen wurde der erste Bauabschnitt fertiggestellt. Seit Frühjahr wird der zweite Bauabschnitt geplant. Ziel des Verbandes (Regionalpark Rhein Main SÜDWEST GmbH) ist es, den zweiten Bauabschnitt - der vom Kreis Georg-Wehsarg-Straße bis Gemarkungsgrenze zu Langen verläuft - noch in diesem Jahr zu beginnen. Die Planungskosten hierzu wurden von der Gemeinde Egelsbach bereits zur Verfügung gestellt.

Nach jetziger Kostenschätzung durch das Planungsbüro KH Planwerk aus Darmstadt liegen die Durchführungskosten für die Baumaßnahme insgesamt bei rd. 716.000 € brutto. Die Durchführung wird größtenteils über Landesfördermittel finanziert. Es verbleibt jedoch ein Eigenanteil für die Gemeinde. Dieser ist im Haushalt bereitzustellen.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.



Zeichenerklärung

Planung

- Einschnittsböschung
- Mulde mit Fließrichtung/ Versickerungsmulde
- Straßennebenflächen
- Entwässerungsrinne
- Fahrbahn mit Achse
- Bankett
- Radschnellweg (eingefärbt)
- Gehweg
- Fahrbahnteiler/ Insel/ Pflasterflächen
- Entwässerungsgraben mit Fließrichtung
- Sonstiges
- Baustelleneinrichtungfläche
- Rückbaufläche
- vorh. Baum/ Baumfällung

Dammböschung

H = 20 000 m

Nigungsbrechpunkt mit Angabe von Ausrundungshalbmesser, Längsneigung und Abstand zum nächsten Nigungsbrechpunkt

Gradientenhochpunkt

Gradiententiefpunkt

Querneigung

1 2 3

d			
c			
b			
a			
Nr.	Art der Änderung	Datum	Name

Entwurfsplanung:

	KH Planwerk GmbH Bergstraße 7 36100 Petersberg Tel. 0661/92804-0 Fax. 0661/92804-25	Datum	Zeichen
		08/2020	DK
		gezeichnet	DK
		geprüft:	gez. Karl Herrmann

Petersberg, den 17.08.2020

VORUNTERSUCHUNG

Auftraggeber:

Vorhabenträger
 Regionalpark RheinMain Südwest gGmbH
 c/o Magistrat der Stadt Kelsterbach
 Mörfelder Straße 33, 65451 Kelsterbach

Bauvorhaben:

Neubau RDW Abschnitt
 -Langen nach Egelsbach-

Unterlage Nr.: 5.1
 Blatt Nr.: 1

Bezeichnung:

Lageplan Raddirektweg, Variante 1
 Bau-km von 0+000 bis 0+370

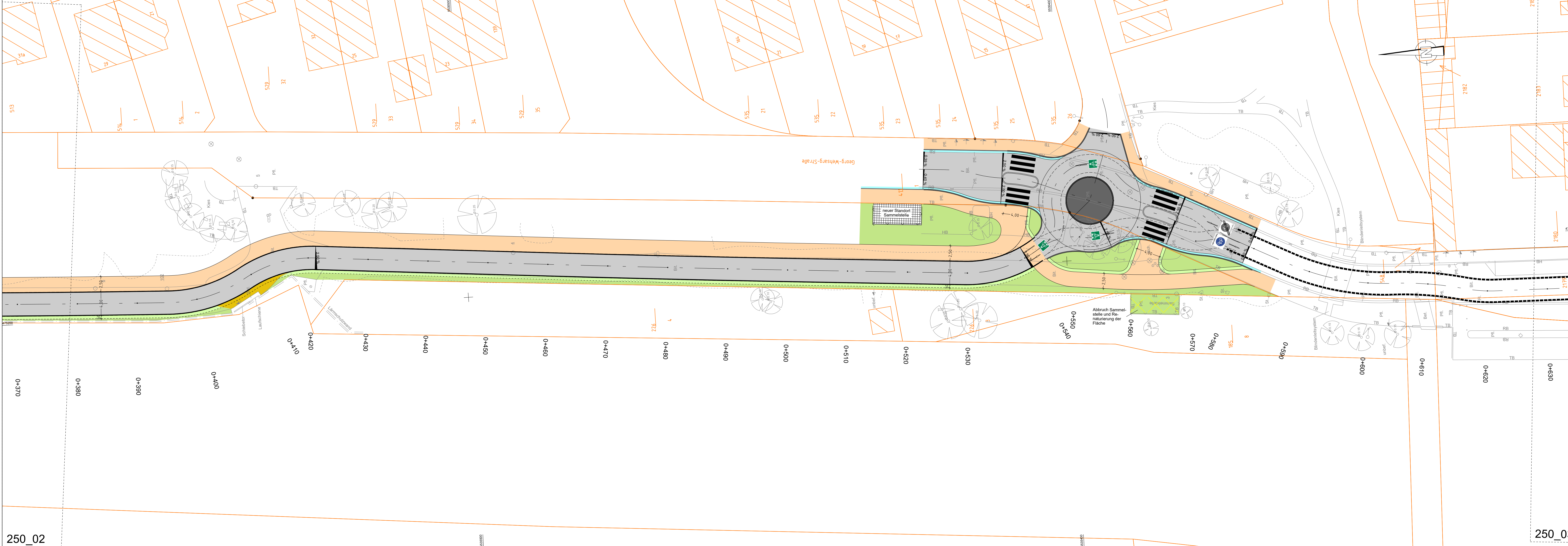
Maßstab: 1:250

Aufgestellt:

.....den.....

Genehmigt:

.....den.....



Zeichenerklärung

Planung

- Einschnittsböschung
- Mulde mit Fließrichtung/ Versickerungsmulde
- Straßennebenflächen
- Entwässerungsrinne
- Fahrbahn mit Achse
- Bankett
- Radschnellweg (eingefärbt)
- Gehweg
- Fahrbahnteiler/ Insel/ Pflasterflächen
- Entwässerungsrinnen mit Fließrichtung

Sonstiges

- Baustelleneinrichtungsfläche
- Rückbaufläche
- vorh. Baum/ Baumfällung

Legende:

- Dammböschung
- Neigungsbrechpunkt mit Angabe von Ausrundungshalbmesser, Längsneigung und Abstand zum nächsten Neigungsbrechpunkt
- Gradientenhochpunkt
- Gradiententiefpunkt
- Querneigung

Maßstab: 1 2 3

d	c	b	a	Nr.	Art der Änderung	Datum	Name

Entwurfsplanung:

KH PLANWERK

Petersberg, den 17.08.2020

KH Planwerk GmbH
 Bergstraße 7
 36100 Petersberg
 Tel. 0661/92804-0
 Fax. 0661/92804-25

Datum Zeichen

bearbeitet	08/2020	DK
gezeichnet	08/2020	DK

geprüft: _____
 gez. Karl Herrmann

VORUNTERSUCHUNG

Auftraggeber:

Vorhabenträger
 Regionalpark RheinMain Südwest gGmbH
 c/o Magistrat der Stadt Kelsterbach
 Mörfelder Straße 33, 65451 Kelsterbach

Bauvorhaben:

Neubau RDW Abschnitt
 -Langen nach Egelsbach-

Unterlage Nr.: 5.1
 Blatt Nr.: 2

Bezeichnung:

Lageplan Raddirektweg, Variante 1
 Bau-km von 0+370 bis 0+630

Maßstab: 1:250

Aufgestellt:

.....den.....

Genehmigt:

.....den.....

Projekt: 15.0002.01 - Raddirektweg, Variante 1, Bauabschnitt 1, 1:250
 Entwurfsplanung: 15.0002.01 - Raddirektweg, Variante 1, Bauabschnitt 1, 1:250
 Station: Bereich von 0+370 bis 0+630
 Datum: 17.08.2020
 Zeichner: Karl Herrmann
 Prüfer: Karl Herrmann



Zeichenerklärung

Planung

- Einschnittsböschung
- Mulde mit Fließrichtung/ Versickerungsmulde
- Straßenebenenflächen
- Entwässerungsrinne
- Fahrbahn mit Achse
- Bankett
- RSW (eingefärbt)
- Gehweg
- Fahrbahnteiler/ Insel/ Pflasterflächen
- Entwässerungsgraben mit Fließrichtung

Sonstiges

- Baustelleneinrichtungsfläche
- Rückbaufläche
- vorh. Baum/ Baumfällung

Neigungsbruchpunkt
mit Angabe von Ausrundungshalbmesser, Längsneigung und Abstand zum nächsten Neigungsbruchpunkt

Gradienten
Gradientenbruchpunkt
Gradiententiefpunkt
Querneigung

H = 20 000 m
-2,000 %
432,50 m
1 821 %
789,22 m
2,5 %

1		2		3	
d					
c					
b					
a					
Nr.	Art der Änderung			Datum	Name

Entwurfsplanung:		KH PLANWERK		KH Planwerk GmbH Bergstraße 7 36100 Petersberg Tel. 0661/92804-0 Fax. 0661/92804-25	
Petersberg, den 17.08.2020		bearbeitet 08/2020 gezeichnet 08/2020		Datum 08/2020 Zeichen DK DK	
		geprüft:		gez. Karl Herrmann	

VORUNTERSUCHUNG

Auftraggeber: Vorhabenträger Regionalpark RheinMain Südwest gGmbH c/o Magistrat der Stadt Kelsterbach Mörfelder Straße 33, 65451 Kelsterbach	
Bauvorhaben: Neubau RDW Abschnitt -Langen nach Egelsbach-	Unterlage Nr.: 5.1 Blatt Nr.: 3
Bezeichnung: Lageplan Raddirektweg, Variante 1 Bau-km von 0+630 bis 0+800 (Bauende)	Maßstab: 1:250
Aufgestellt:den.....	Genehmigt:den.....

Projekt: 0_VORUNTERSUCHUNG_RDW_Abschnitt_Lageplan_Variante_1
 Station: Bau-km von 0+630 bis 0+800
 Blatt: 250_03
 Datum: 17.08.2020
 Zeichner: Karl Herrmann
 Geprüft: Karl Herrmann
 Genehmigt: Karl Herrmann

250_03

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-25/2020

Sicherheit & Ordnung

FD 3.2 Ortsentwicklung

Datum: 24.08.2020

1. Bau- und Umweltausschuss	08.09.2020
2. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
3. Gemeindevertretung	24.09.2020

Erhaltungssatzung für Teilbereiche des Gemeindegebietes Egelsbach

Anlage(n):

- (1) Übersichtskarte
- (2) Detailkarten

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318) und des § 172 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, beschließt die Gemeindevertretung der Gemeinde Egelsbach eine Erhaltungssatzung für Teilbereiche des Gemeindegebietes Egelsbach (s. Anlage).

Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten.

Erläuterungen:

Am 1. Juni 2020 ist eine Verordnung über den Genehmigungsvorbehalt für die Begründung von Wohnungs- oder Teileigentum in Gebieten einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Umwandlungsgenehmigungsverordnung – UmWaGenV) in Kraft getreten.

**Verordnung
über den Genehmigungsvorbehalt für die Begründung von Wohnungs- oder
Teileigentum in Gebieten einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung
der Wohnbevölkerung (Umwandlungsgenehmigungsverordnung – UmWaGenV*)
Vom 16. Mai 2020**

Aufgrund des § 172 Abs. 1 Satz 4 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), geändert durch Gesetz vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), verordnet die Landesregierung:

§ 1

Für Grundstücke in Gebieten einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuchs in den in der Anlage genannten Gemeinden darf Wohnungseigentum oder Teileigentum nach § 1 des Wohnungseigentumsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 403-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1962), an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung der Gemeinde nach § 172 Abs. 4 des Baugesetzbuchs begründet werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2020 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Mai 2025 außer Kraft.

Anlage zu § 1

Gemeinden nach § 1 sind:

1. Bad Homburg vor der Höhe,
2. Bad Soden am Taunus,
3. Bad Vilbel,
4. Bischofsheim,

5. Darmstadt,
6. Dreieich,
7. Egelsbach,
8. Eschborn,
9. Flörsheim am Main,
10. Frankfurt am Main,
11. Ginsheim-Gustavsburg,
12. Griesheim,
13. Hattersheim am Main,
14. Heusenstamm,
15. Hofheim am Taunus,
16. Kassel,
17. Kelkheim (Taunus),
18. Kelsterbach,
19. Kiedrich,
20. Langen (Hessen),
21. Marburg,
22. Mörfelden-Walldorf,
23. Nauheim,
24. Nidderau,
25. Obertshausen,
26. Oberursel (Taunus),
27. Offenbach am Main,
28. Raunheim,
29. Schwalbach am Taunus,
30. Weiterstadt und
31. Wiesbaden.

Wiesbaden, den 16. Mai 2020

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Wohnen
Al-Wazir

Gemäß § 1 UmWaGenV gilt ein Genehmigungsvorbehalt der Gemeinde in den Gebieten einer Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB (sog. Milieuschutzsatzung bzw. Erhaltungssatzung). Demnach muss die Gemeinde zunächst eine Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB erlassen, um in den Genuss des Genehmigungsvorbehaltes zu kommen.

Die Gemeinde Egelsbach ist in der Anlage zu dieser Umwandlungsgenehmigungsverordnung aufgelistet und kann somit durch den Erlass einer sog. „Milieuschutzsatzung“ von dem Genehmigungsvorbehalt nach dieser Verordnung Gebrauch machen.

Durch diese Satzung kann die Gemeinde Egelsbach gefährdende Vorgänge für das Orts- und Stadtgefüge – wie Abbruch, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden unter einen zusätzlichen Genehmigungsvorbehalt stellen. Bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnung kann eine Erhaltungssatzung zwar alleine nicht helfen, denn es erfolgt grundsätzlich keine Nutzungsänderung eines bestehenden Wohngebäudes.

Im § 172 Abs. 1 S. 4 BauGB wird der Landesregierung jedoch die Möglichkeit gegeben, durch Rechtsverordnung auch diese Umwandlung unter einen Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Von dieser Möglichkeit hat Hessen Gebrauch gemacht und für die Gemeinde eine rechtliche Basis geschaffen.

Die Verdrängung der Wohnbevölkerung und die damit verbundenen nachteiligen städtebaulichen Entwicklungen sollen in Egelsbach verhindert werden. Ein Individualschutz ist mit diesem städtebaulichen Instrument leider nicht verbunden. Dennoch wirkt die Milieuschutzsatzung indirekt als Nebenfolge in Sinne eines sozialen Mieterschutzes.

Das Hauptziel dieser Satzung ist die Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (§ 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB) in Egelsbach.

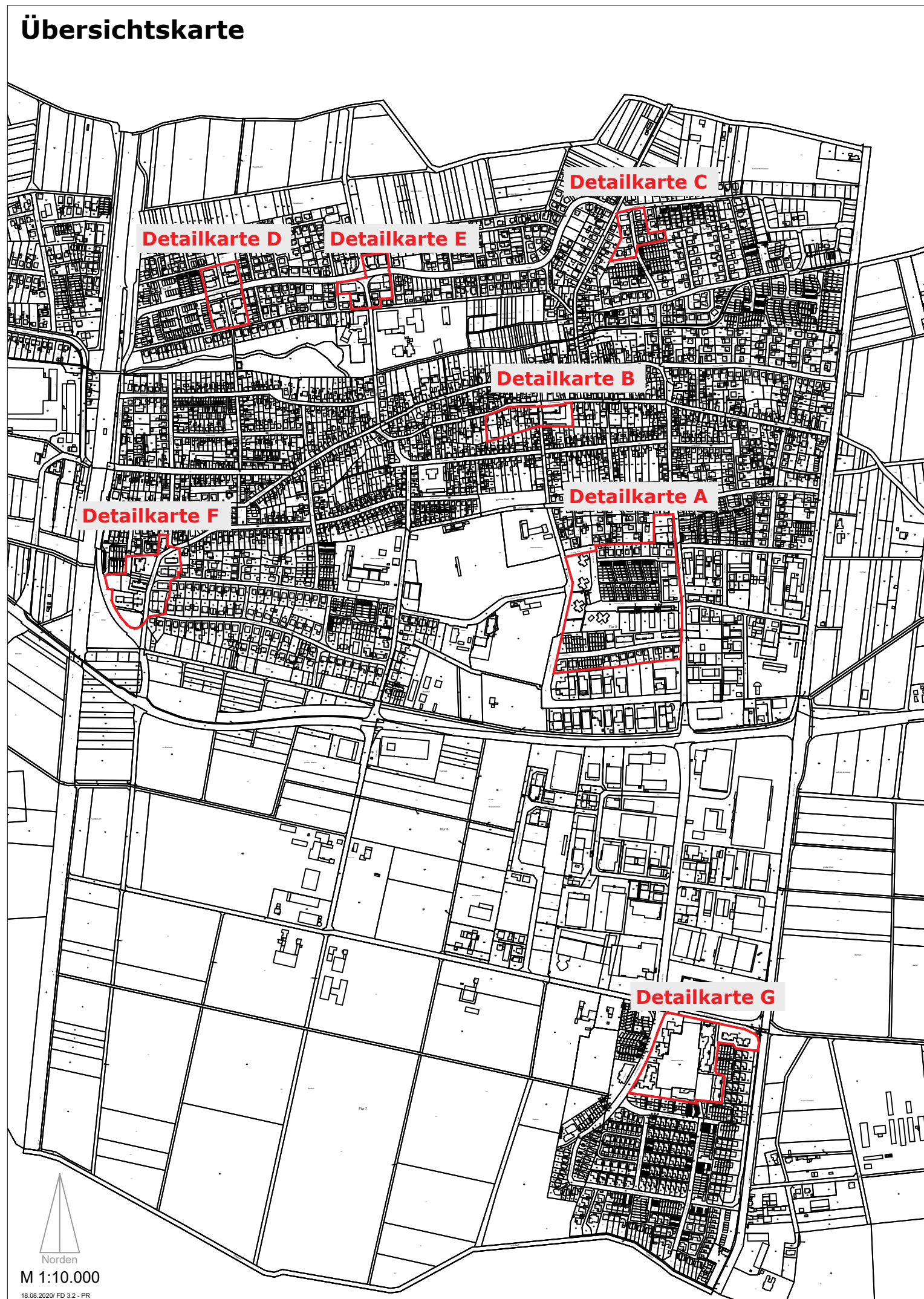
Durch die UmWaGeV hat die Landesregierung bestimmt, dass für Grundstücke im Geltungsbereich einer Milieuschutzsatzung die Begründung von Wohnungs- und Teileigentum gemäß § 1 WEG an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung der Gemeinden erfolgen darf. Die Gemeinden erhalten durch diese Verordnung eine zusätzliche Möglichkeit, Mieter vor der Verdrängung aus ihrer angestammten Umgebung zu schützen, um so die Zusammensetzung der Bevölkerung zu erhalten und damit auch eine unerwünschte strukturelle Entwicklung zu verhindern. Demnach muss bei einer Begründung von Wohnungs- und Teilungseigentum zusätzlich eine Genehmigung der Gemeinde nach § 172 Abs. 4 BauGB eingeholt werden.

In welchem Geltungsbereich die Satzung gelten soll, kann die Gemeinde selber festlegen und ist aus der Übersichtskarte ersichtlich.

Eine Abstimmung mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund ist erfolgt.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.

Übersichtskarte



Erhaltungssatzung Gemeinde Egelsbach



Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2020 (GVBl. S. 318) und des § 172 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist, hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Egelsbach in ihrer Sitzung am 24.09.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 - Geltungsbereich

- (1) Diese Erhaltungssatzung gilt innerhalb der Gemarkung der Gemeinde Egelsbach. Die Grenzen dieses Gebietes sind in einer Übersichtskarte im Maßstab 1:10.000 vom 18.08.2020 eingetragen und in einzelnen Detailkarten Maßstab 1:2000 näher aufgeführt. Diese Karten sind Bestandteil dieser Satzung. Die Karten mit der Erhaltungssatzung wird von der Gemeinde Egelsbach - Fachdienst Ortsentwicklung - verwahrt.

§ 2 - Erhaltungsziele

- (1) Im Geltungsbereich dieser Satzung soll die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (§ 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) erhalten werden.

§ 3 - Genehmigungspflicht, Versagungsgründe

- (1) Im Geltungsbereich dieser Satzung bedürfen der Rückbau, die Änderung und die Nutzungsänderung baulicher Anlagen mit mehr als einer Mietwohnung der Genehmigung (§ 172 Abs. 1 BauGB).
- (2) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen erhalten werden soll. Sie ist zu erteilen, wenn auch unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls die Erhaltung der baulichen Anlage nicht mehr zumutbar ist. Die Genehmigung ist ferner zu erteilen, wenn
 - a. die Änderung einer baulichen Anlage der Herstellung des zeitgemäßen Ausstattungszustandes einer durchschnittlichen Wohnung unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen Mindestforderungen dient,
 - b. die Änderung einer baulichen Anlage der Anpassung an die baulichen oder anlagentechnischen Mindestanforderungen der Energieeinsparverordnung dient (§ 172 Abs. 4 BauGB),
 - c. sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren ab der Begründung von Wohnungseigentum Wohnungen nur an die Mieter zu veräußern; eine Frist nach § 577a Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verkürzt sich um fünf Jahre; die Frist nach § 577a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entfällt.In den Fällen des Satzes 3 c kann in der Genehmigung bestimmt werden, dass auch die Veräußerung von Wohnungseigentum an dem Gebäude während der Dauer der Verpflichtung der Genehmigung der Gemeinde bedarf. Diese Genehmigungspflicht kann auf Ersuchen der Gemeinde in das Wohnungsgrundbuch eingetragen werden; sie erlischt nach Ablauf der Verpflichtung.

§ 4 - Genehmigungsverfahren, Übernahmeanspruch, Erörterungspflicht

- (1) Die Genehmigung wird durch die Gemeinde erteilt; § 22 Abs. 5 Satz 2 bis 5 BauGB ist entsprechend anzuwenden. Ist eine baurechtliche Genehmigung oder an ihrer Stelle eine baurechtliche Zustimmung erforderlich, wird die Genehmigung durch die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde erteilt; im Baugenehmigungs- oder Zustimmungsverfahren wird über die in § 3 Abs. 2 bezeichneten Belange entschieden (§ 173 Abs. 1 BauGB).
- (2) Der Antrag ist schriftlich bei der Gemeinde Egelsbach - Fachdienst Ortsentwicklung - Freiherr vom Stein Straße 13, 63329 Egelsbach zu stellen und beim Kreis Offenbach - FD 63 Bauaufsicht - Werner-Hilpert-Str. 1, 63128 Dietzenbach einzureichen.
- (3) Vor der Entscheidung über den Genehmigungsantrag hat der Gemeindevorstand der Gemeinde Egelsbach mit dem Eigentümer oder sonstigen zur Unterhaltung Verpflichteten die für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu erörtern sowie Mieter, Pächter und sonstige Nutzungsberechtigte zu hören (§ 173 Abs. 3 BauGB). In den Fällen des § 4 Abs. 2 c hat sie die nach Satz 1 anzuhörenden Personen über die Erteilung einer Genehmigung zu informieren.

§ 5 - Hinweis auf Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach § 213 Abs. 1 Nr. 4 BauGB handelt ordnungswidrig, wer im Geltungsbereich dieser Satzung eine bauliche Anlage rückbaut oder ändert, ohne die Genehmigung nach § 3 eingeholt zu haben.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 213 Abs. 2 BauGB mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend Euro geahndet werden.

§ 6 - Andere Vorschriften

Die bei einem beantragten Vorhaben anderen anzuwendenden Rechtsvorschriften, wie z.B. die Hessische Bauordnung, bleiben durch diese Satzung unberührt.

Öffentlich Bekanntgemacht am _____

Unterschrift, Siegel

Detailkarten zur Erhaltungssatzung Gemeinde Egelsbach

M 1:2.000



Detailkarte A



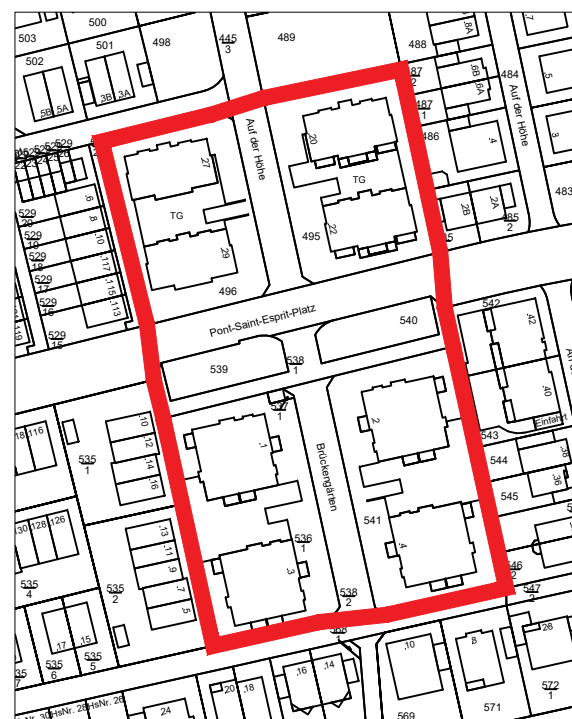
Detailkarte B



Detailkarte C



Detailkarte D



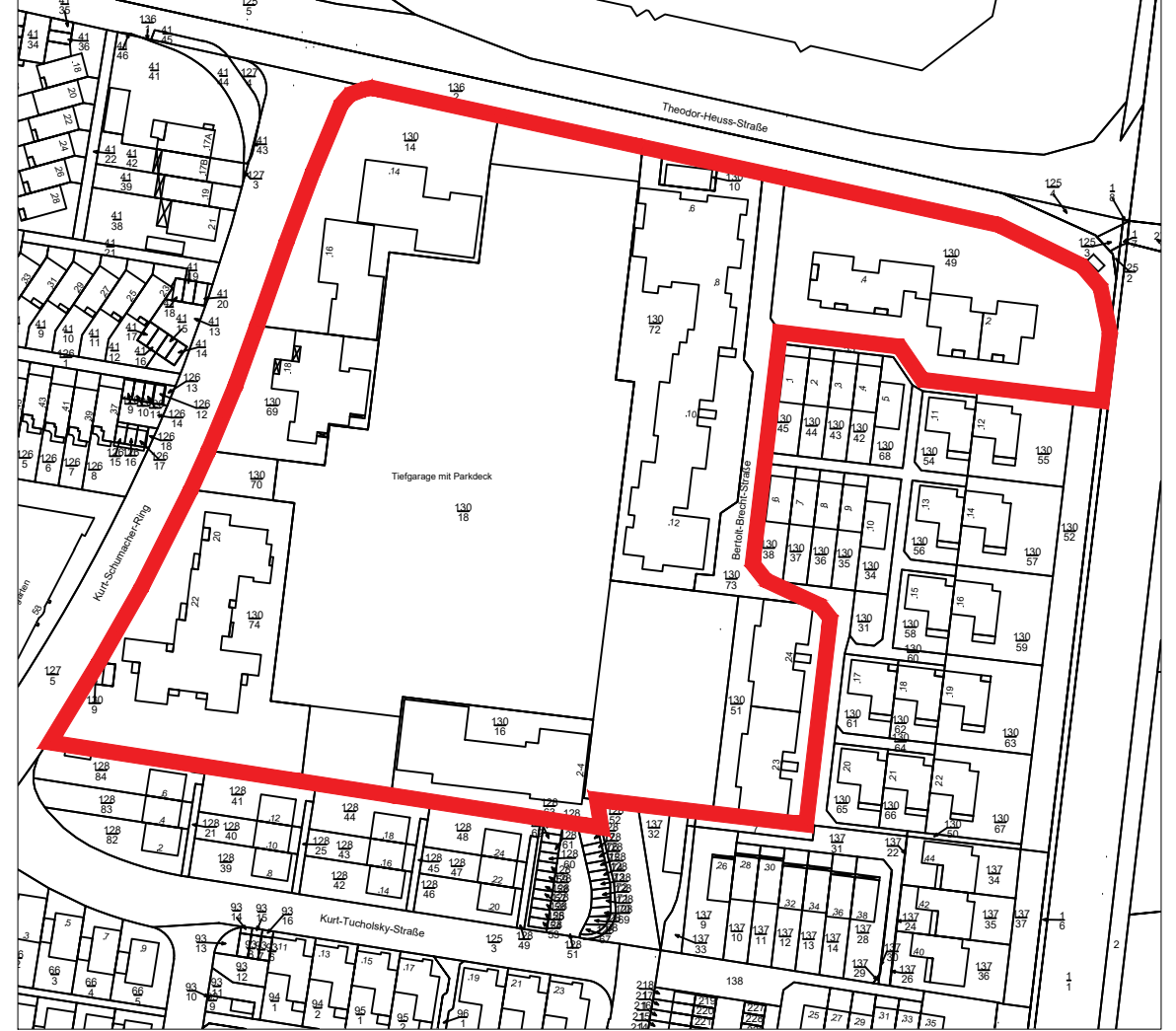
Detailkarte E



Detailkarte F



Detailkarte G



GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-26/2020

Sicherheit & Ordnung

FD Ortsentwicklung

Datum: 24.08.2020

1. Bau- und Umweltausschuss	08.09.2020
2. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
3. Gemeindevertretung	24.09.2020
4. Bau- und Umweltausschuss	10.11.2020
5. Haupt- und Finanzausschuss	18.11.2020
6. Gemeindevertretung	25.11.2020

Die Beschlussvorlage VL-26/2020 wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung am 24.09.2020 zurück in die Fachausschüsse verwiesen!

Bauleitplanung Gemeinde Egelsbach

hier: Einleitung- bzw. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. A -04/01 „Im Kammereck-Teil I 2. Vorhabenbezogene Änderung“

Anlage(n):

- (1) Lageplan mit Geltungsbereich
- (2) Lageplan des geplanten Vorhabens

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

1. Gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 5 HGO beschließt die Gemeindevertretung auf Antrag eines Investors die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. A -04/01 „Im Kammereck-Teil I 2. Änderung“.
2. Das Grundstück Flur 13, Nr. 88/2 entspricht dem Geltungsbereich. (siehe Anlage)
3. Der Gemeindevorstand wird beauftragt und ermächtigt mit dem Investor einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme sämtlicher Kosten, die im Zusammenhang mit diesem Verfahren stehen, zu schließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Sämtliche Kosten werden vom Vorhabenträger (Investor) übernommen.

Erläuterungen:

Zu 1 und 2

Der Gemeinde liegt ein Antrag auf Aufstellung einer vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplans Nr. A -04/01 „Im Kammereck-Teil I“ gemäß § 12 BauGB für das Grundstück Flur 13, Flst. 88/2, Im Kammereck 25 vor.

Gemäß § 12 Abs. 2 BauGB hat die Gemeinde auf Antrag eines Vorhabenträgers nach pflichtgemäßen Ermessen über die Einleitung eines Aufstellungs- bzw. Änderungsverfahrens zu entscheiden. Ein Anspruch auf eine Bauleitplanung besteht nicht. Gemeinden haben Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. (§ 1 Abs. 3 BauGB). Nach § 1 Abs. 5 BauGB ist der Innenentwicklung und Nachverdichtung der Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich einzuräumen.

Dazu wird in § 1a BauGB auch auf Möglichkeiten der Nachverdichtung verwiesen.

Der Bebauungsplan „Im Kammereck“ ist rechtskräftig seit 04.08.1995. Ziel des Plans war es, die in der Nachkriegszeit illegal entstandene Wohnbebauung abzusichern und so den Abriss der Gebäude zu verhindern. In einem längeren Prozess wurde ein Konsens insbesondere zwischen den Umweltschutzbehörden und der Gemeinde hergestellt. Abzüglich der notwendigen Erschließungsstraßen wurden 50% des Geltungsbereiches als nur geringfügig mit kleinen Hütten bebaubare Gärten und 50 % als Bauland, welches nur mit einer GRZ von 0,2 bebaut werden durfte, festgesetzt. Dieses geringe Maß der baulichen Nutzung führte in vielen Fällen dazu, dass als überbaubare Fläche (Baufenster) nur die Grundrissabmessungen der Wohngebäude festgesetzt werden konnten. Der Plan setzt ausdrücklich fest:

„Zur Ermittlung des Baulandanteils, sowie der zulässigen Grund- bzw. Geschossflächen sind nur die Grundstücksteile maßgebend, die als überbaubare und nicht überbaubare Flächen (Baugrundstücksflächen) ausgewiesen sind; eine Anrechnung der als private Grünflächen - Gärten festgesetzten Grundstücksteile (Gartengrundstücksflächen) erfolgt nicht.“

Diese geringe Ausnutzung führte zur Festsetzung Kleinsiedlungsgebiet (WS). Da es aber Ziel war, in erster Linie die Wohngebäude abzusichern und nicht unbedingt die sonstigen Gebäude, wurden, die sonst in WS nur ausnahmsweise zulässigen sonstigen Wohngebäude mit nicht mehr als 2 WE als allgemein zulässig festgesetzt. Grundsätzlich sind im WS Kleinsiedlungen einschließlich Nutzgärten nur landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen zulässig.

Ziel der Bebauungsplanänderung soll es sein, eine geringfügige, städtebaulich verträgliche Nachverdichtung zu ermöglichen.

Beschreibung des Vorhabens

Das Vorhaben-Grundstück liegt im Bereich des Bebauungsplans Nr. A-04/01 „Kammereck - Teil I“.

Auf dem Grundstück befindet sich zurzeit ein Wohngebäude mit angegliederten Nebengebäuden. Es ist vorgesehen, die bestehenden Gebäude abzureißen und ein Ensemble von drei neuen Wohngebäuden als Einzelhäuser innerhalb des bisherigen Baufensters des bestehenden Bebauungsplans zu errichten. Für die Bebauung sind zwei Vollgeschosse geplant. Die erforderlichen Stellplätze werden in Garagen untergebracht.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden bis auf die festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) von 0,2 und Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,4 eingehalten. Daher stellt der Vorhabenträger einen Antrag auf Bebauungsplanänderung. Mit dem Ziel das Maß der baulichen Nutzung geringfügig auf GRZ 0,3 und GFZ 0,6 zu erhöhen.

Er beruft sich dabei auf den gegenüber der Stichstraße liegenden Bereich. Hier standen die illegal errichtete Wohnhäuser so eng bei einander, dass es bei der Umlegung der Eigentumsverhältnisse (Bodenordnung) in Folge der damaligen Bauleitplanung nicht möglich war, Grundstücke zu bilden, die bei einer GRZ von 0,2 die nachträgliche Genehmigung der Wohngebäude ermöglicht hätte.

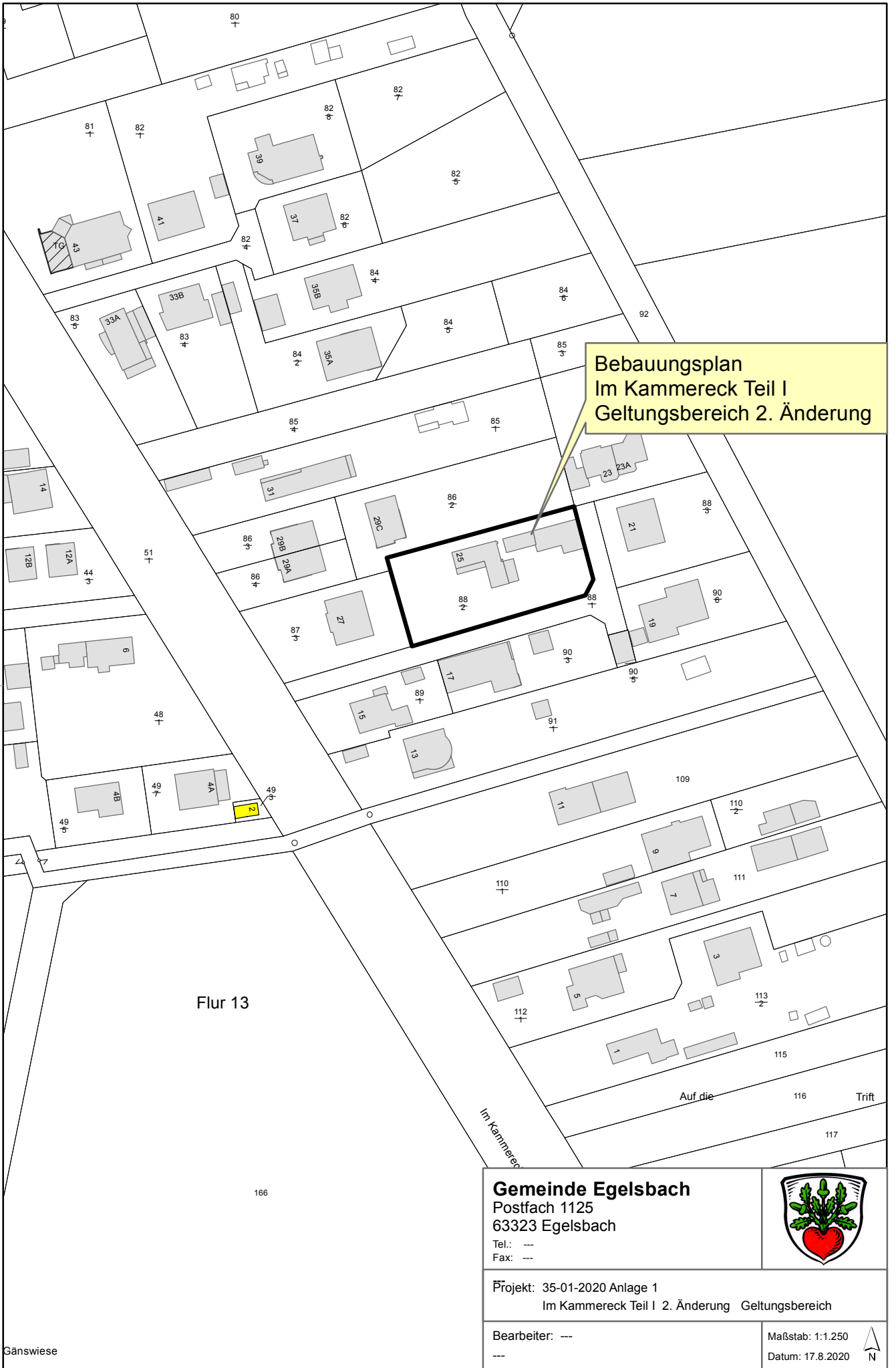
Daher wurden die jetzigen Flurstücke 89/1, 90/3 und 90/6 (Im Kammereck 15, 17 und 19) ausnahmsweise eine GRZ von 0,3 festgesetzt.

Zu 3

Bereits in seinem Antrag erklärt sich der Vorhabenträger bereit, sämtliche Planungskosten inklusive notwendiger Gutachten selbst zu tragen und ein Stadtplanungsbüro aus Darmstadt mit der Erarbeitung der Pläne zu beauftragen. Ihm ist bekannt, dass kein Anspruch auf eine Bauleitplanung besteht.

Alternativ ist zu überlegen, ob für das gesamte Gebiet „Im Kammereck“ eine Nachverdichtung ermöglicht werden sollte.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.



Bebauungsplan
Im Kammereck Teil I
Geltungsbereich 2. Änderung

Flur 13

Gemeinde Egelsbach
Postfach 1125
63323 Egelsbach
Tel.: ---
Fax: ---



Projekt: 35-01-2020 Anlage 1
Im Kammereck Teil I 2. Änderung Geltungsbereich

Bearbeiter: ---

Maßstab: 1:1.250
Datum: 17.8.2020

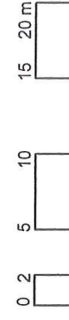


**Variante 5:
Drei Einzelhäuser**

- Bebauungsplan: nicht eingehalten:
GRZ 0,24
GFZ 0,48
Befreiung oder
Bebauungsplan-
Änderung
- Beilechtung und Anordnung auf dem
Grundstück optimal
Ausnutzung höher als im Bebauungs-
plan vorgesehen, daher kein Rechts-
anspruch auf Genehmigung

Projektentwicklung
Auftraggeber: Eric Jaschke

Grundstück:
Gemarkung Egelsbach,
Flur 13, Flurstück 88/2



Mai 2019
(9275-03-varianten 28.05.2019)

M 1:500

PLANUNGSGRUPPE DARMSTADT
Alicenstraße 23
Telefon (06151) 9950-0
mail@planungsgroupeda.de
64293 Darmstadt



GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-27/2020

Bürgerdienste

FD 2.3 Liegenschaften, Sport & Kultur

Datum: 24.08.2020

1. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
2. Gemeindevertretung	24.09.2020

Ankauf der Containeranlage Brühl

Anlage(n):

- (1) Angebot zum Ankauf der Containeranlage Brühl vom 10.07.2019, sowie Aktualisierung des Ankaufspreises vom 23.07.2020

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Gemeindevorstandes vom 11.08.2020 wurde aufgehoben.

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Auf Grundlage des Angebotes der Firma ELA Container GmbH erwirbt die Gemeinde Egelsbach die Containeranlage Brühl zu einem Preis von 160.000,00 Euro zuzüglich 16 % MwSt.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen unter der Investitionskostenstelle I 0604018 für den Ankauf zur Verfügung.

Erläuterungen:

Für die Dauer des bekannten langjährigen Gerichtsverfahrens mit anschließender Sanierung der sogenannten "Schimmelkita Im Brühl" wurde zur Unterbringung der betroffenen Kindergruppen die Containeranlage Brühl angemietet.

Im Jahr 2019 konnten die Kinder schließlich wieder in den Neubau umziehen.

Eine Kündigung des Mietvertrages ist nicht erfolgt, da diese Containeranlage mit zwei Gruppen von Langener Kindern belegt wurde.

Die Stadt Langen will den Betreuungsvertrag längerfristig weiterführen. Darüber hinaus gibt es Planungen, einen Teil der Containeranlage für die fehlenden Kapazitäten der Schulbetreuung zu nutzen (Abbau und Umsetzung).

Inwiefern die Stadt Langen hier finanziell mit herangezogen wird (Beteiligung am Kaufpreis, fiktive Miete oder ähnliches) muss noch verhandelt und schlussendlich rechtssicher in den Betreuungsvertrag eingearbeitet werden.

Im Sommer 2019 wurde das beigefügte Angebot zum Ankauf der Anlage bei der Firma ELA Container GmbH eingeholt (185.000 Euro zuzüglich 19 % MwSt).

Nach weiteren Verhandlungen wurde das vorliegende Angebot von 160.000 Euro zuzüglich 16 % MwSt. abgegeben.

Gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 9 der Hauptsatzung der Gemeinde Egelsbach ist die Entscheidung über den Abschluss eines solchen schuldrechtlichen Vertrages durch die Gemeindevertretung zu treffen.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung 25.08.2020 zugestimmt.

Angebot Containeranlage ela[container]

ELA Container GmbH
Zeppelinstraße 19-21 / 49733 Haren

Gemeinde Egelsbach
Verena Specht
Freiherr-vom-Stein-Str. 13
63329 Egelsbach
DEUTSCHLAND

Zentrale:
Telefonnr. +49 5932 506-0
Faxnr. +49 5932 506-10
Info@container.de
www.container.de

Vertriebsmitarbeiter:
Stefan Fett
Telefonnr.: +49 170 2233839
stefan.fett@container.de

Ansprechpartner:
Anja Binnig
Telefonnr.: +49 6265 92775-224
anja.binnig@container.de

Verkauf - Angebot

Belegdatum:
2019-07-10

Belegnr.:
A1901-500419 4

Debitorennr.:
13936600

ELA Projekt Nr.:
DE12-003964

Rechnungsadresse:
13936600
Gemeinde Egelsbach
Verena Specht
Freiherr-vom-Stein-Str. 13
63329 Egelsbach
DEUTSCHLAND

Lieferadresse:
Containeranlage Brühl I
Lutherstr. 9
63329 Egelsbach
DEUTSCHLAND

USt-IdNr.:

Lieferbedingung:
Übernahme vor Ort

Ihre Referenz:

Externe Belegnr.:

Kontakt:
Verena Specht
Telefonnr.: +49 6103 405-174
verena.specht@egelsbach.de

Sehr geehrte Frau Specht,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage.
Wunschgemäß bieten wir Ihnen freibleibend zu unseren "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" an:

Geschäftsführer: Tim Albers (Dipl.-Kfm.), Liesel Albers-Bentlage, Günter Albers (Betriebswirt) / Bankverbindungen: Sparkasse Emsland, SWIFT-BIC NOLADE21EMS, IBAN DE62 2665 0001 0002 0006 77 / Oldbg. Landesbank Haren, SWIFT-BIC OLBODEH2, IBAN DE24 2802 0050 6864 4442 00 / Deutsche Bank, SWIFT-BIC DEUTDE33267, IBAN DE52 2677 0095 0050 3797 00
Eingetragen beim Amtsgericht Osnabrück unter: HRB 120035 USt-IdNr. DE117325581
Wir arbeiten ausschließlich auf der Grundlage unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Beschreibung	Menge	Einheit	Preis EUR	Betrag EUR
--------------	-------	---------	-----------	------------

Einmalberechnung

CONT-B

Übernahme der Containeranlage Brühl I in Egelsbach komplett - inkl. Mobiliar und Ausstattung. Ohne Sonnenzirkulationsdächer.	1,00		185.000,00	185.000,00
--	------	--	------------	------------

Total EUR ohne MwSt.

185.000,00

19% MwSt.

35.150,00

Total EUR inkl. MwSt.

220.150,00

Zahlungsbedingung:

7 Tage netto

Anmerkung: die Container haben keine feuerhemmende (F30) Ausstattung und sind nicht nach der neuesten Energie Einsparverordnung isoliert!

Die Konformität bezüglich der Containerausführung, der erforderlichen Raumgröße, Einbaumaße der Fenster und Türen, die Positionierung der festen Sanitäreinbauten und Trennwände, usw., ist im Zusammenhang mit evtl. behördlichen Auflagen wie z. B. der Arbeitsstättenverordnung, evtl. Brandschutzmaßnahmen usw. insgesamt und eigenverantwortlich durch den Auftraggeber mit den jeweiligen zuständigen Stellen abzuklären.

Evtl. andere erforderliche Ausstattungsmerkmale bzw. Ausführungen Prüfungen und evtl. Gutachten, die hier im Einzelnen nicht schriftlich mit aufgeführt wurden, sind nicht Bestandteil dieses Angebotes!

Liefertermin: nach Vereinbarung - sowie nach Klärung aller technischen Details!

Die genannten Preise verstehen sich als EURO-Beträge zuzüglich der gesetzlichen MwSt.

Dieses Angebot ist für einen Zeitraum von zwei Wochen gültig!

Die Anlieferung der Container erfolgt zuverlässig und kostengünstig durch firmeneigene Spezialfahrzeuge, die mit einem Ladekran ausgestattet sind.

Allgemeine bauseitige Leistungen:

- evtl. behördliche und gesetzliche Auflagen / Genehmigungen
- Rampe mit Podest (falls nötig behindertengerecht) vor der jeweiligen Ein- bzw. Ausgangstür
- befestigte und ausreichende Zufahrt für unsere LKW zum Aufstellungsort
- befestigter, tragfähiger und ebenerdiger Untergrund für die temporäre, provisorische Containeraufstellung bzw. erforderliche Erstellung der Fundamente nach statischen Erfordernissen
- evtl. Gestellung eines Fremdkranes (falls es durch uns nicht möglich)
- Elektrohauptanschluss
- Hauptanschluss für die Frischwasserzufuhr und den Schmutzwasserabfluss sowie die notwendige Verrohrung der Container untereinander und die dadurch evtl. notwendigen Isolierungsarbeiten
- Entsorgung der Fäkalien
- Gashauptanschluss sowie Verbindungen untereinander und die damit verbundenen Arbeiten / Prüfungen
- Absicherung des Dachs bei Schneehöhen über 50 cm

Sonstige Leistungen und Ausführungen, die in unserem Angebot nicht schriftlich

Beschreibung	Menge	Einheit	Preis EUR	Betrag EUR
--------------	-------	---------	-----------	------------

aufgeführt wurden, gelten auch nicht als Bestandteil des Angebotes.

Sagt Ihnen unser Angebot zu? Dann würden wir uns über Ihren Auftrag freuen.

Mit freundlichen Grüßen

ELA Container GmbH
Anja Binnig
Telefonnr.: +49 6265 92775-224
anja.binnig@container.de

Bürger, Desiree

Von: Stefan Fett <Stefan.Fett@container.de>
Gesendet: Donnerstag, 23. Juli 2020 13:13
An: Bürger, Desiree
Betreff: FW: Containeranlage Brühl in 63329 Egelsbach

Guten Tag Frau Bürger,

leider hat die Geschichte etwas länger gedauert als geplant, dafür bitte ich um Entschuldigung. Da wir im Moment eh einen Engpass an Containern haben dürfen wir bei so eine Projekt nicht alleine entscheiden. Wir haben daher die Anfrage unserer GL vorgelegt. Danach können wir Ihnen die Anlage zum Preis von 160.000,00€ netto anbieten.
Bitte geben Sie uns Bescheid, ob das für Sie passen würde.

Mit freundlichen Grüßen/Kind regards,

Stefan Fett
Area Sales Manager
Vertrieb/Sales

ela[container]

ELA Container GmbH
Zentrale
Zeppelinstraße 19-21
49733 Haren (Ems)
Deutschland / Germany

Tel +49 6265 9277-50
Fax +49 5932 506-10
Mobile +49 170 2233839
Stefan.Fett@container.de
www.container.de

Geschäftsführende Gesellschafter / Managing Partner:
Tim Albers (Dipl.-Kfm.), Liesel Albers-Bentlage, Günter Albers (Betriebswirt, HWF)
Eingetragen beim Amtsgericht Osnabrück unter / Registered at county court
HRB 120035, USt-IdNr. DE117325581

Mit dem ELA Newsletter sind Sie immer bestens informiert. Jetzt abonnieren:
Stay informed with the ELA Newsletter. Subscribe now:
www.container.de/de/newsletter



From: Bürger, Desiree <Desiree.Buerger@egelsbach.de>
Sent: Thursday, July 9, 2020 11:34 AM
To: Stefan Fett <Stefan.Fett@container.de>; Anja Binnig <Anja.Binnig@container.de>
Subject: Containeranlage Brühl in 63329 Egelsbach

Sehr geehrter Herr Fett,
sehr geehrte Frau Binnig,

wird telef. RS mit
Herrn Fett / Fraue Binning
wird die Hwst-Senkung
weitergegeben.
Kauf bis Ende 2020
16% Hwst.

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-28/2020

Bürgerdienste

FD 2.1 Familie & Soziales

Datum: 24.08.2020

1. Sozial- und Kulturausschuss	10.09.2020
2. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
3. Gemeindevertretung	24.09.2020

Ausschreibung der Essensversorgung für die Kinderbetreuungseinrichtungen

Anlage(n):

- (1) Verfahrensbrief
- (2) Vertragsbedingungen
- (3) Leistungsverzeichnis
- (4) Eignungsangaben
- (5) Warenkorb Nr. 1 (Vorspeisen)
- (6) Warenkorb Nr. 2 (Hauptgerichte Fleisch)
- (7) Warenkorb Nr. 3 (Hauptgerichte Fisch)
- (8) Warenkorb Nr. 4 (Hauptgerichte Vegetarisch)
- (9) Warenkorb Nr. 5 (Saattigungsbeilagen)
- (10) Warenkorb Nr. 6 (Desserts)
- (11) Wertungsmatrix

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Die Essensversorgung der Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde Egelsbach werden, nach den Anlagen 1-11, europaweit öffentlich ausgeschrieben. Beginn der Essenslieferungen: 15.12.2020. Laufzeit 3 Jahre mit Verlängerungsoption von 2 Jahren.

Die Ausschreibung beinhaltet auch die Leistungen für die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach-Land e.V. für die Kita Zauberbaum. Die Schulbetreuung ist ausgenommen.

Redaktionelle Änderungen der Ausschreibung kann der Gemeindevorstand im Verfahren vornehmen. Der Gemeindevorstand beschließt die Vergabe.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Erläuterungen:

Die Essensversorgung der Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde Egelsbach und der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach-Land e.V. für die Kita Zauberbaum, müssen neu

ausgeschrieben werden. Aufgrund des kalkulierten Auftragsvolumens ist eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Die Ausschreibungsdetails wurden in der Kindergartenkommission beraten, bzw. angeregt.

Die Gewichtung Preis (80%)/Qualität (20%) im Vergabeverfahren, hat der Gemeindevorstand festgelegt. Die ursprüngliche Gewichtung war 50% Preis und 50% Qualität.

Die europaweite Ausschreibung gilt lediglich für die Kindertagesstätten der Gemeinde Egelsbach und die Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach Land e. V. Die Schulbetreuung ist ausgekommen, da hier nach wie vor Kochpersonal beschäftigt wird und über eine Professionalisierung nachgedacht werden muss.

Die vorliegende Ausschreibung bezieht sich auf eine Fortführung des bisherigen Systems: Anlieferung der Produkte, Zubereitung durch eigene Kräfte des Auftragnehmers in den Einrichtungen, Bereitstellung der notwendigen Geräte dafür. Im Wesentlichen verändert wurde der Anteil von BIO-Produkten, der nun auf 30% angehoben wurde. Der wöchentliche Speiseplan umfasst künftig 1 x ein Fleischgericht, 1x ein Fischgericht, 2 x vegetarische Gerichte und ein sogenanntes Wunschgericht (Auswahl des Auftraggebers).

Die Gesamtzahl der zu liefernden Essen basiert im Wesentlichen auf dem Jahresergebnis 2019, um zu vermeiden, dass wie bislang und auf Grundlage der Altausschreibung, Ausgleichsbeträge für nicht gelieferte Essen gezahlt werden müssen.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.

An die Bieter

Egelsbach, 26. August 2020

Ausschreibung der Gemeinde Egelsbach (Offenes Verfahren)
Wegen: Essensversorgung
Hier: Lieferung von Mittagessen und Erbringung von Serviceleistungen im Bereich Speisensversorgung in den Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Egelsbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns im Namen der Gemeinde Egelsbach (nachfolgend: Auftraggeberin) für Ihr Interesse am gegenständlichen Verfahren bedanken.

Bitte beachten Sie, dass Ihr Angebot bis zum

[...] (Angebotsfrist)

elektronisch in Textform über die Vergabepattform eingehen muss.

Nachstehend möchten wir Ihnen einen Überblick über das anstehende Projekt, sowie das anstehende Vergabeverfahren vermitteln und haben zur besseren Übersichtlichkeit ein Inhaltsverzeichnis vorangestellt.

Inhaltsverzeichnis

I. Auftraggeberin/ Zielsetzung	3
II. Kontaktstelle/ Kommunikation/ Ortsbesichtigungen	5
1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	5
2. Angebot	5
3. Nebenangebote	6
4. Eignungsnachweise	6
III. Bewerbergemeinschaften	6
IV. Nachunternehmer/ Eignungsleihe	6
V. Allgemeine Verfahrensinformationen	7
1. Prüfablauf/ Mindestanforderungen/ Zuschlagskriterien	7
1.1 Formalprüfung	7
1.2 Mindestanforderungen	7
1.3 Zuschlagskriterien	8
1.3.1 Preis (Gewichtung 80)	8
1.3.2 Qualitätswertung (Gewichtung insgesamt: 20)	8
1.3.3 Anteil Bioprodukte (Gewichtung 10)	8
1.3.4 Anteil saisonale Produkte (Gewichtung 10)	9
2. Verfahren bei Punktgleichheit	9
VI. Formale Anforderungen an die Angebote	9
VII. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen	10

I. Auftraggeberin/ Zielsetzung

Die Auftraggeberin, die Gemeinde Egelsbach ist verkehrsgünstig im Rhein-Main-Gebiet gelegen, gehört zum Landkreis Offenbach und hat etwa 11.200 Einwohner. Die Gemeinde grenzt im Norden und Osten an die Stadt Langen, im Süden an Darmstadt und die Gemeinde Erzhausen (Landkreis Darmstadt-Dieburg), sowie im Westen an die Stadt Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau). Die Gemeinde Egelsbach ist direkt an der Bundesautobahn A661 und der Bundesautobahn A5 gelegen.

Die Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Egelsbach bieten jedem Kind in Ganztagsbetreuung ein warmes Mittagessen an. Beim Mittagessen werden Regeln des Zusammenlebens in einer Alltagssituation erlebbar. Es wird großen Wert auf angenehme Atmosphäre, korrekte Verhaltensweisen und Umgangsformen der Kinder und der Kommunikationskultur gelegt.

Ziel ist es, den Kindern einen abwechslungsreichen, ernährungsphysiologisch optimalen Speiseplan mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln nach den Empfehlungen der DGE zu bieten.

Das Verpflegungsangebot soll auch zur Schonung der Umwelt beitragen. Deshalb legt die Gemeinde Wert darauf, dass Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung eingesetzt und saisonalen Produkten der Vorzug eingeräumt und auf Einweg- und Umverpackungen weitestgehend verzichtet wird. Gleichzeitig ist eine möglichst hohe Akzeptanz des Verpflegungsangebotes durch die Kinder und deren Eltern zu erzielen.

Die Gemeinde möchte mit dem Mittagessen zum Wohlbefinden und zu einer gesunden Entwicklung der Kinder beitragen. Deshalb ist Hygiene und Ausgewogenheit auf Basis einer optimierten Mischkost unverzichtbar.

Des Weiteren ist die Gemeinde gehalten, die Wirtschaftlichkeit der Angebote zu prüfen sowie darauf zu achten, dass die aktuellen Sicherheits-, Gebäude-, Umwelt- und Hygienevorschriften beachtet werden. Zur Sicherstellung einer gleichbleibenden Qualität wird ein internes Qualitätsmanagement durch den Auftragnehmer erwartet.

Nachfolgend die jeweiligen Adressen, der zu beliefernden Einrichtungen:

Kitas:

- Kita Forsthaus, Wolfgartenstr. 60a, 63329 Egelsbach
- Kita Brühl, Lutherstr. 7, 63329 Egelsbach
- Kita Bayerseich, Kurt-Schuhmacher-Ring 53, 63329 Egelsbach
- Kita Bürgerhaus, Kirchstraße 21, 63329 Egelsbach

AWO-Einrichtung:

- Kita Zauberbaum, Lutherstraße 7b, 63329 Egelsbach

Auf Basis von Rücksprachen und Beschlüssen innerhalb der Gemeindevertretung wurde die Anpassung der Essensversorgung in den Kindertagesstätten und somit die Neuvergabe der Lieferung von Mittagessen und Erbringung von Serviceleistungen im Bereich Speisensversorgung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Egelsbach entschieden.

Es gilt hierbei zu beachten, dass die Kita Zauberbaum eine AWO Einrichtung ist und im Vergleich zu den soeben genannten Kitas als Betreiber nicht die Gemeinde Egelsbach vorsieht, sondern dem Betreiber Arbeiterwohlfahrt (AWO), **Ortsverein Egelsbach e.V., Heidelberger Straße 26, 63329 Egelsbach** untersteht.

Kommentiert [JD1]: Ggf. ist Betreiber der Kreisverband. Mandant prüft dies.

Der Zuschlagsbieter in diesem Verfahren schließt daher zwei, juristisch voneinander unabhängige Verträge nach den Bestimmungen dieser Ausschreibung ab: Einen Vertrag mit der Gemeinde Egelsbach und einen Vertrag mit der AWO (ausschließlich betreffend die Kita Zauberbaum).

Eine gemeinsame Vergabe wurde deshalb beschlossen, weil innerhalb des Gemeindegebiets der Gemeinde Egelsbach eine einheitlich hohe Qualität der Essensversorgung gewährleistet werden soll und zudem nicht alle benannten Kindertagesstätten über die gleichen räumlichen Möglichkeiten verfügen: Insbesondere unter dem Aspekt, dass nicht alle Einrichtungen über die räumliche Möglichkeit einer Essenszubereitung verfügen, ist die gemeinsame Vergabe sinnvoll und erforderlich.

Derzeit ist avisiert, dass vorbehaltlich eventueller Verzögerungen im Verfahren und der Beschlussfassung der gemeindlichen Gremien der Zuschlag im November erteilt wird. Vertragsbeginn ist am 01.12.2020. Die Leistungspflicht des Auftragnehmers beginnt am 15.12.2020.

Wegen des Leistungsbeginns am 15.12.2020 hat der Bieter die Zeit vom 01.12.2020 bis zum 14.12.2020 zu nutzen, um eine Absprache mit der Auftraggeberin (unter Beteiligung des bisherigen Auftragnehmers) zwecks Einrichten der mitzubringenden Gerätschaften zu treffen, sodass ein reibungsloser Wechsel des Auftragnehmers sowie eine geordnete Inbetriebnahme der Gerätschaften sowie die zuverlässige Belieferung ab dem 15.12.2020 gewährleistet ist.

Die Terminvorgaben der Auftraggeberin sind einzuhalten.

Sich abzeichnende zeitliche Verzögerungen, welche den vorstehenden Terminplan verzögern können, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin unmittelbar anzuzeigen und einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die Essensversorgung dennoch sichergestellt werden kann.

II. **Kontaktstelle/ Kommunikation**

Sämtliche Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt unmittelbar über die Vergabeplattform. Kontaktstelle für die Bieter ist die

**Rechtsanwaltskanzlei Leinemann & Partner mbB,
Eschersheimer Landstraße 6, 60322 Frankfurt**

die mit der rechtlichen sowie mit der verfahrensleitenden Begleitung der Ausschreibung betraut ist.

Da es sich um eine elektronische Ausschreibung handelt, bitten wir zu beachten, dass Anfragen nur dann berücksichtigt werden, wenn Sie über die vorgesehene Vergabeplattform eingehen. Postalisch, per E-Mail, telefonisch oder in sonstiger Weise an die Kontaktstelle gerichtete Anfragen können nicht berücksichtigt werden. Sämtliche Kommunikation hat ausschließlich über die Vergabeplattform stattzufinden, um sicherzustellen, dass eine angemessene Verfahrensdokumentation zu jeder Zeit gewährleistet ist.

1. **Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen**

Die Bieter sind gehalten, die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit sowie auf etwaige Fehler/ Rechtsverstöße und/ oder Unvollständigkeiten/ Unklarheiten zu untersuchen. Sollten hierbei Unklarheiten zu Tage treten, so ist die Vergabestelle hierüber unverzüglich durch Mitteilung über die Vergabeplattform in Kenntnis zu setzen.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Fragen zu den Vergabeunterlagen werden zur Wahrung der Chancengleichheit der Bieter einheitlich (und in anonymisierter Form) gegenüber allen Bietern beantwortet, um sicherzustellen, dass alle Bieter stets über dieselben Informationen verfügen.

Rückfragen zu den Vergabeunterlagen sind spätestens zehn Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform an die Vergabestelle zu richten. Nur so ist sichergestellt, dass die jeweiligen Informationen allen Bietern rechtzeitig zur Kenntnis gelangen und im Rahmen der Erstellung des Angebots angemessen berücksichtigt werden können. Diese Frist ist keine Ausschlussfrist.

2. **Angebot**

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenanatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, grundsätzlich von der Wertung ausgeschlossen.

Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

3. Nebenangebote

Nebenangebote sind ausgeschlossen.

4. Eignungsnachweise

Der Bieter hat seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen.

Die erforderlichen Nachweise ergeben sich aus der EU-Bekanntmachung sowie den vorliegenden Unterlagen.

III. Bewerbergemeinschaften

Für den Fall, dass ein Bewerber beabsichtigt, sich in Form einer Bewerbergemeinschaft zu bewerben, ist eine Bietergemeinschaftserklärung erforderlich, aus der hervorgeht, welche Unternehmen sich in welcher Konstellation zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam um den Auftrag zu bewerben.

Weiterhin muss aus der Erklärung hervorgehen, welche Personen die vertretungsberechtigten Ansprechpartner in diesem Vergabeverfahren sowie ggf. in der späteren Vertragsabwicklung sind.

IV. Nachunternehmer/ Eignungslleihe

Sofern ein Bieter beabsichtigt, seine Eignung im Wege der Eignungslleihe nachzuweisen, ist es erforderlich, bereits mit dem Teilnahmeantrag einen entsprechenden Nachweis darüber einzureichen, dass ihm im Falle der

Zuschlagserteilung die Ressourcen des benannten Nachunternehmers auch tatsächlich zur Verfügung stehen, vgl. § 47 Abs. 1 VgV. Ein solcher Nachweis kann etwa in Form einer Verpflichtungserklärung erfolgen, in der der Nachunternehmer erklärt, dass er seine personellen, technischen und/oder finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen wird, sofern der Zuschlag auf den Bieter ergeht.

V. Allgemeine Verfahrensinformationen

Vor dem Hintergrund, dass das gegenständliche Verfahren als Offenes Verfahren (vgl. § 15 VgV) durchgeführt wird, werden sowohl die Eignung der Bieter als auch die Angebote selbst in einem Schritt geprüft. Anhand der Vergabeunterlagen soll der Bieter ein Angebot ausarbeiten und dem Auftraggeber unterbreiten. Es ist zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe also erforderlich, bereits ein vollständiges, zuschlagsfähiges Angebot zu unterbreiten. Welche Unterlagen mit dem Angebot einzureichen sind, ist unter Ziffer VII. dieses Schreibens dargestellt.

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung aufzuheben. Dies insbesondere dann, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt werden kann. Etwaige Kosten, die den Bietern im Zuge der Teilnahme am gegenständlichen Verfahren entstehen, werden nicht ersetzt.

Die Bieter verpflichten sich, sämtliche Unterlagen und Informationen, die ihnen im Rahmen dieser Ausschreibung zur Kenntnis erlangen, vertraulich zu behandeln.

1. Prüfablauf/ Mindestanforderungen/ Zuschlagskriterien

Nach Ablauf der Angebotsfrist wird die Auftraggeberin die Angebote öffnen.

Im Rahmen der Prüfung der Angebote wird die Eignung der Bieter und anschließend das wirtschaftlichste Angebot nach den bekanntgemachten Zuschlagskriterien (80 % Preis und 20 % Qualität) ermittelt.

Kommentiert [JD2]: Soll ggf. noch einmal diskutiert werden.

1.1 Formalprüfung

In einem ersten Schritt wird die Auftraggeberin die Angebote in formeller Hinsicht prüfen. Hierbei wird festgestellt, ob die Angebote rechtzeitig, vollständig und formgerecht eingegangen sind. Weiterhin wird geprüft, ob die Angebote sämtliche geforderten Informationen enthalten und insbesondere keine Abweichungen von den Vergabeunterlagen vorliegen.

Sämtliche Bieter, die aus formalen Gründen oder aufgrund von Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht den Anforderungen der Ausschreibung genügen, werden (ggf. nach entsprechender Aufklärung/ Nachforderung) ausgeschlossen.

1.2 Mindestanforderungen

In einem zweiten Schritt wird sodann geprüft, ob die Angebote auch inhaltlich den (Mindest-) Anforderungen an die Eignung genügen. Diese sind:

- Der AN muss das Zertifikat des DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder besitzen und entsprechenden Nachweis vorlegen.
- Seitens des AN müssen zusätzlich alle Voraussetzungen/Kriterien zur möglichen Erlangung der FIT-KID-Zertifizierung der deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllt sein bzw. hat er auf Verlangen des AG bei der Erfüllung der zusätzlichen Kriterien seitens des AN und zur Erlangung der Zertifizierung mitzuwirken.
- Der AN muss ein Bio-Zertifikat einer staatlich anerkannten Öko-Kontrollstelle nachweisen.
- Nachweis von mindestens 2 Referenzprojekten mit vergleichbarer Leistung innerhalb der letzten 3 Jahre.

Als vergleichbare Leistung werden angesehen: Essensversorgungen von Kindertagesstätten und/oder Schulen oder vergleichbaren Einrichtungen in vergleichbarer Umfang bzw. Komplexität

Sämtliche Bieter, die aufgrund der Nichterfüllung der definierten Mindestanforderungen den Anforderungen der Ausschreibung nicht genügen, werden (ggf. nach entsprechender Aufklärung/ Nachforderung) ausgeschlossen.

1.3 Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien nebst Gewichtung sind in der Anlage 10 „Wertungsmatrix“ aufgeführt. Die jeweils in einem Kriterium erreichte Punktzahl wird mit der jeweiligen Gewichtungszahl multipliziert, um das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln. Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand der folgenden Zuschlagskriterien ermittelt:

1.3.1 Preis (Gewichtung 80)

Der niedrigste Gesamtpreis erhält 10 Punkte. Für die preislich nachfolgenden Angebote wird die Punktzahl nach folgender Formel ermittelt:

$$\text{Punktzahl Bieter XY} = \frac{\text{Niedrigstes Gesamtpreis} * 10}{\text{Gesamtpreis Bieter XY}}$$

1.3.2 Qualitätswertung (Gewichtung insgesamt: 20)

Die Qualitätswertung erfolgt anhand der folgenden Unterkriterien (Gewichtung jeweils: 25) wie nachstehend ersichtlich:

1.3.3 Anteil Bioprodukte (Gewichtung 10)

Die Verwendung nachhaltiger Produkte aus Bioerzeugung wird angestrebt. Daher werden Angebote, die einen Anteil an Bioprodukten von weniger als 30 % aufweisen, vom Verfahren ausgeschlossen.

Im Weiteren werden für einen höheren Bioanteil Wertungspunkte wie folgt vergeben:

- mehr als 35 %: 2 Punkte
- mehr als 40 %: 4 Punkte
- mehr als 45 %: 6 Punkte
- mehr als 50 %: 8 Punkte
- mehr als 55 %: 10 Punkte

1.3.4 Anteil saisonale Produkte (Gewichtung 10)

Die Verwendung saisonaler Produkte wird angestrebt. Daher werden Angebote, deren Anteil an saisonalen Produkten 15 % unterschreitet, vom Verfahren ausgeschlossen.

Im Weiteren werden für einen höheren saisonalen Anteil Wertungspunkte wie folgt vergeben:

- mehr als 20%: 2 Punkte
- mehr als 25 %: 4 Punkte
- mehr als 30 %: 6 Punkte
- mehr als 35 %: 8 Punkte
- mehr als 40 %: 10 Punkte

Der Zuschlag erfolgt nach einheitlicher Prüfung und Wertung aller Angebote. Eine Nachverhandlung der Angebote wird es nicht geben, diese ist unzulässig.

2. Verfahren bei Punktgleichheit

In dem unwahrscheinlichen Fall, dass nach vorstehender Auswertung zwei Bieter punktgleich auf dem ersten Auswertungsrang liegen, entscheidet das Los.

VI. Formale Anforderungen an die Angebote

Die Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die Vergabeplattform in einem gängigen Format, vorzugsweise in PDF, einzureichen. Alternativ kann auch ein Microsoft Office Format (Word, Excel o. ä.) verwendet werden.

Sämtliche Erklärungen und Dokumente, die im Rahmen dieses Verfahrens eingereicht werden, sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. gegebenenfalls in diese zu übersetzen. Sofern Bieter Unterlagen in einer anderen Sprache einreichen, können diese bei der Auswertung nicht berücksichtigt werden.

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden. Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des

Leistungsverzeichnisses ist zugelassen. Das vom Auftraggeber verfasste Leistungsverzeichnis ist allein verbindlich.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertig“ und wird vom Bieter dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typenbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Dies gilt nicht, wenn er im Angebotsschreiben erklärt, dass er das in der Leistungsbeschreibung benannte Produkt anbietet. Enthält das Angebot weder die Produktangabe noch die Erklärung, ist das Angebot unvollständig.

Für die Erstellung von Angeboten oder sonstigen Unterlagen im Rahmen des gegenständlichen Verfahrens wird keine Vergütung gewährt.

VII. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen

Im Rahmen der Öffentlichen Ausschreibung sind die folgenden Unterlagen mit der Angebotsabgabe einzureichen:

- **Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eignungsangaben“**
- **Eintrag in das Berufs- oder Handelsregister**

Nachweis über den Eintrag in das Berufs- oder Handelsregister (nicht älter als 6 Monate) nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes der Gemeinschaft oder Vertragsstaats des EWR-Abkommens, in dem das Unternehmen ansässig ist.

- **Gewerbezentralregisterauszug**

Auszug aus dem Gewerbezentralregister (nicht älter als 3 Monate).

- **Betriebshaftpflichtversicherung**

Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung mit der geforderten Deckungssumme oder eine Erklärung einer Versicherungsgesellschaft, bei Vertragsschluss eine entsprechende Versicherung zu stellen.

- **Qualitätssicherungssystem EU-Öko-Verordnung**

Nachweis (Zertifikat) über ein Qualitätssicherungssystem, das die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 und der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 (EG-Öko-Verordnung) in aktueller Fassung erfüllt.

- **4-oder 5 Wochen-Muster-Speiseplan**

Einen 4/5-Wochen-Speiseplan (Muster), welcher den Anforderungen an die Lebensmittelqualität und -quantität sowie den Vorgaben zur Speiseplanung gemäß Leistungsbeschreibung entspricht (Kalkulationsplan).

- **Ausgefüllte Formblätter (6) hinsichtlich der Warenkorbbregelung**

- **geforderte Zertifikate**

Zertifikate die aus der Leistungsbeschreibung und den Vertragsunterlagen hervorgehen (z.B. HACCP, DIN ISO, BIO u.a.)

Mit freundlichen Grüßen

Jonas Deppenkemper
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

(elektronisch und ohne Unterschrift versandt)

Anlagen:

1. Vertragsbedingungen
2. Leistungsverzeichnis
3. Formblatt Eignungsangaben
4. Formblatt Warenkorb Nr. 1 (Vorspeisen)
5. Formblatt Warenkorb Nr. 2 (Hauptgerichte Fleisch)
6. Formblatt Warenkorb Nr. 3 (Hauptgerichte Fisch)
7. Formblatt Warenkorb Nr. 4 (Hauptgerichte Vegetarisch)
8. Formblatt Warenkorb Nr. 5 (Sättigungsbeilagen)
9. Formblatt Warenkorb Nr. 6 (Desserts)
10. Wertungsmatrix

Vertragsunterlagen

- Allgemeine und besondere Vertragsbedingungen (AVB/BVB) -

Zwischen

Gemeinde Egelsbach/Dezernat 2

Freiherr-vom-Stein Straße 13

63329 Egelsbach

Und

Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Ortsverein Egelsbach e.V.

Heidelberger Straße 26

63329 Egelsbach

-Auftraggeberin/ AG-

und

[...]

-Auftragnehmerin/ AN-

werden folgende Vertragsbedingungen vereinbart:

1. Gegenstand und Bestandteile des Vertrages

Gegenstand des Vertrages ist die Lieferung von Mittagessen und die Erbringung der damit einhergehenden Serviceleistungen im Bereich der Speiserversorgung in den Kindertagesstätten der Gemeinde Egelsbach (einschl. der Einrichtung der AWO). Die Details des Vertrages und der diesem zugrundeliegenden Leistungsumfang sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen. Der Auftragnehmer schließt diesen Vertrag sowohl mit der Gemeinde Egelsbach, als auch mit der AWO. Hierbei wird klargestellt, dass es sich um zwei getrennt voneinander zu betrachtende Vertragsverhältnisse handelt und sich wechselseitige Rechte und Pflichten jeweils nur insoweit ergeben, wie der Vertrag bzw. die Leistung die jeweilige Auftraggeberin (Gemeinde Egelsbach oder AWO) betrifft. Eine gesamtschuldnerische Haftung der Auftraggeber im Hinblick auf die Gesamtleistung besteht nicht.

Vertragsbestandteile sind in nachstehender Reihenfolge:

- Dieser Vertrag
- Leistungsverzeichnis (inkl. Warenkörbe)

Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

2. Vertragsbeginn und -laufzeiten

Vertragsbeginn ist der 01.12.2020. Leistungsbeginn ist der 15.12.2020. Wegen des Leistungsbeginnes am 15.12.2020 hat der Bieter die Zeit vom 01.12.2020 bis zum 14.12.2020 zu nutzen und eine Absprache mit den Auftraggebern (unter Beteiligung des bisherigen Auftragnehmers) zwecks Einrichten der mitzubringenden Gerätschaften zu treffen, sodass eine reibungslose Inbetriebnahme der Gerätschaften sowie eine Belieferung ab dem 15.12.2020 gewährleistet ist.

Die Vertragslaufzeit beläuft sich auf 3 Jahre mit der Option um 2 Jahre Verlängerung

Eine Verlängerung ist bis 4 Wochen vor Auslauf des Vertrages möglich.

Die Montage und Inbetriebnahme der Geräte muss bis spätestens zum 15.12.2020 abgeschlossen sein. Anschließend ist unmittelbar mit der Belieferung zu beginnen.

3. Kommunikation

- Ansprechpartner der Auftraggeber:

Gemeinde Egelsbach	AWO
Fachbereich Bürgerdienste, Hr. Kraus Freiherr-vom-Stein-Straße 13 63329 Egelsbach	[...]
Ansprechpartner der Einrichtungen: Kindertagesstätten: Fachdienstleitung Familie & Soziales, Fr. Vetter	

- Ansprechpartner des Auftragnehmers
[...]

Der Auftragnehmer benennt einen deutschsprachigen Ansprechpartner der ständig erreichbar ist und regelmäßig bzw. bei konkretem Anlass an Besprechungen teilnimmt.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu regelmäßigen Treffen mit dem Träger, der Kita-Leitung sowie den Elternvertretern. Diese Treffen finden mindestens halbjährlich statt.

4. Befragungen der Einrichtungsleitung

An den Einrichtungen sind regelmäßige Befragungen der Einrichtungsleitungen, mindestens 1 x jährlich durch den Auftragnehmer durchzuführen und zu dokumentieren.

5. Anzahl der Kinder in Ganztagsbetreuung

Die Einrichtungen verfügen über eine Maximalbelegung von zurzeit 430 Plätzen in der Ganztagesbetreuung. Die Anzahl der Ganztagskinder in den Kitas, die am Mittagessen teilnehmen, kann variieren, sie beträgt zurzeit 308 Kinder.

6. Anzahl der zu liefernden Essen / Kalkulationsgrundlage

Die Anzahl der Essen kann aufgrund der Belegungszahlen variieren. Schwankungen bis +/- 10%, auf die angegebene Essenszahl, sind in den Einheitspreis mit einzukalkulieren.

Ebenfalls sind für das Betreuungspersonal ca. 35 Portionen mit in den Einheitspreis einzukalkulieren. Diese Portionen werden nicht separat vergütet!

Am Mittagessen der Kindertagesstätten nehmen aktuell 308 Kinder teil:

- davon im Alter von 1-2 Jahren (U3): 86 Kinder
- davon im Alter 3-6 Jahre (Ü3): 222 Kinder

zusätzlich nehmen die jeweiligen Betreuer zusammen mit den Kindern am Essen teil (ca. 35 Erwachsene, davon 28 Betreuer der Gemeinde Egelsbach und 7 Betreuer der AWO).

Der genaue Schlüssel errechnet sich wie folgt:

- Ü3 - Eine Erzieherin betreut in der Regel 10 bis 12 Ü3 Kinder während des Essens
- U3 - Bei den U3 Kindern werden max. 12 Kinder von mindestens zwei Erzieherinnen betreut

Dies teilt sich wie folgt in den einzelnen Einrichtungen auf:

	U3-Kinder	U3-Betreuer	Über 3-Kinder	Über 3-Betreuer
Gemeinde Egelsbach				
Kita Bayerseich	14	3	30	3
Kita Brühl	17	4	60	4
Kita Bürgerhaus	9	3	37	4
Kita Forsthaus	18	3	49	4
AWO-Einrichtung				
Kita Zauberbaum	28	3	46	4
Gesamt	86	16	222	19

Aus vorher genannter Aufschlüsselung ergibt sich eine Gesamtzahl von täglich ca. 308 Essen für U3/Ü3 Kinder sowie ca. 35 zusätzliche Portionen für die Betreuer.

Diese Anzahl stellt die Kalkulationsgrundlage der zu Verfügung zu stellenden Essen dar.

7. Essenszeiten

Der Auftraggeber behält sich Änderungen der Servicezeiten vor.

Die Essenszeiten in den Kitas sind wie folgt:

im U3 Bereich 11.30 Uhr - 12.00 Uhr

im Ü3 Bereich 12.00 Uhr - 13.00 Uhr

8. Verpflegungstage

Pro Woche sind 5 Verpflegungstage vorgesehen. Während der Schließzeiten im Sommer (2 Wochen) und im Winter (2 Wochen) sowie an Feiertagen erfolgt in den Kindertagesstätten keine Verpflegung. Über das Jahr muss die Verpflegung im Kindertagesstättenbereich demnach für ca. 235 Tage gewährleistet sein. Diese Zahl stellt jedoch keine Abnahmeverpflichtung dar. Werden Einrichtungen tageweise geschlossen, gleich aus welchen Gründen, wird der AN vom AG mit einer Frist von 3 Werktagen darüber informiert, dass zu dieser Zeit keine Verpflegung benötigt wird.

9. Anlieferung

Die Adressen der Einrichtungen sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen. Die Anlieferung der bestellten Speisen ist mit der Einrichtung abzustimmen. Generell ist eine Anlieferung während der Essenszeiten zwischen 11:00 und 13:30 Uhr nur nach Absprache möglich. Durch die Anlieferung darf keine Beeinträchtigung des Kitabetriebs verursacht werden. Vor dem Kitagelände ist höchste Vorsicht, vor allem mit Lieferfahrzeugen, geboten.

10. Erscheinungsbild des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle von ihm eingesetzten Mitarbeiter eine einheitliche, hygienisch einwandfreie und ansprechende Arbeitskleidung sowie Namensschilder tragen.

Der Speiseplan ist ansprechend zu gestalten und an dem, mit den jeweiligen Einrichtungen vereinbarte, Ort auszuhängen.

11. Bestellung

Die Vorbestellung der Essen erfolgt bis Donnerstag der Vorwoche- in der Regel 14 tägig - für die jeweils beiden darauffolgenden Kalenderwochen.

12. Hygiene

Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung sämtlicher Hygienevorschriften, von der (externen) Zubereitung bis hin zur Übergabe vor Ort verantwortlich.

Es gelten die gesetzlichen Vorgaben laut Verordnung (EG) 852/2004 und Infektionsschutzgesetz (IfsG). Ein betriebliches Qualitätssicherungs- beziehungsweise Hygienekonzept nach HACCP ist erforderlich und nachzuweisen. Die Einhaltung der hygienischen Bestimmungen muss in Form von regelmäßigen Kontrollen durch einen professionellen Dritten der Lebensmittelüberwachung überprüft werden.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche Hygienevorschriften einzuhalten und die Ergebnisse von Kontrollen unaufgefordert an den Auftraggeber weiterzuleiten.

13. Art und Umfang der Leistungen

- Herstellen sämtlicher Anschlüsse der vom AN bereitgestellten Geräte - Leistungsgrenze ist Wand/Boden (auch bei Tausch- und/oder Reparaturgeräten) - sowie die Gewährleistung der einwandfreien Funktion aller Geräte in der jeweiligen Einrichtung sowie die Montage und Inbetriebnahme aller vom AN bereitgestellten Geräte.
- Die Produktion und Anlieferung von Speisen sowie die Annahme und das Einräumen in allen Einrichtungen.

- Alle mit der Leistungserbringung verbundenen Dienstleistungen, inkl. der Aufbereitung der Speisen als Komplettservice
- Die Beistellung der erforderlichen Geräte zur Lagerung und Zubereitung der Speisen, die zur Versorgung der Kinder und Sonstige, durch die KITA Berechtigte, mit Mittagessen erforderlich sind und nachfolgend konkretisiert werden.

Grundlage für den Umfang der Leistungen sind

- die in den Anlagen aufgeführten Beschreibungen zur Ausführung entsprechend den Kostarten und der im Leistungsverzeichnis genannten Kriterien
- die in den Anlagen angegebenen Tätigkeiten des Service zur Aufbereitung
- die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Speisenangebote unter der Berücksichtigung der entsprechenden Kostarten

14. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers (AN), Nachunternehmer

- Ersatzbeschaffungen und Reparaturen gehen zu Lasten des AN, wenn diese durch schuldhaftes Verhalten des AN oder seines Personals verursacht worden sind. Die Beweislast liegt beim AN.
- Die Übertragung der Dienstleistungen im gastronomischen Bereich aus diesem Auftrag an Nachunternehmer bedarf der Zustimmung des AG.
- Der AN darf Leistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die leistungsfähig, fachkundig, zuverlässig und gesetzestreu sind. Die Zustimmung wird insbesondere von der Vorlage einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, dem Nachweis einer Haftpflicht-Schadenversicherung entsprechend Absatz 17 und einer Verpflichtungsermächtigung zur Einhaltung der Vorgaben des Tarifreue- und Mindestlohngesetz abhängig gemacht werden.
- Der AN hat die Nachunternehmer bei Angebotsabfrage darüber zu informieren, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

15. Allgemeine Pflichten des Auftraggebers (AG)

- Der Unterhalt der Räume und der Einrichtung obliegt dem Auftraggeber.
- Erbringung notwendiger Installationsarbeiten vor Vertragsbeginn (z.B. Wasseranschlüsse / Abfluss Kombidämpfer) nach Abklärung aller örtlichen Gegebenheiten. Hierzu liefert der AN die technischen Beschreibungen der Geräte und benennt die notwendigen Anschlüsse.

16. Einhaltung von Vorschriften

Für den Einkauf, die Produktion der Speisen, die Verpackung sowie die Auslieferung der Ware gelten, neben allen für den Bereich der Lebensmittelproduktion, -verarbeitung sowie das Inverkehrbringen von Speisen gültigen Rechtsvorschriften, grundlegend u.a. die folgend genannten Verordnungen in aktueller Fassung zur Sicherstellung der hygienischen Qualität:

- Vorgaben und Dokumentationen nach HACCP und LMHV
- VO (EG) Nr. 178/2002 – EU-Basis-Verordnung
- VO (EG) Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene
- VO (EG) Nr. 853/2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs sowie
- VO (EG) Nr. 16/2012
- VO (EG) Nr. 1169/2011 über die Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Der Auftragnehmer erklärt sein Einverständnis, dass Hygienekontrollen und Abklatschproben in sämtlichen Bereichen, ohne Voranmeldung durch den Auftraggeber veranlasst und durchgeführt werden können. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer. Sie sind mit einzukalkulieren.

Bei sämtlichen angebotenen Speisen müssen die Zusatzstoffe / Inhaltsstoffe im Speiseplan ausgewiesen werden (Lebensmittelkennzeichnung).

Unfallverhütungsvorschriften sind ebenso einzuhalten wie die entsprechenden behördlichen Auflagen einschließlich der Gesundheitsuntersuchungen des eingesetzten Personals.

17. Ergänzend zur Leistungsbeschreibung gelten folgende Bedingungen:

- Einsatz ökologisch erzeugter Lebensmittel
- saisonale Erzeugnisse
- möglichst fair gehandelte Produkte

Vor allem beim Wareneinkauf sind saisonale Gesichtspunkte zu beachten:

18. Speiseplangestaltung

Die Speiseplangestaltung erfolgt unter Einhaltung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) - im Besonderen für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder.

Der Anbieter muss auf die Bedürfnisse von Kindergartenkindern entwickeltes Speisenangebot liefern können. Speziell abgestimmte Menükomponenten für Kleinkinder im Alter von 1-2 Jahren müssen Teil des Angebotes sein. Die Erstellung des Speiseplans erfolgt, in Abstimmung des AG, durch den AN.

19. Versicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflicht-Schadenversicherung in Höhe von

- 2.000.000.- € für Personenschäden pro Schadensfall
- 2.000.000.- € für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall
- 500.000.- € für Bearbeitungsschäden pro Schadensfall

abzuschließen und für die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

Änderungen / Ablauf der Versicherungspolice sind dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat eine Bestätigung seines Versicherers vorzulegen, dass dieser bei Erlöschen / Ändern der Versicherung des Auftragnehmers unmittelbar und unverzüglich den Auftraggeber benachrichtigt. Diese Bestätigung des Versicherers ist ebenfalls Vertragsbestandteil. Der AN hat für die ihm vom AG zur Verfügung, Benutzung oder zu einem sonstigen Zweck überlassenen Sachen in seiner Haftpflichtversicherung das Risiko der gesetzlichen Haftung aus „Beschädigung oder Zerstörung durch Feuer und Explosion“ eingeschlossen. Die Höchstentschädigung hierfür beträgt € 5.000.000,-.

Auch bei Ausfall der Küche durch Brand, Explosion oder durch Seuchen bzw. Krankheiten ist der AN verpflichtet, eine ordnungsgemäße Versorgung zu gewährleisten.

20. Abrechnung der Leistungen

Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich. Der Rechnungsempfänger ist die Gemeinde Egelsbach, Fachbereich Bürgerdienste, Fachdienst Familie & Soziales bzw. die AWO hinsichtlich der Leistungen, die für AWO-Einrichtung erbracht werden.

Die Anlieferung von Waren und Speisen ist im Preis inbegriffen. Die Lieferung erfolgt frei Verwendungsstelle (Lieferadressen der Einrichtungen, siehe allgemeine Informationen).

Bleiben Einrichtungen geschlossen, gleich aus welchen Gründen (z.B. Streik), muss abbestellt werden können. Der AG wird den AN mit einer Frist von 3 Werktagen darüber informieren, dass zu dieser Zeit keine Verpflegung benötigt wird. Für den Zeitraum der Schließung kann der AN keine Essen abrechnen und keine weiteren Kosten geltend machen.

21. Preisanpassung bei Vertragsverlängerung

Im Falle gesetzlicher Änderungen (z.B. Änderung des Mindestlohns nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge, Erhöhung gesetzlicher Sozialaufwendungen während der Vertragslaufzeit etc.) kann jede Partei einen Antrag auf Preisänderung stellen. Als Basis für die Berechnung der Preisanpassung gilt jeweils anteilmäßig der Lohnkostenanteil für sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte. Anträge des AN, die später als drei Monate nach Abschluss des Tarifvertrags bzw. nach Inkrafttreten der Änderung der gesetzlichen Sozialaufwendungen eingehen, können nur vom ersten Tag des Eingangsmonats an berücksichtigt werden. Diese Regelungen gelten für den AG entsprechend bei Lohnsenkungen bzw. Senkungen der Sozialaufwendungen.

Die geänderte Vergütung wird wirksam zum 1. des auf die Antragstellung folgenden Monats.

Kommt eine Einigung über den neuen Vertragspreis nicht zustande, so kann jeder Vertragspartner kündigen. Bis zum Ablauf des Vertrages gilt der zuletzt vereinbarte Preis weiter.

22. Datenschutz

Die allgemeinen datenschutzrechtlichen Anforderungen und Vorschriften sind gemäß dem deutschen Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dem Datenschutzgesetz des Landes Hessen einzuhalten. Vom AN sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu gewährleisten. Der AN verpflichtet sich zur Verschwiegenheit bei persönlichen Daten. Auch bei Beendigung des Vertragsverhältnisses ist die Schweigepflicht einzuhalten.

23. Kündigung

Der Vertrag kann von beiden Vertragsparteien binnen einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Die ersten 3 Monate des Vertragsverhältnisses gelten als Probezeit. Während dieser Zeit kann der Vertrag von beiden Seiten mit einer Frist von zwei Monaten zum Monatsende gekündigt werden.

Unabhängig davon ist der AG berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere:

- nachhaltig vertragswidriges Verhalten.
- wenn es der AN trotz eines schriftlichen Hinweises unterlässt, die ihm mitgeteilten Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen unverzüglich und auf Dauer abzustellen.
- wenn der AN sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen (§ 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) beteiligt hat.

- wenn der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss, der Durchführung oder der Kontrolle des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum AG Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.
- wenn über das Vermögen des AN Antrag auf Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt wird.
- wenn der AN den für ihn gültigen Lohn- und Rahmentarifvertrag nicht anwendet.
- wenn der AN die Arbeitsschutzbestimmungen nicht anwendet.
- wenn der AN gegen die Bestimmungen des Ausländerrechts verstößt.
- wenn der AN die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten nicht erfüllt.
- wenn der AN nicht bis spätestens zur Aufnahme der Speiserversorgung die geforderten Versicherungsnachweise vorgelegt hat.

Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

24. Änderung des Vertrages

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform – diese müssen mit dem AG abgestimmt werden.

Die etwaige Nichtigkeit einer oder mehrerer Bestimmungen berührt nicht die Wirksamkeit der Übrigen.

25. Forderungsabtretung / Rechtsübertragung

Keine der Parteien wird Rechte aus diesem Vertrag ohne Zustimmung der anderen Vertragsparteien übertragen.

26. Sonstige Vereinbarungen

Elterninformationen (Schreiben, etc.) dürfen nur in Absprache mit der Gemeinde Egelsbach, vertreten durch den Fachdienst Familie & Soziales bzw. mit der AWO, soweit AWO-Einrichtungen betroffen sind, herausgegeben werden. Diese sind vorab einzureichen und dürfen erst nach schriftlicher Freigabe den Eltern zugeschickt werden.

27. Gerichtsstand

Gerichtsstand für beide Vertragspartner ist Langen (Hessen).

28. Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträge

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die der nach dem Arbeitnehmerentgeltgesetz (AEntG) vom 20.04.2009 (BGBl. I S. 799) einzuhaltende Tarifvertrag vorgibt oder andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte einzuhalten,
- seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung den jeweils gültigen Mindestlohn (derzeit: 9,35€) zu bezahlen.
- die von ihm beauftragten Nachunternehmer oder einen von ihm oder einem Nachunternehmer beauftragten Verleiher schriftlich zu verpflichten, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die der Auftragnehmer selbst einzuhalten verspricht,
- sicherzustellen, dass die Verpflichtung auf einen von ihm beauftragten Nachunternehmer oder auf einen von ihm oder von einem Nachauftragnehmer

- beauftragten Verleiher jeweils schriftlich übertragen wird und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen,
- sicherzustellen, dass die beauftragten Nachauftragnehmer ihrerseits die von ihnen beauftragten Nachunternehmer oder von ihnen beauftragten Verleiher die o.a. Verpflichtungen jeweils schriftlich übertragen und zu verpflichten, dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen die schriftlichen Übertragungen nachzuweisen.

Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Nachunternehmer schuldhaft gegen die o.a. Verpflichtungen, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H., bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme vereinbart.

Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird. Die schuldhafte Nichterfüllung der o.a. Verpflichtungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung. Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen. Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der o.a. Unterlagen bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen.

Auftraggeber:

Auftragnehmer:

Egelsbach, den.....

....., den

.....

.....

Leistungsverzeichnis

Essensversorgung

Lieferung von Mittagessen und Erbringung von Serviceleistungen im Bereich Essensversorgung in Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Egelsbach

Zu beliefernde Einrichtungen:

Kitas der Gemeinde Egelsbach:

- Kita Forsthaus, Wolfgartenstr. 60a, 63329 Egelsbach
- Kita Brühl, Lutherstr. 7, 63329 Egelsbach
- Kita Bayerseich, Kurt-Schuhmacher-Ring 53, 63329 Egelsbach
- Kita Bürgerhaus, Kirchstraße 21, 63329 Egelsbach

Kitas der AWO:

- Kita Zauberbaum, Lutherstraße 7b, 63329 Egelsbach

I. Leistungen des AG und AN

1. Leistungen des AN

- **Belieferung** der Einrichtungen durch den AN mit Tiefkühlkost (Cook & Freeze) in ununterbrochener Kühlkette gemäß individueller Bestellung im Rahmen der Speiseplanvorgaben.
 - Wöchentliche Anlieferung der **Tiefkühlkost** in wirtschaftlichen Großgebinden mit portionsgenauer Entnahmemöglichkeit. Kontrolle der gelieferten Speisen auf Temperatur und des hygienischen Zustands (gemäß den Vorschriften LMHV und HACCP) und auf Qualität. Diese Vorgänge sind schriftlich zu protokollieren und können von der Kitaleitung oder durch Vertreter der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Egelsbach jederzeit eingesehen werden.
 - die tägliche Verfügbarkeit/Bereitstellung von frischen Produkten wie Salate, Obst, Gemüse und Molkereiprodukte, liegt in der Verantwortung des AN.

- **Bereitstellen der**, für den reibungslosen Regenerierungsprozess und die termingerechte, tafelfertige Servierung der Speisen, notwendigen, Geräte in jeder Einrichtung (KITA) durch den AN.
 - Kombidämpfer (zur schonenden Regenerierung der Speisen), Modelltyp und Größe auf die Anzahl der gleichzeitig aufzubereitenden Essen je Einrichtung abgestimmt. Es dürfen nur Geräte mit Kondensat-Haube eingesetzt werden!
 - TK- und Kühlschränke
 - Herstellen sämtlicher Anschlüsse der zuvor genannten Geräte - Leistungsgrenze ist Wand/Boden- (auch bei Tausch- und/oder Reparaturgeräten) sowie die einwandfreie Funktion aller Geräte in der jeweiligen Einrichtung
 - die zur Zubereitung mit dem AN-System notwendigen Spezialutensilien
- **sämtliche Serviceleistungen** beginnend mit der Annahme und dem Einräumen der Lieferungen, das Erwärmen, das Anrichten/Servieren von portionierten Mengen auf dem Servierwagen (stellt AG) sowie das Abräumen vom Servierwagen, das Spülen der Geschirr- und Besteckteile (in Geschirrspüle des AG) inklusive der Reinigung der Anlagen sowie die Ausführung und Kosten für fachgerechte Entsorgung von Verpackungen und Essensresten.
- **Benennung eines deutschsprachigen Ansprechpartners** der ständig erreichbar ist und regelmäßig, bzw. bei konkretem Anlass, an Besprechungen teilnimmt, bzw. bei Bedarf vor Ort ist.
 - Der AN verpflichtet sich zu regelmäßigen Treffen mit dem Träger und der Kita-Gremien. Diese Treffen finden mindestens halbjährlich statt.
 - Qualitätssicherungsgespräche mit dem Auftraggeber finden im 1. und 2. Quartal nach Vertragsbeginn, danach halbjährlich statt.
- **Erstellung** eines für jede Einrichtung gültigen **Speiseplanes** durch den AN in Abstimmung mit dem AG inklusive zeitnaher, mindestens 1 Woche vorab, Veröffentlichung (Aushänge in den Einrichtungen) in visualisierter, kindgerechter Darstellung.
 - Die Speiseplangestaltung muss ernährungsphysiologisch ausgewogen und auf Kinder im Alter von 1-6 Jahren angepasst sein. Die Speiseplangestaltung erfolgt unter Einhaltung der **Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)** für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder.
- Der Anteil aus saisonalen Produkten soll mindestens 15 % und bei Bioprodukten mindestens 30 % betragen. Siehe hierzu auch die Bewertungskriterien im Bewertungsteil des Verfahrensbriefes
 - Ein Nachschlag bei Beilagen muss möglich sein.
 - Die angebotenen Menüs wechseln täglich und wiederholen sich unter Berücksichtigung der saisonalen Besonderheiten frühestens nach acht Wochen.
- **Bereitstellung eines zuverlässigen Bestellsystems** durch den AN
 - Online und telefonische Bestellung/Modifizierung des vom AN erstellten Speiseplans - Elektronisches Speiseplanungssystem
 - Internetbasierter Speiseplan mit Wareneinsatz- und Nährwertkalkulation sowie LMIV-Angaben mit Kennzeichnung der Zusatzstoffe
 - Die Abrechnung der Essen für die Essen der KiTas der Gemeinde erfolgt direkt über die Gemeinde Egelsbach.

- Die Abrechnung der Essen für die Kita Zauberbaum (AWO-Einrichtung) erfolgt direkt über die AWO
- Eine Dauerbestellung wird parallel mit dem Betreuungsverfahren der Kita gem. Satzung bzw. dem Betreuungsvertrag mit der Kita Zauberbaum (AWO-Einrichtung) der Kinder aktiviert. Bei einem Wechsel der Einrichtung oder mit Beendigung des Betreuungsverfahrens bzw. des Betreuungsvertrages endet diese automatisch.
- Es muss ermöglicht werden, einzelne Essen wegen Krankheit oder Urlaub kostenfrei abzubestellen.
- Nachweis der einschlägigen **Zertifizierungen (u.a. DGE Qualitätsstandard, Bio-Zertifikat)**
- Einhaltung eines nachweislichen Qualitätsmanagements durch den AN (z.B. HACCP), Produktionskontrollen durch den AG und vom AG beauftragte Dritte
- Nachweis von aussagekräftigen **Referenzen**, Abgabe mit dem Angebot
- Vollständige Angaben im **Musterspeiseplan** als Kalkulationsgrundlage. Planlaufzeit 4 Wochen.
- Der AN ist für die Einhaltung sämtlicher Hygienevorschriften in jeweils aktueller Fassung, von der (externen) Zubereitung bis hin zur Übergabe vor Ort verantwortlich. Einhaltung der spezifischen gesetzlichen und behördlichen Richtlinien, Vorgaben und Dokumentationen nach LMHV/HACCP. Dies gilt auch für die Verordnung der Europäischen Gemeinschaft Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene sowie das Infektionsschutzgesetz (IfsG).
- Termingerechter Transport und Anlieferung der Lebensmittel frei Verwendungsstelle (inkl. Bestückung der TK-/Kühlschränke) in hygienevorschriftsmäßig zugelassenen Transportmitteln gemäß Disposition durch entsprechend qualifiziertes Personal.
- Schriftlich **protokollierte** Kontrolle der gelieferten Speisen **auf Vollständigkeit**
- Schriftlicher **Nachweis** über die lückenlose Einhaltung der Kühlkette
- Berechtigung des AG beim AN ohne Vorankündigung **Besichtigungen** durchzuführen
- **Benennung sämtlicher Inhaltsstoffe** im Bedarfsfall auf Nachfrage.
- Kostenfreie Bereitstellung von ausführlichem **Informationsmaterial** über den AN für die Elternschaft

2. Leistungen des AG

- Die notwendigen **Räumlichkeiten** für den Verpflegungsprozess in den Kitas stellt der **jeweilige** AG (Gemeinde Egelsbach oder AWO für KiTA Zauberbaum)
- Das **Geschirr / Besteck** für die Essensaufnahme stellt der **jeweilige** AG (Gemeinde Egelsbach bzw. AWO für Kita Zauberbaum)

- Die **Getränke** stellt der der **jeweilige** AG (Gemeinde Egelsbach bzw. AWO für Kita Zauberbaum)
- Die zur Reinigung des Geschirrs/Besteck etc. notwendigen Geräte (Geschirrspülmaschine) stellt der AG.
- Die Servierwagen, sowie Behältnisse (Edelstahl/Glas) stellt der AG

II. Anforderungen an das Essen

Die Anforderungen an das Essen richten sich nach dem jeweils aktuellen DGE-Standard.

- Die angebotenen Menüs wechseln täglich und wiederholen sich, unter Berücksichtigung der saisonalen Besonderheiten, frühestens nach acht Wochen.
- Ein Standardessen pro Tag
- Individuell abgestimmtes **Allergie-/Diät-/Vegetarier-Essen** ist möglich, geeignete Menüzusammenstellungen für Kinder mit Laktose- und Glutenunverträglichkeiten werden bei Bedarf als preisneutrale Einzelportionen geliefert.
- Essen ist generell **frei von Zusatzstoffen** wie z.B.
 - Geschmacksverstärkern
 - Konservierungsmitteln
 - Alkohol und Alkoholaromen
- Essens-**Anteile** vom AN gegenüber dem AG lückenlos nachzuweisen
 - Bio, min. 30 %
 - Saisonal, min. 15 %

III. Anforderungen an die Auswahl der Lebensmittel

Im Gesamtangebot müssen die nachstehenden Lebensmittel und Speisen enthalten sein (Darüber hinaus kann das Speisenangebot in diesem Sinne erweitert werden):

- Getreide, Getreideprodukte und Kartoffeln
- Vollkornprodukte
- Parboiled Reis oder Naturreis
- Speisekartoffeln
- Gemüse, tiefgekühlt
- Hülsenfrüchte
- Salat
- Obst, frisch, ohne Zuckerzusätze
- Milch: 1,5 % Fett
- Naturjoghurt: 1,5 bis 1,8 % Fett
- Speisequark: max 20 % Fett i. Tr
- Käse: Max. Vollfettstufe (≤ 50 % Fett i. Tr.)
- Mageres Muskelfleisch
- Fleischerzeugnisse inkl. Wurstwaren
- Fisch aus nicht überfischten Beständen
- Raps-, Walnuss-, Weizenkeim-, Oliven- oder Sojaöl

IV. Wöchentliche Speisen, Wunschgerichte/ Warenkorbregelung

Grundsätzlich ist vom AN sicherzustellen, dass zur Wahrung der Abwechslung und zur Sicherstellung einer ausgewogenen und vielseitigen Ernährung der wöchentliche Turnus der Gerichte wie folgt ausgestaltet wird:

- 1x Fleischgericht
- 1x Fischgericht
- 2x Vegetarisch
- 1x „Wunschgericht“

Zu allen Gerichten ist eine Beilage und eine Sättigungsbeilage zu reichen, sodass jedes Gericht mithin aus 3 Komponenten besteht, wobei zu beachten ist, dass das Verzehren der Gerichte ohne Fleisch/Fisch auch für die vegetarischen Kinder eine vollwertige Mahlzeit darstellen soll. Die Portionierung hat den Empfehlungen der DEG zu folgen.

Sollte sich im Zuge der Leistungserbringung herausstellen, dass einzelne Gerichte nicht im erwünschten Maße angenommen werden, hat der AG das Recht einzelne Gerichte für die Zukunft (kostenneutral) auszuschließen. Der AN verpflichtet sich in diesem Falle das ausgeschlossene Gericht nicht erneut zu liefern und durch ein gleichwertiges (preislich und qualitativ) zu ersetzen.

Zum „Wunschgericht“:

Dem AG steht es frei, einmal pro Woche ein sog. „Wunschgericht“ zu bestellen. Hierzu verpflichtet sich der AN zur Bildung von insgesamt 6 sog. „Warenkörben“, die eine Auflistung von jeweils mind. 15 Gerichten aufweisen, aus denen der AG wählen kann.

Die Warenkörbe sind wie folgt zu bilden:

- **Vorspeisen (Warenkorb Nr. 1)**
- **Hauptgerichte**
 - **Fleischgericht (Warenkorb Nr. 2)**
 - **Fischgericht (Warenkorb Nr. 3)**
 - **Vegetarisch (Warenkorb Nr. 4)**
- **Sättigungsbeilagen (Warenkorb Nr. 5)**
- **Desserts (Warenkorb Nr. 6)**

Übt der AG das Recht zur Bestellung eines „Wunschgerichts“ aus, wird er dem AN spätestens 14 Tage im Voraus mitteilen, wie das Wunschgericht zusammenzustellen ist. Hierzu wählt der AG aus vorstehenden Warenkörben je ein Hauptgericht, eine Sättigungsbeilage und eine Vorspeise oder ein Dessert.

Für den Fall, dass die Auswahl des AG im Einzelfall nicht den DEG-Empfehlungen entspricht, hat der AN hierauf hinzuweisen, damit der AG ggf. neu wählen bzw. die Belieferung gleichwohl veranlassen kann.

Sofern der AG von seinem Wahlrecht kein Gebrauch macht und kein „Wunschgericht“ anfordert, obliegt die Zusammenstellung des Gerichts dem AN. In

diesem Falle sind bei der Zusammenstellung die DEG-Standards in jedem Falle einzuhalten.

V. **Kalkulationsgrundlage**

Es soll vom AN eine Kalkulation für die durchschnittliche Anzahl von täglich insgesamt ca. 308 Essen (234 Essen/Gemeinde Egelsbach; 74 Essen/AWO) erfolgen. Die tatsächliche Essensanzahl liegt bei ca. 343 Essen.

Diese Differenz von ca. 35 Essen resultiert aus den zusätzlichen Essen der Betreuer (28 Gemeinde Egelsbach; 7 AWO), die im Einzelpreis mitabgebildet werden soll.

Eine Differenzierung der Preise zwischen den U3 und Ü3 Essen ist ebenfalls darzustellen und wird in den Leistungspositionen separat abgefragt

VI. **Preisangaben**

1. **Titel Essensverpflegung**

Vortext zu Positionen

Arbeitstägliche (Mo.- Fr.) Verpflegungsbereitstellung in den Kindertagesstätten gemäß Vortexten und Leistungsbeschreibung inklusive Bereitstellung der erforderlichen Geräte und aller anderen Schulungs-, Service-, Technik-, Wartungs- und sonstiger Nebenkosten.

Verpflegungsart: Tiefkühlessen

Kalkulationsbasis sind **ca. 343 zu liefernde** Essensportionen,

Der Preis pro Essen basierend auf 308 anrechenbaren Essensportionen ist wie folgt aufgeteilt anzugeben:

Gemeinde Egelsbach:

- ca. 58 Essenportionen für Kindergartenkinder (1-3 Jahre) U3
- ca. 176 Essenportionen für Kindergartenkinder (3-6 Jahre) Ü3

AWO-Einrichtung:

- ca. 28 Essenportionen für Kindergartenkinder (1-3 Jahre) U3
- ca. 46 Essenportionen für Kindergartenkinder (3-6 Jahre) Ü3

Weitere ca. 35 Essensportionen (28 Gemeinde Egelsbach; 7 AWO) für das Betreuungspersonal sind nicht in die Gesamtanzahl der Essen mit eingerechnet, werden aber als Zuschlag zum EP mit abgebildet.

- **Essensportionen für Kinder (1-2 Jahren) U3**

Arbeitstägliche (Mo.-Fr.) Verpflegungsbereitstellung in den Kindertagesstätten gemäß Vortexten und Leistungsbeschreibung inklusive Bereitstellung der erforderlichen Geräte und aller anderen Schulungs-, Service-, Technik-, Wartungs- und sonstiger Nebenkosten.

Der Einzelpreis für die o.g. arbeitstägliche Verpflegung von Kindergartenkindern (1-3 Jahre) Ü3, basierend auf einer anzunehmenden Gesamtanzahl von tatsächlich anrechenbaren Essensportionen: 86 Essen täglich x 235 = 20.210 Essen pro Jahr.

20.210 Stk Grundess.
 Geräte Personal.....
 EP..... **GP**.....

- **Essensportion für Kinder (3-6 Jahre) Ü3**

Arbeitstägliche (Mo.-Fr.) Verpflegungsbereitstellung in den Kindertagesstätten gemäß Vortexten und Leistungsbeschreibung inklusive Bereitstellung der erforderlichen Geräte und aller anderen Schulungs-, Service-, Technik-, Wartungs- und sonstiger Nebenkosten.

Der Einzelpreis für die o.g. arbeitstägliche Verpflegung von Kindergartenkindern (3-6 Jahre) Ü3, basierend auf einer anzunehmenden Gesamtanzahl von tatsächlich anrechenbaren Essensportionen: 222 Essen täglich x 235 Tage = 52.170 Essen pro Jahr.

52.170 Stk Grundess.
 Geräte Personal.....
 EP..... **GP**.....

Titel 01
Essensverpflegung.....
 MWSt. (19,0 %).....
Gesamtsumme inkl. MWSt.

2. Titel Mengenanteile

Anteil an saisonalen Produkten

Der Anteil an saisonalen Produkten ist %

Anteil an Bioprodukten

Der Anteil an Bioprodukten gemäß den ist %

Eignungsangaben

Bieter: _____

Auftraggeberin: Gemeinde Egelsbach/Dezernat 2
Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach

Kontaktstelle: Leinemann & Partner Rechtsanwälte mbB
Eschersheimer Landstraße 6
60322 Frankfurt/ Main

Maßnahme: **Essensversorgung der Kindertageseinrichtungen**

Zum Nachweis der Eignung im Rahmen der Öffentlichen Ausschreibung mache(n) ich/ wir die folgenden Angaben. Mir/ uns ist bekannt, dass unvollständige oder fehlerhafte Angaben u. U. zum Ausschluss führen können.

Ich/ wir verpflichte(n) mich/ uns, zum Beleg der nachfolgenden Erklärungen entsprechende Nachweise vorzulegen, sofern solche von der Auftraggeberin angefordert werden.

I. Allgemeine Angaben zum Bieter

Angaben zum Bieter	
Name/Bezeichnung	:
Anschrift	:
Handelsregisternr./ Registergericht	:
Ansprechpartner	:
Telefon	:
Telefax	:
E-Mail	:

1. Angaben zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen, §§ 123, 124 GWB

- Ich/Wir erklären, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt. Insbesondere liegen keine fakultativen und keine zwingenden Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB vor.
- Es liegen fakultativen und/oder zwingende Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB vor.

Wenn zutreffend:

- Entsprechende Eigenerklärung mit Erläuterungen zur konkreten Verfehlung, sowie zu etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen ist beigefügt

2. Erklärung zur Berufshaftpflicht-/ Betriebshaftpflichtversicherung

Eine Berufshaftpflicht-/Betriebshaftpflichtversicherung besteht bei folgendem Versicherungsunternehmen:
Versicherungsunternehmen: _____
Deckungssumme in Euro: _____(Personenschäden)
Deckungssumme in Euro: _____(Sach- u. Vermögensschäden)

- Entsprechender Nachweis ist beigefügt.

Für den Fall, dass die Deckungssumme für Personen- und/oder Sach- und Vermögensschäden < EUR 2,0 Mio. ist:

- Zusage des Versicherungsunternehmens, wonach die Deckungssummen im Auftragsfalle auf EUR 2,0 Mio. erhöht werden können, ist beigefügt.

II. Angaben zu Bietergemeinschaften/ Nachunternehmern

Wir bewerben uns gemeinsam mit einem anderen Unternehmen („Bietergemeinschaft“)

ja nein

Wenn ja: Die Bietergemeinschaft besteht aus den folgenden Marktteilnehmern:

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

5. _____

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft ist:

Name: _____

Dienstsitz: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung ist als Anlage beigefügt.

III. Angaben zum Nachunternehmereinsatz

Wir beabsichtigen zur Erbringung bestimmter Teilleistungen Nachunternehmer einzusetzen

ja nein

Wenn ja: Wir beabsichtigen die folgenden Teilleistungen durch die folgenden Nachunternehmer erbringen zu lassen:

Angaben zum Nachunternehmereinsatz	
Nachunternehmer 1	:
Teilleistung	:
	:
Nachunternehmer 2	:
Teilleistung	:
	:
Nachunternehmer 3	:
Teilleistung	:

Wir erklären, dass wir beabsichtigen, sämtliche weiteren Teilleistungen im eigenen Betrieb auszuführen. Uns ist bewusst, dass eine Änderung der Nachunternehmer, sowie die Auslagerung weiterer Teilleistungen dem vorherigen Einverständnis der Auftraggeberin bedarf.

Wir beabsichtigen uns zum Nachweis der Eignung den Kapazitäten eines Nachunternehmers zu bedienen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV):

ja nein

Wenn ja: Nachweis, dass die Ressourcen des Nachunternehmers zur Leistungserbringung zur Verfügung stehen werden, ist beigefügt (Verpflichtungserklärung des NU oder vergleichbarer Nachweis)

IV. Referenzen Essensversorgung

Nachfolgend sind die zum Eignungsnachweis erforderlichen Angaben zu vergleichbaren Referenzprojekten zu machen (**2 Referenzprojekte in den letzten 3 Jahren**). Bitte tragen Sie hierfür die in der linken Spalte abgefragte Information in der rechten Spalte ein.

*(**Hinweis:** Bitte fügen Sie die nachfolgende Tabelle mehrfach und für jede Referenz einzeln, ggf. mit jeweils angehängtem Projektdatenblatt und Referenzschreiben des Auftraggebers, ein.)*

Referenzprojekt Nr. 1	<input type="checkbox"/> Referenz Bieter/ Bietergemeinschaft <input type="checkbox"/> Referenz des NU [...]
Kurztitel der Referenz, Projektbezeichnung	[...]
Auftraggeber (AG), inkl. Anschrift	[...] <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Leistungszeitraum (MM/JJ – MM/JJ)	[...]
Art der Essensversorgung	<input type="checkbox"/> Essensversorgung Kindertagesstätten <input type="checkbox"/> Essensversorgung sonstiger Einrichtungen (Schulen, Seniorenheime, Vereine etc.) <input type="checkbox"/> andere [Bitte Vergleichbarkeit darlegen]
Leistungsumfang (Anzahl der täglichen Essen)	[...] Essen/ Tag

Referenzschreiben des Auftraggebers liegt bei.

Referenzprojekt Nr. 2	<input type="checkbox"/> Referenz Bieter/ Bietergemeinschaft <input type="checkbox"/> Referenz des NU [...]
Kurztitel der Referenz, Projektbezeichnung	[...]
Auftraggeber (AG), inkl. Anschrift	[...] <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Leistungszeitraum (MM/JJ – MM/JJ)	[...]
Art der Essensversorgung	<input type="checkbox"/> Essensversorgung Kindertagesstätten <input type="checkbox"/> Essensversorgung sonstiger Einrichtungen (Schulen, Seniorenheime, Vereine etc.) <input type="checkbox"/> andere [Bitte Vergleichbarkeit darlegen]
Leistungsumfang (Anzahl der täglichen Essen)	[...] Essen/ Tag

Referenzschreiben des Auftraggebers liegt bei.

Warenkorb Nr. 1 (Vorspeisen)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

Warenkorb Nr. 2 (Hauptgerichte: Fleisch)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

Warenkorb Nr. 2 (Hauptgerichte: Fisch)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

Warenkorb Nr. 4 (Hauptgerichte: Vegetarisch)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

Warenkorb Nr. 5 (Sättigungsbeilagen)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

Warenkorb Nr. 6 (Desserts)

	Kurzbeschreibung des Gerichts
Gericht Nr. 1	
Gericht Nr. 2	
Gericht Nr. 3	
Gericht Nr. 4	
Gericht Nr. 5	
Gericht Nr. 6	
Gericht Nr. 7	
Gericht Nr. 8	
Gericht Nr. 9	
Gericht Nr. 10	

Gericht Nr. 11	
Gericht Nr. 12	
Gericht Nr. 13	
Gericht Nr. 14	
Gericht Nr. 15	

	Erreichte Punktzahl (max. 10 Pkt.)	Gewichtung	Gewichtete Punktzahl
Preiswertung (50 %)			
- Gesamtpreis	10	80	800
Qualitätswertung (50 %)			
- Anteil Bioprodukte	10	10	100
- Anteil saisonale Produkte	10	10	100
<u>Erreichte Wertungspunkte Bieter</u>			<u>1000</u>

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-31/2020

Finanzen & Innere Dienste

FD 1.2 Finanzen

Datum: 24.08.2020

1. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
2. Gemeindevertretung	24.09.2020

Wirtschaftliche

Betätigung

hier: **Überprüfung nach § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung**

Anlage(n):

- (1) Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Der Gemeindevorstand stellt fest, dass die wirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde Egelsbach die Voraussetzungen des § 121 Hessische Gemeindeordnung erfüllen.

Es werden keine Maßnahmen zur Privatisierung der gemeindlichen Betätigungen eingeleitet.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Erläuterungen:

Gemäß § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO) haben die Gemeinden mindestens einmal in jeder Wahlperiode zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

In inhaltlicher Hinsicht sind nur die wirtschaftlichen Betätigungen i. S. d. § 121 Abs.1 HGO zu prüfen. Wirtschaftliche Betätigungen in diesem Sinne sind Tätigkeiten, die auch ein Privatunternehmer mit der Absicht der Gewinnerzielung betreiben könnte. Hiervon abweichend hat der Gesetzgeber allerdings nach wie vor wichtige Teile gemeindlicher Aufgabenerfüllung aus dieser Definition herausgenommen:

- Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- Tätigkeiten auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung

sowie

- Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs.

Diese sind kraft Gesetz (§ 121 Abs. 2 HGO) nicht als wirtschaftliche Betätigungen anzusehen, auch wenn in diesen Bereichen in erheblichem Umfang private Dritte aktiv sind.

Die Ergebnisse der Prüfung sind in der Anlage „Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung“ im Einzelnen aufgeführt.

Dieses Ergebnis ist der Kommunalaufsicht mitzuteilen.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.

BETEILIGUNG	BEWERTUNG WIRTSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT	HINWEIS
Stadtwerke Langen	gem. § 121 Abs. 1 HGO	<p>Die Beteiligung deckt den kommunalen Aufgabenbereich der Daseinsfürsorge im Bereich der Energieversorgung (Strom, Gas, Wasser) sowie des öffentlichen Verkehrs (ÖPNV) ab.</p> <p>Betreffend der Prüfung ist festzustellen, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind. Der öffentliche Zweck wird durch die oben beschriebenen Aufgabenfelder gerechtfertigt. Die Betätigung steht auch in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde Egelsbach und ihrem Bedarf. Schließlich sind keine Anhaltspunkte erkennbar, dass der Zweck ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann.</p>
Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach	gem. § 121 Abs. 1 HGO	<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs, ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen.</p> <p>Betreffend der Prüfung ist festzustellen, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind. Der öffentliche Zweck wird durch die oben beschriebenen Aufgabenfelder gerechtfertigt. Die Betätigung steht auch in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde Egelsbach und ihrem Bedarf. Schließlich sind keine Anhaltspunkte erkennbar, dass der Zweck ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann</p>
Hessische Flugplatz GmbH	gem. § 121 Abs. 1 HGO	<p>Gegenstand der Gesellschaft sind die Unterhaltung sowie der Betrieb des Verkehrslandeplatzes Egelsbach zum Zwecke der Allgemeinen Luftfahrt.</p> <p>Der Bedarf an Flugverkehrsdienstleistungen könnte durch einen privaten Dritten abgedeckt werden. Verhandlungen über die Veräußerung der Anteile an der hessischen Flugplatz GmbH wurden geführt. Der zu diesem Sachverhalt durchgeführte Bürgerentscheid hatte das Ergebnis, die Anteile nicht an einen privaten Dritten zu veräußern.</p>
Regionalpark Rhein Main Südwest GmbH	gem. § 121 Abs. 2 Nr.2 HGO	<p>Die GmbH soll die Realisierung des Regionalparks Rhein-Main im südwestlichen Gebiet des Umlandverbandes Frankfurt und den angrenzenden Räumen in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden übernehmen. Das Konzept des Regionalparks dient besonders den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die GmbH übt demnach Tätigkeiten auf dem Gebiet der Erholung aus. Diese gelten gemäß genannter Vorschrift nicht als wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Gemeindeordnung.</p>

ALEG Abfallservice Langen Egelsbach GmbH	gem. § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO	Die GmbH erbringt abfallwirtschaftliche Leistungen sowohl für die Stadt Langen wie auch für die Gemeinde Egelsbach. Der Dienstleistungsvertrag beinhaltet die Sammlung und Beförderung von Restabfall, Bioabfall, Altpapier und Sperrmüll, dem Einsammeln von Wertstoffen nach dem Dualen System Deutschlands sowie den Betrieb eines Wertstoffhofes. Gemäß genannter Vorschrift gilt die Abfallbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.
Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR	gem. § 121 Abs. 2 Nr.2 HGO	Die Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts beruht auf dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) und besteht aus 32 Mitgliedskommunen. Sie hat die Aufgabe, den Holzverkauf des durch die Forstbetriebe bzw. die Dienstleister der Anstaltsträgerinnen bereitgestellten Holzes vorzunehmen. Die beteiligten Kommunen wollen ihr Engagement im Bereich einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Kommunalwälder als Element der Daseinsvorsorge für ihre Bevölkerung und die Öffentlichkeit aufrechterhalten und vertiefen. Die Tätigkeiten beinhalten damit Elemente der Erholung, der Landschaftspflege sowie des Natur- und Biotopschutzes und sind gemäß genannter Vorschrift nicht als wirtschaftliche Betätigung einzustufen.
Abwasserverband Langen/Egelsbach/Erzhausen	gem. § 121 Abs. 2 Nr.2 HGO	Der Verband hat die Aufgabe, Abwasser aus dem Verbandsgebiet abzuführen, zu reinigen und unschädlich zu machen. Darüber hinaus gehört zu seinen Aufgaben die Ausführung von Sonderaufträgen, die zulässige Aufgaben gem. § 2 Wasserverbandsgesetz (WVG) sind. Gemäß genannter Vorschrift gilt die Abwasserbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.
Sparkasse Langen-Seligenstadt	gem. § 121 Abs. 9 HGO	Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten besondere Vorschriften, die es hier nicht zu prüfen gilt.

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage
Drucksache VL-32/2020
Finanzen & Innere Dienste
FD 1.2 Finanzen

Datum: 24.08.2020

1. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
2. Gemeindevertretung	24.09.2020

Haushalt 2021 - Gliederung der Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation

Anlage(n):

- (1) Aktuelles Organigramm der Gemeinde Egelsbach
- (2) Übersicht über die gebildeten Produkte/Budgets
- (3) Beispiel Produktbeschreibung "Personaldienste"
- (4) § 4 GemHVO Landesrecht Hessen

Beschlussvorschlag:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Die Teilhaushalte des Haushalts 2021 der Gemeinde Egelsbach sollen gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO nach der örtlichen Organisation produktorientiert gegliedert werden. Die Grundlage hierfür ist die in der Anlage beigefügte Übersicht über die gebildeten Budgets/ Produkte. Produktbeschreibungen sollen von jedem gebildeten Budget/ Produkt angefertigt und dem Haushalt beigefügt werden.

Der Stellenplan 2021 wird analog der gebildeten Teilhaushalte dargestellt. Der Stellenausweis erfolgt hierbei auf der Ebene der Fachdienstbudgets.

Eine Budgetierungsrichtlinie ist dem Haushalt 2021 beizufügen.

Insofern die notwendigen, insbesondere systemtechnischen Vorbereitungsarbeiten seitens der Gemeindeverwaltung und der ekom21 nicht bis zur geplanten Einbringung des Haushaltes 2021 am 25.11.2020 abschließend ausgeführt werden können, ist der Haushalt 2021 in der Struktur der Vorjahre einzubringen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Erläuterungen:

Die Vorschrift des § 4 ist das eigentliche Einfallstor für die Umsetzung der Vorstellungen für eine tiefgreifende Haushalts- und Verwaltungsreform. Die Regelungen in § 4 GemHVO verlangen nach einer Darlegung, welche Ziele die Gemeinde mit ihren Dienstleistungen erreichen will. Ziele sind nach Ziff. 5 der Hinweise zu § 10 GemHVO Aussagen über erreichbare, angestrebte Zustände, die

als Ergebnisse von Entscheidungen durch die Realisierung von Produkten bzw. Maßnahmen eintreten sollen. Kürzer gesagt: Ziele kennzeichnen in Zukunft wünschenswerte Zustände.

Das frühere kamerale Haushaltsrecht verlangte von Gemeindevertretung und Verwaltungsspitze zu viel Detailsteuerung. Das Veranschlagen von Kleinbeträgen bei einzelnen Haushaltsstellen band Diskussionszeit für einerseits sehr konkrete, aber eben unwichtige Sachverhalte. Die Reform des Gemeindehaushaltsrechts soll die kommunalpolitische Steuerung verbessern. Nicht Input in Form von Ausgabeermächtigungen und Stellenausweisung, sondern Output in Form definierter und messbarer Ergebnisse, die die Gemeindevertretung vorgibt und die Gemeindeverwaltung in eigenverantwortlicher Auswahl der Mittel erreicht, soll Gegenstand der Haushaltssteuerung sein.

§ 4 Abs. 1 Satz 1 GemHVO enthält eine zentrale Grundaussage des neuen Haushaltsrechts: Die produktorientierte Gliederung des Haushalts. Die Vorschrift regelt die Abkehr von der kameralen Gliederung des Haushalts in Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte und die Hinwendung zu einer Gliederung in Teilhaushalte, Produktbereiche, Produktgruppen und einzelne Produkte. Zu diesem wesentlichen Punkt enthält die HGO gegenüber der GemHVO so gut wie keine höherrangigen Vorgaben.

Die Teilhaushalte sind die kleinste Einheit des Haushaltsplans. Sie enthalten die auf einen Aufgabenbereich entfallenden Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die Kosten und Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen.

Die Gemeinde kann ihre Teilhaushalte nach § 4 Abs. 2 Satz 1 GemHVO in zwei Varianten gliedern:

- nach vorgegebenen Produktbereichen oder
- nach der örtlichen Organisation.

Beide Varianten haben Vor- und Nachteile. In beiden Varianten ist die bundesgesetzlich vorgegebene Finanzstatistik zu bedienen (§ 4 Abs. 2 Satz 3 GemHVO).

In beiden Varianten sollen die Teilhaushalte die wesentlichen Verantwortungsbereiche der Kommune übersichtlich widerspiegeln; eine Aufteilung der Teilhaushalte auf einzelne Produkte wird diesem Normzweck nicht gerecht:

In der Regel sei bei Städten und Gemeinden eine Gliederung in vier bis sechzehn Teilhaushalte sachgerecht (Überörtliche Prüfung, 21. Zusammenfassender Bericht, LT-Drs. 18/2633 S. 121); weitere Untergliederungen innerhalb dieser Systematik aber zulässig und ggfls. sinnvoll (Überörtliche Prüfung, 25. Zusammenfassender Bericht, LT-Drs. 18/7663 S. 101).

Da die Gemeinde nach den Bestimmungen des § 93 Abs. 2 HGO und des § 10 KAG auch kostendeckende Gebühren jedenfalls für die Bereiche Abfall, Abwasser, Straßenreinigung und Wasser erheben und in einer Vor- und Nachkalkulation darstellen muss, sind auch insoweit eigene Darstellungsebenen (z. B. Produkt) für diese Bereiche sinnvoll.

Die Gemeinde Egelsbach gliedert derzeit die Teilhaushalte nach § 4 Abs. 2 Satz 1 GemHVO nach den vorgegebenen Produktbereichen. Produktbeschreibungen liegen derzeit nicht vor. Für die Gliederung auf Grundlage der 16 vorgegebenen Produktbereiche spricht generell, dass sie unmittelbar an den Leistungen der Gemeinde in deren verschiedenen Aufgabengebieten ansetzt und im Wesentlichen der Erhebungssystematik der amtlichen Finanzstatistik entspricht (Überörtliche Prüfung, 21. Zusammenfassender Bericht, LT-Drs. 18/2633 S. 121).

Allerdings ist eine Übereinstimmung von Teilhaushalt und Verantwortungsbereich hierbei nicht gegeben. So ist eine eindeutige Zuordnung von Budgets zu konkreten Organisationseinheiten und Budgetverantwortlichen nicht darstellbar.

Die mit dieser Vorlage angestrebte Aufteilung nach der örtlichen Organisation ermöglicht es demgegenüber, einen Grundgedanken der Budgetierung klarer zu verfolgen: Mit ihr sollen einem Verwaltungsbereich (z. B. Fachbereich, Fachdienst) Finanzmittel als globaler Ansatz zugewiesen werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass eine grundlegende Änderung der Verwaltungsstruktur auch mit einer Neuordnung des Haushaltes einhergehen müsste.

Gliedert die Gemeinde nach der örtlichen Organisation, hat sie dem Haushaltsplan eine Übersicht über die Budgets und die den einzelnen Budgets zugeordneten Produktgruppen als Anlage zuzuordnen, § 4 Abs. 7 GemHVO.

Der definierte wesentliche Vorteil der Gliederung nach der örtlichen Organisation ("Grundgedanke der Budgetierung") wird als maßgebliche Grundlage für die Entscheidung einer angestrebten Umstellung der Struktur des Haushaltes angesehen. Eine Übereinstimmung von Teilhaushalt und Budgetverantwortlichen ist zwingend erforderlich.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.

ORGANIGRAMM DER GEMEINDE EGELSBACH

GEMEINDEVERTRETUNG

GEMEINDEVORSTAND

Verwaltungsbehörde (§ 66 HGO)

BÜRGERMEISTER

Tobias Wilbrand

Leiter der Verwaltung (§ 70 HGO)

Stabstelle

Wirtschaftsförderung & Öffentlichkeitsarbeit

Margit Saper-Ohmann

Tel. -131

Vorzimmer

Amalia Graichen, Dagmar Dietzig

Tel. -126

Fachbereich 1

Finanzen & Innere Dienste

Thomas Weinert Tel. -162

Fachdienst 1.1

Personal

Kerstin Recklies Tel. -129

Fachdienst 1.2

Finanzen

Thomas Weinert Tel. -162

stellv. Zöre Ciftci Tel. -163

Kassenverwalter:

Norbert Mahr Tel. -159

Fachdienst 1.3

Verwaltung & Politik

N.N.

Fachdienst 1.4

IT

Thomas Brandenstein Tel. -120

Fachbereich 2

Bürgerdienste

Manfred Kraus Tel. -124

Fachdienst 2.1

Familie & Soziales

Heike Vetter Tel. -154

Fachdienst 2.2

Bürgerbüro & Standesamt

Sina Schmitz Tel. -417

Fachdienst 2.3

Liegenschaften, Sport & Kultur

Manfred Kraus Tel. -124

stellv. Heike Vetter Tel. -154

Fachbereich 3

Sicherheit & Ortsentwicklung

Werner Schaffner Tel. -114

Fachdienst 3.1*

Sicherheit & Mobilität

Werner Schaffner Tel. -114

stellv. Silke Heller Tel. -115

Fachdienst 3.2

Ortsentwicklung

Esther Praest Tel. -171

Fachdienst 3.3**

Bauen & Umwelt

Wolfgang Höher Tel. -144

*weitere Aufteilung:

Abteilung OBB/VBB Egelsbach/Erzhausen

Werner Schaffner Tel. -114

Dienststellenleitung:

Adel Elhadouchi Tel. -170

**weitere Aufteilung:

Abteilung Bauhof

Peter Auth Tel. -156

Personalrat

Gerd Brahm

Tel. 06103-486645

Schwerbehindertenvertretung

Nikolai Wauschkuhn

Tel. -220

Gleichstellungsbeauftragte

Heike Vetter

Tel. -154

Frauenbeauftragte

Heike Eckhardt-Kapp

Tel. 06103-2024132

Datenschutzbeauftragter (extern)

Herr Senf

Tel. 06431-9029114

Ortsgerecht

Heinz Schroth

Tel. 06103-405/165

Schiedsmann

Jürgen Luley

Tel. 0179-5124558



Stand: 20.08.2020

Übersicht über die gebildeten Budgets/ Produkte - Haushalt 2021

Stand: 20.08.2020

Fachbereichsbudget		Fachdienstbudget	Budget/ Produkt	Kostenstelle - Bezeichnung	nachrichtlich:	Produktgruppe - Bezeichnung	Produktbereich - Bezeichnung
Fachbereich 1 Finanzen & Innere Dienste	Fachdienst 1.1. Personal	1.1.1. Personaldienste	0102021 Personalamt	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
			0102071 allg. Personalaufwendung/Arbeitsschutz	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
			0510011 Schwerbehindertenabgabe	0510	sonstige soziale Hilfen und Leistungen	05	Soziale Leistungen
		1.1.2. Personalförderung	0102041 Gleichstellungsbeauftragte/r	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
			0102061 Personalarat	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
			1.2.1. Kämmeri und Controlling	0103017 Kämmeri	0103	Finanzverwaltung	01
	Fachdienst 1.2. Finanzen	1.2.2. Gemeindekasse	0103027 Gemeindekasse	0103	Finanzverwaltung	01	Innere Verwaltung
			0103037 Steueramt	0103	Finanzverwaltung	01	Innere Verwaltung
		1.2.3. Steuern und Abgaben	1107017 Abwasserverband	1107	Abwasserbeseitigung	11	Ver- und Entsorgung
			1.2.4. Abwasserbeseitigung	0101011 Gemeindevertretung	0101	Gemeindeorgane	01
	Fachdienst 1.3. Verwaltung & Politik	1.3.1. Gremien und Sitzungsdienst	0101021 Gemeindevorstand	0101	Gemeindeorgane	01	Innere Verwaltung
			0101031 Ausländerbeirat	0101	Gemeindeorgane	01	Innere Verwaltung
			0101041 Seniorenvertretung	0101	Gemeindeorgane	01	Innere Verwaltung
		1.3.2. Allgemeine operative Dienste, Organisation und Recht	0102011 Hauptamt	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
			0102051 Rathaus	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
0202034 Ortsgericht			0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung	
1.3.3. Ortsgericht und Schiedsamt		0202052 Schiedsamt	0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung	
		1.4.1. Technikunterstützte Informationssysteme	0102031 EDV-Abteilung	0102	allg. Verwaltung	01	Innere Verwaltung
		2.1.1 Integration	0503012 Hilfen für Asylbewerber	0503	Hilfen für Asylbewerber	05	Soziale Leistungen
Fachbereich 2 Bürgerdienste	Fachdienst 2.1. Familie & Soziales	2.1.2 Seniorenarbeit	0504022 Altentagesstätte	0504	Soziale Einrichtungen	05	Soziale Leistungen
		2.1.3 Behindertenbetreuung	0504051 Seniorenarbeit	0504	Soziale Einrichtungen	05	Soziale Leistungen
		2.1.4 Zuschüsse an Hilfsorganisation	0510022 Behindertenfreizeit	0510	sonstige soziale Hilfen und Leistungen	05	Soziale Leistungen
		2.1.5 Jugendarbeit	0506012 Zuschüsse an Hilfsorganisationen	0506	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	05	Soziale Leistungen
			0605012 Jugendzentrum	0605	Einrichtung der Jugendarbeit	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0604012 Kita allgemein	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
		2.1.6 Gemeindeeigene Kindergärten	0604022 Kita Bürgerhaus	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0604032 Kita Brühl	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0604042 Kita Forsthaus	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0604052 Kita Bayerseich	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0604072 Kindertagesstätte Zaubersbaum AWO	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
		2.1.7 Kindergärten, freie Träger	0606012 Schulbetreuung	0606	Sonst. Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Fam.hilfe	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
		2.1.8 Schulbetreuung	0606022 Ferienspiele	0606	Sonst. Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Fam.hilfe	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			0606042 Zentralküche	0606	Sonst. Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Fam.hilfe	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
		Fachdienst 2.2 Bürgerbüro & Standesamt	2.2.1 Standesamt	0105014 Standesamt	0105	Standesamt	01
	2.2.2 Bürgerbüro		0202023 Einwohnermeldeamt/Bürgerbüro	0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung
	2.2.3 Wahlen		0201013 Wahlen	0201	Statistik und Wahlen	02	Sicherheit und Ordnung
			2.2.4 Friedhofswesen	1303014 Friedhof	1303	Friedhofs- und Bestattungswesen	13
	Fachdienst 2.3 Liegenschaftsverwaltung, Sport & Kultur	2.3.1 Sport- und Freizeitanlagen (ohne Freibad)	0802012 Sportgelände Heinestr.	0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung
			0802022 Dr.- Horst-Schmidt-Halle	0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung
0802032 Rollschuhbahn			0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung	
0802052 Schulsporthalle			0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung	
0802062 Tennishalle			0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung	
0802072 Sportzentrum SGE			0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung	
0802041 Egelsbacher Freibad			0802	Sportstätten und Bäder	08	Sportförderung	
2.3.2 Freibad		0801012 Zuschuss an die SGE	0801	Förderung des Sports	08	Sportförderung	
		2.3.3 Sportförderung	0406012 Musikschulen	0406	Musikschulen	04	Kultur und Wissenschaft
			0407012 Volkshochschule	0407	Volkshochschulen	04	Kultur und Wissenschaft
2.3.4 VHS und Musikschule		0408012 Gemeindebücherei	0408	Büchereien	04	Kultur und Wissenschaft	
		0410022 Heimatpflege	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
		0410052 Bürgerhaus	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
		0410062 Arresthaus	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
		0410072 Waldhütte	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
	0410082 DRK-Heim	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft		
	0410092 Alte Schule	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft		
	0410102 Eigenheim	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft		
2.3.5 Kulturarbeit	0410122 Zentrum im Brühl	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft		
	0410132 Vereinslagerhalle	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft		
	0603012 Kinderkrabbelgruppe	0603	Sonst. Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Fam.hilfe	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
	0704012 Sauna	0704	Kur- und Badeeinrichtungen	07	Gesundheitsdienste		
	0202013 Ordnungsamt	0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung		
	3.1.1 Ordnungsaufgaben	0410033 Kirchplatz und Berliner Platz (umb.: Feste und Märkte)	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
		0410043 Werbeflächen	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04	Kultur und Wissenschaft	
1502033 Jagd- und Fischereipacht (umb.: Jagd- und Fischereirechte)		1502	Allg. Einrichtungen und Unternehmen	15	Wirtschaft und Tourismus		
3.1.2 Gefahrenabwehr	0203013 Feuerwehr	0203	Brandschutz	02	Sicherheit und Ordnung		
	0205013 Katastrophenschutz	0205	Katastrophenschutz	02	Sicherheit und Ordnung		
3.1.3 Wohnraumversorgung	0504033 Einfacherunterkunft Henri-Dunant-Str.	0504	Soziale Einrichtungen	05	Soziale Leistungen		
	0504043 Betreutes Wohnen	0504	Soziale Einrichtungen	05	Soziale Leistungen		
	1002023 Fehlbelegung	1002	Wohnbauförderung	10	Bauen und Wohnen		
3.1.4 Abfallwirtschaft	1106013 Abfallbeseitigung	1106	Abfallwirtschaft	11	Ver- und Entsorgung		
3.1.5 Tierschutz	0202043 Tierschutz	0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung		
	3.1.6 Abteilung ÖBB/VBB Egelsbach Erzhausen	0202063 Ordnungsbehördenbezirk Egelsbach-Erzhausen	0202	Ordnungsangelegenheiten	02	Sicherheit und Ordnung	
3.1.7 ÖPNV	1207013 ÖPNV	1207	ÖPNV	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
	3.2.1 Bauverwaltung	1001015 örtliche Bebauungspläne, Planung und Genehmigung	1001	Bau- und Grundstücksordnung	10	Bauen und Wohnen	
1001025 Grundstücke		1001	Bau- und Grundstücksordnung	10	Bauen und Wohnen		
1002015 Baulandumlegung		1002	Wohnbauförderung	10	Bauen und Wohnen		
3.2.2 Ortsentwicklung	1002025 Gemeindeeigenen Wohnungsbaugesellschaft	1002	Wohnbauförderung	11	Bauen und Wohnen		
	0901023 Regionalpark RheinMain	0901	Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation		
	0901017 Umlage Planungsverband	0901	Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation		
Fachdienst 3.3 Bauen & Umwelt	3.3.1 Hochbau	0104015 Hochbau	0104	Hilfsbetriebe der Verwaltung	01	Innere Verwaltung	
		3.3.2 Spielplätze	0606035 Kinderspielplätze	0606	Sonst. Einrichtungen der Kinder-, Jugend und Fam.hilfe	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
			1201015 Gemeindestraßen	1201	Gemeindestraßen	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
	3.3.3 Öffentliche Verkehrsflächen	1201025 Öffentliche Plätze	1201	Gemeindestraßen	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
		1305015 Wirtschaftswege	1305	Land- und Forstwirtschaft	13	Natur- und Landschaftspflege	
		1201035 Straßenbeleuchtung	1201	Gemeindestraßen	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
	3.3.4 Natur- und Landschaftspflege	1301015 Parkanlagen und öffentliche Grünflächen	1301	öffentl. Grün/Landschaftsbau	13	Natur- und Landschaftspflege	
		1304015 Landschaftspflege, Lärmschutzwälle	1304	Naturschutz- und Landschaftspflege	13	Natur- und Landschaftspflege	
		1305025 Wald	1305	Land- und Forstwirtschaft	13	Natur- und Landschaftspflege	
	3.3.5 Umweltmanagement	1401013 Umweltschutz	1401	Umweltschutzmaßnahmen	14	Umweltschutz	
	3.3.6 Wasserläufe und Wasserbau	1302015 Bachverrohrung, Rohrdurchlässe	1302	Öffentliche Gewässer/wasserbauliche Anlagen	13	Natur- und Landschaftspflege	
	3.3.7 Bauhof	0104026 Bauhof	0104	Hilfsbetriebe der Verwaltung	01	Innere Verwaltung	
4. Sonderbudgets	4.1 Stabstelle Wirtschaftsförderung	4.1.1 Stabstelle Wirtschaftsförderung	1501018 Wirtschaftsförderung, Standortmarketing	1501	Wirtschaftsförderung	15	Wirtschaft und Tourismus
		1101017 Konzessionsabgabe Strom	1101	Elektrizitätsversorgung	11	Ver- und Entsorgung	
	4.2 Global	4.2.1 Konzessionsabgaben	1102017 Konzessionsabgabe Gas	1102	Gasversorgung	11	Ver- und Entsorgung
			1103017 Konzessionsabgabe Wasser	1103	Wasserversorgung	11	Ver- und Entsorgung
		1502025 Konzessionsabgabe Telekommunikation	1502	Allg. Einrichtungen und Unternehmen	15	Wirtschaft und Tourismus	
		1502017 Geschäftsanteile Sparkasse Langen-Seligenstadt	1502	Allg. Einrichtungen und Unternehmen	15	Wirtschaft und Tourismus	
		4.2.2 Steuern, allgemeine Finanzwirtschaft	1601017 Steuern, allg. Zuweisungen	1601	Steuern, allg. Zuweisungen	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
			1602017 Rücklagen	1602	sonst. Allg. Finanzwirtschaft	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
			1602027 Schuldendienst	1602	sonst. Allg. Finanzwirtschaft	16	Allgemeine Finanzwirtschaft
		1603017 Abwicklung der Vorjahre	1603	Abwicklung der Vorjahre	16	Allgemeine Finanzwirtschaft	

Kostenstellen - zu deaktivieren:

nachrichtlich:				
Budget/ Produkt	Kostenstelle - Bezeichnung		Produktgruppe - Bezeichnung	Produktbereich - Bezeichnung
0604062	Kita Tausendfüßler	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Achtung AFA Läuft hier nich drauf
0604132	U3 Kita Brühl	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Nicht bebucht
0604142	U3 Kita Forsthaus	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Nicht bebucht
0604152	U3 Kita Bayerseich	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Nicht bebucht
0604172	Kindertagesstätte Zauberbaum AWO (U3)	0604	Tageseinrichtungen für Kinder	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Nicht bebucht
0504015	Altenwohnungen	0504	Soziale Einrichtungen	05 Soziale Leistungen Achtung AFA Läuft hier nich drauf
0501014	Sozialamt	0501	Grundversorgung u. Hilfen nach dem 12. Buch SGB	05 Soziale Leistungen Muss aufgeteilt werden
0102082	Amt f. soz. u. öffentl. Einrichtungen	0102	allg. Verwaltung	01 Innere Verwaltung Muss aufgeteilt werden
0102099	Stabsstelle interkommunale und strategische Projekte	0102	allg. Verwaltung	01 Innere Verwaltung Muss aufgeteilt werden
0802082	Trimpfad	0802	Sportstätten und Bäder	08 Sportförderung Nicht bebucht
0410012	Kulturabteilung	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04 Kultur und Wissenschaft Nicht bebucht
0411012	evangelische Kirche	0411	Förderung von Kirchengemeinden	04 Kultur und Wissenschaft Nicht bebucht
0410112	Neubau Versammlungstätte	0410	Heimat u. sonst. Kulturpflege	04 Kultur und Wissenschaft Nicht bebucht

Produktbeschreibung

Fachbereichsbudget 1 Finanzen & Innere Dienste
Fachdienstbudget 1.1 Personal
Produkt 1.1.1 Personaldienste

Produktinformation**Verantwortliche Organisationseinheit Verantwortliche Person(en)**

Fachdienst Personal Thomas Weinert; Kerstin Recklies

Pflichtaufgaben: x

Freiwillige Aufgaben:

Kostenstellen: 0102021 Personalamt
 0102071 allg. Personalaufwendung/Arbeitsschutz

Kurzbeschreibung Personalverwaltung, Personalentwicklung, Personalplanung

Personalbedarfsdeckung
Durchführung von Maßnahmen zur Personalgewinnung- und betreuung
Beratung der MitarbeiterInnen, und der Organisationseinheiten in arbeits- und dienstrechtlichen Fragen
Begründung, Veränderung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen
Arbeits-, disziplinar- und dienstrechtliche Maßnahmen
Bezüge, Entgelte, Sozialversicherung, Zusatzversorgungskasse
Beihilfen, sonst. Entschädigungen,
Bearbeitung von Arbeitszeitangelegenheiten (Gleitzeit, Fehlzeiten, Krankheit, Urlaub)
Durchführung der Ausbildung, sowie Betreuung der Auszubildenden
Planung, Organisation und Durchführung der Fortbildungsveranstaltungen für die gesamte Stadtverwaltung

Zielgruppe(n): Intern
 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Produktziele: Ausführung von Personalverwaltungsaufgaben
Gewinnung von motivierten und bedarfsgerecht ausgebildetem oder auszubildendem Fachpersonal zur Deckung des notwendigen Personalbedarfs und Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung
Förderung der Leistungsfreude und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten
Überwachung der ordnungsgemäßen Ausbildung der Azubis
Angemessene arbeitsmedizinische Versorgung der Beschäftigten

Kennzahlen: Anzahl der Mitarbeiter: 01.08.2018
 Beamte: x - Beschäftigte: xxx
 Neueinstellungen in 2017: x - Azubis: x
 Sozialstation: x
 Abrechnungsfälle Gesamtverwaltung:
 Abrechnungsfälle für Dritte:
 Abrechnungsfälle für saisonale Kräfte:

Auftragsgrundlagen:

Beamtenrecht, Besoldungs- und Tarifrecht, Prüfungsordnungen, UVV-, SV- und ZV- Recht, Beihilferecht, Steuerrecht, Sozialgesetzbuch, HPVG, HGIG, SchwBG, Bundeskindergeldgesetz

Amtliche Abkürzung: GemHVO
Fassung vom: 27.12.2011
Gültig ab: 31.12.2011
Gültig bis: 31.12.2024
Dokumenttyp: Verordnung
Quelle:



Gliederungs-Nr: 331-27

**Verordnung über die Aufstellung und Ausführung
des Haushaltsplans der Gemeinden
(Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO -)
Vom 2. April 2006**

**§ 4
Teilhaushalte, Budgets**

(1) In den Teilhaushalten sind die Produktbereiche, die Produktgruppen und die Produkte darzustellen. Werden Teilhaushalte nach Produktgruppen oder Produkten gebildet, sind die Gesamtbeträge der Erträge und Aufwendungen beziehungsweise der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit der Produktgruppen oder Produkte, die zu einem Produktbereich oder einer Produktgruppe gehören, zusammengefasst darzustellen. Jeder Teilhaushalt bildet eine Bewirtschaftungseinheit (Budget). Die Budgets sind bestimmten Verantwortungsbereichen zuzuordnen.

(2) Die Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte sind nach vorgegebenen Produktbereichen oder nach der örtlichen Organisation produktorientiert zu gliedern. Werden die Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation gegliedert, sind die der Organisationseinheit zugewiesenen örtlichen Produktgruppen und Produkte darzustellen. Die Gemeinde hat sicherzustellen, dass die finanzstatistischen Meldungen in der dafür geltenden Systematik abgegeben werden. Die vorgegebenen Produktbereiche können auf mehrere Teilhaushalte aufgeteilt werden; sie sind in diesem Fall in einer besonderen Übersicht darzustellen. In den Teilhaushalten sollen außerdem Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden.

(3) Jeder Teilergebnishaushalt enthält die auf ihn entfallenden Aufwendungen und Erträge nach § 2 Abs. 1 sowie Kosten und Erlöse aus internen Leistungsverrechnungen. Für jeden Teilergebnishaushalt ist ein Teilabschluss nach § 2 Abs. 2 ergänzt um das Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen zu bilden.

(4) Im Fall des § 3 Abs. 1 enthält jeder Teilfinanzhaushalt die auf ihn entfallenden Einzahlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 20 bis 22 und Auszahlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 24 bis 27 aus der Investitionstätigkeit, sowie die Einzahlungen und Auszahlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 31 und 32 aus Finanzierungstätigkeit, soweit diese nicht zentral veranschlagt werden.

(5) Im Fall des § 3 Abs. 2 enthält jeder Teilfinanzhaushalt die auf ihn entfallenden Einzahlungen und Auszahlungen nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 bis 13 aus Investitionstätigkeit und die Einzahlungen und Auszahlungen nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 14 und 15 aus Finanzierungstätigkeit, soweit diese nicht zentral veranschlagt werden.

(6) Bei den Ansätzen für Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen sind außerdem anzugeben der Gesamtauszahlungsbedarf, die Summe der bisher bereit gestellten Haushaltsmittel, die Summe der benötigten Verpflichtungsermächtigungen für Auszahlungen für die Folgejahre (§ 11), der Haushaltsansatz des Vorjahres sowie das Ergebnis des letzten Jahresabschlusses. Für jedes Haushaltsjahr ist der Saldo aus den anteiligen Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auszuweisen.

(7) Werden Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation gegliedert (Abs. 2 Satz 2), ist dem Haushaltsplan eine Übersicht über die Budgets und die den einzelnen Budgets zugeordneten Produktgruppen als Anlage beizufügen.

Weitere Fassungen dieser Norm

§ 4 GemHVO-Doppik, vom 02.04.2006, gültig ab 25.05.2006 bis 30.12.2011

Redaktionelle Hinweise

Fundstelle: GVBl. I 2006, 235

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-34/2020

Fb3 Sicherheit & Ordnung

FD 3.3 Bauen & Umwelt

Datum: 24.08.2020

1. Bau- und Umweltausschuss	08.09.2020
2. Sozial- und Kulturausschuss	10.09.2020
3. Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2020
4. Gemeindevertretung	24.09.2020
5. Bau- und Umweltausschuss	18.05.2021
6. Haupt- und Finanzausschuss	27.05.2021
7. Gemeindevertretung	02.06.2021

Die Beschlussvorlage VL-34/2020 wurde in der Bau- und Umweltausschusssitzung am 08.09.2020 geschoben!

Bepflanzung Berliner Platz

Anlage(n):

- (1) Planskizze Berliner Platz
- (2) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- (3) Stellungnahme Ingenieurbüro Schäfer

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand mit der Fortsetzung der Planung und der Bereitstellung von Mitteln für die Teilentsiegelung des Berliner Platzes.

Teil 1: (s. Planskizze)

Entsiegelung des südlichen Randes (Heinestr.) in der Fortführung der bestehenden Baumreihe, unter Beilassung einer Zugangsschneise, auf 50 m Länge und 1,5 m Breite. Auf dieser Fläche können dann sukzessive Bäume der „100 Bäume für Egelsbach – Idee“ der ev. Kirche und Baumspenden aus den Reihen der Kerbburschen gepflanzt werden. Es können bis zu 8 Bäume gepflanzt werden.

Teil 2: (s. Planskizze)

Entsiegelung des nördlichen Randes. Bei dieser Variante muss wegen der verlegten Leitungen der genaue Verlauf der Entsiegelungsstrecke noch geprüft werden. Geplante Länge: 90 m, Breite 1,5 m. Es können bis zu 20 Bäume gepflanzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Gemeindestraßen 1201015/6165000

Kosten Tiefbau

- Teil 1: 12.000 € brutto
- Teil 2: 18.000 € brutto

Pflanzkosten

- 700 Euro/Baum (Umfang ca. 18 – 20 cm, s. Kerbborsch-Eiche vor Eigenheim)
- Planungskosten 4750 Euro gem. Angebot Büro Schäfer

Erläuterungen:

Wie im Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorgesehen, soll der Berliner Platz mit möglichst vielen Bäumen bepflanzt werden

Die vorgeschlagene Vorgehensweise leistet mit der geplanten Bepflanzung einen Beitrag zum Klimaschutz und erhält genügend Platz für weitere Ideen zur Umgestaltung des Großteiles des Platzes, unter Berücksichtigung der Ansprüche zukünftiger Veranstalter.

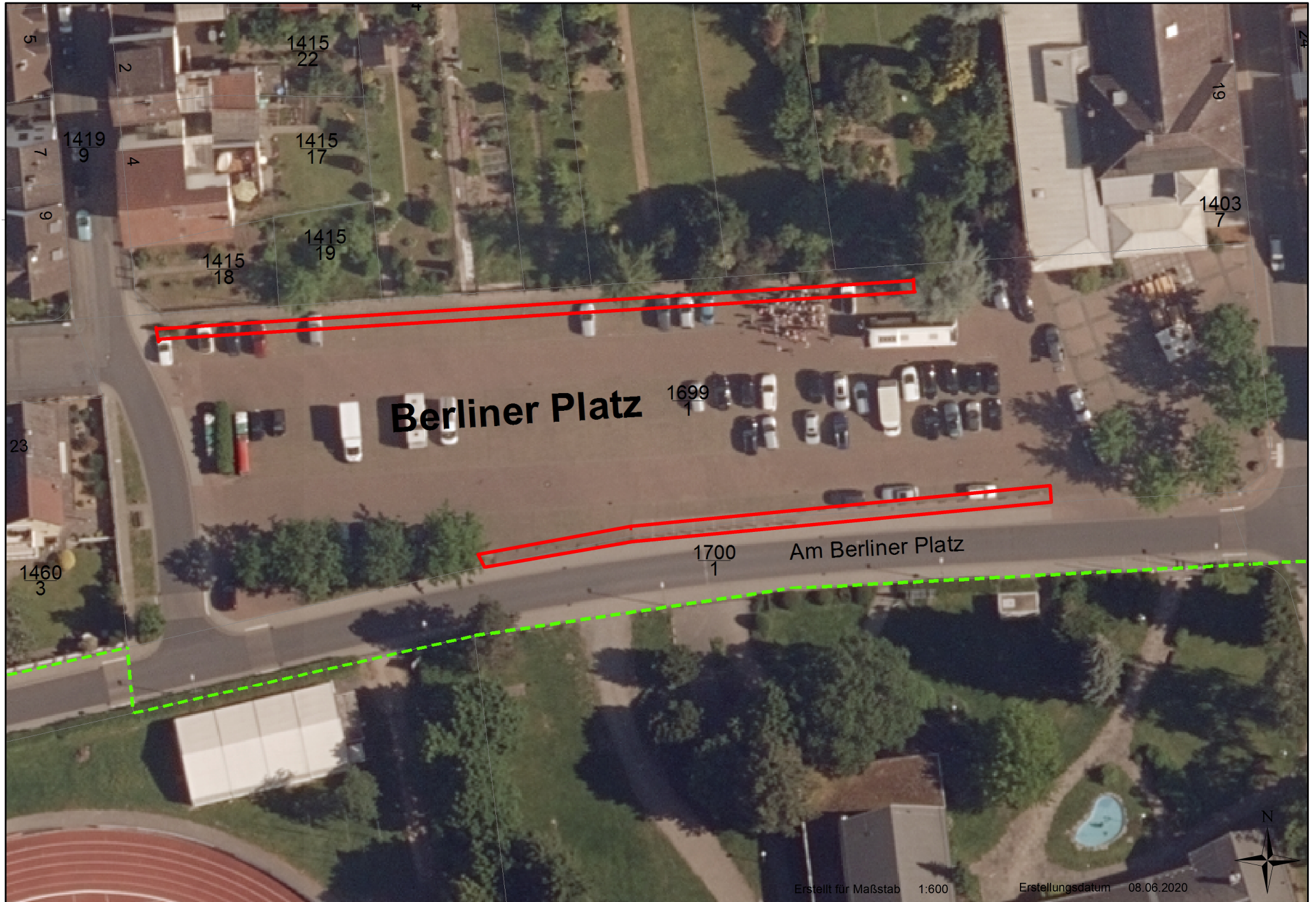
Das in den 90er Jahren verlegte Drainagesystem wird bei der vorgeschlagenen Ausführung der Bepflanzung, wie auch in der Stellungnahme des Ing. Büros Schäfer erwähnt, nicht in seiner Funktion beeinträchtigt.

Nach Einschätzung von Herrn Kurpiela sind Schäden an den äußeren Rändern der Drainage möglicherweise zu vernachlässigen, da sie den Abfluss von vorgelagerten Bereichen nicht behindern.

Nach Begehung des Platzes mit dem Abwasserverband wird festgestellt, dass bei Anschluss des Drainagesystems an den Kanal in der Mitte des Platzes, die randliche Bepflanzung keine Gefahr für die Verrohrung darstellt.

Sollte die Drainage von der Mitte des Platzes in die Ränder entwässern, dann wäre das für die randlichen Baumgruben eine zusätzliche Wasserzufuhr.

Der Gemeindevorstand hat dem mit dieser Beschlussvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 25.08.2020 zugestimmt.



Berliner Platz

Am Berliner Platz

GEMEINDE EGELSBACH

Haupt- und Finanzausschuss



Egelsbach, 13.09.2019

B E S C H L U S S

aus der 24. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, 12.09.2019

9.1.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 03-2019 vom 20.08.2019 betr.: "Bepflanzung Berliner Platz"
-------	---

Beschluss:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird mit der Erstellung eines Konzepts für die Umgestaltung des Berliner Platzes, insbesondere durch Bepflanzung mit Bäumen, beauftragt.

Hierbei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Der Berliner Platz möge einerseits mit möglichst vielen Bäumen bepflanzt werden, ohne andererseits den Charakter als Parkplatz und Festplatz zu stark einzuschränken.
- Bei der Planung der Ausgestaltung möge deshalb die Fa. Hausmann als Veranstalter des Frühlingstreffes mit einbezogen werden.
- Die evangelische Kirche möge ebenso mit einbezogen werden, da für die Bepflanzung Bäume aus der geplanten Aktion „Bäume für Egelsbach“ genutzt werden könnten.
- Bezüglich der Kosten einer Umgestaltung möge geprüft werden, ob hierfür Fördergelder herangezogen werden können.

Die Kosten für die Beauftragung eines Fachbüros für die Erstellung des Konzepts, die Umgestaltung inklusive Pflanzung, sowie die Folgekosten durch Laubbeseitigung und Bewässerung mögen in der folgenden Sitzung dargelegt werden, damit die Gemeindevertretung entscheiden kann.“

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimme(n) (2x Grüne, 1x FDP, 2x CDU) , 4 Gegenstimme(n) (2x SPD, 2x WGE), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 03-2019 vom 20.08.2019 betr.: "Bepflanzung Berliner Platz".

INGENIEURBÜRO
HERMANN SCHÄFER
GmbH & Co. KG

Ing.-Büro H. Schäfer GmbH & Co. KG, Gartenstr.2, 63303 Dreieich

Gemeinde Egelsbach
Bauamt
Freiherr-vom-Stein-Straße 13
63229 Egelsbach

ENTWURF, PLANUNG UND BAULEITUNG
Kommunaler Tiefbau – Erschließungsanlagen – Gewässer

Gartenstraße 2
63303 Dreieich-Sprendlingen
Telefon: (06103) 62030 / 62039
Telefax: (06103) 61504

USt.-Nr.: 028 364 30368

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Tag

ME 224-20

17. August 2020

Betr.: Gemeinde Egelsbach, Bepflanzung Berliner Platz

hier: planerische Begleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Höher,

gemäß Ihrem Entwurf zur Beschlüßvorlage soll für die Umgestaltung des Berliner Platzes ein Konzept erstellt werden, in dem besonders die Entsiegelung von Randbereichen im Norden und im Süden sowie die Pflanzung von möglichst vielen Bäumen in den Fokus genommen werden soll.

Sie baten mich, für ein solches Konzept die Planungskosten zu beziffern.

Zur Herleitung der Planungskosten und des Umfangs der möglichen Umgestaltung durch Entsiegelung und Baumpflanzungen möchte ich ein bisschen weiter ausholen. Zunächst ist die thematische Unterteilung der Maßnahme in einen Nordteil und einen Südteil notwendig, da sich beide Seiten erheblich unterscheiden.

SÜDSEITE:

Auf der Südseite gilt es, den breiten Zugangsbereich vom Bürgerhaus zum Platz, der diesen als Festplatz prägt, sowohl für Besucher als auch für Rettungseinsätze, zu erhalten. Dementsprechend ist die kompromisslose Fortsetzung der Baumreihe im Westen nicht anzuraten. Ich empfehle im Anschluß an die bestehende Baumreihe eine freie Zugangsschneise, daran anschließend 4 überfahrbare Baumroste, dann die Umwandlung der längs angeordneten PKW-Stellplätze in einen Pflanzstreifen.

Durch diese Vorgehensweise erreicht man eine Quasi-Entsiegelung der schraffierten Fläche, was sich aus der Quer- und Längsneigung der Platzfläche ergibt. Das abfließende Regenwasser kann in den Baumquartieren versickern. Unter Flur sind pro Baum 10 m³ Wurzelraum zur Verfügung zu stellen. Dies erreicht man durch einen

Streifen von 2 m Breite und 1 m Tiefe, der mit Pflanzsubstrat gefüllt wird. Der obere halbe Meter ist mit Vegetationsboden zu füllen. Somit ergeben sich Baumquartiere, die von OK Pflaster 1,50 m tief sind.

Erfahrungsgemäß betragen die Kosten für die Herstellung eines Baumquartiers ca. 2.500 € netto. Bei überfahrbaren Baumrosten verdoppelt sich dieser Betrag wahrscheinlich. Eine dauerhafte Einsparung ergibt sich durch das Abhängen der Fläche von der Kanalisation (Gebühren für Niederschlagswasser).

NORDSEITE:

Auf der Nordseite kann gemäß Skizze aus Ihrem Entwurf zur Beschlusvorlage ein Streifen von 1,50 m Breite entsiegelt werden um dort ebenfalls eine Baumreihe zu etablieren. Auch auf dieser Seite empfehle ich die Herstellung von Baumquartieren, also einen 2 m breiten Streifen mit 1,00 m Pflanzsubstrat. Nach oben sichtbar bleibt ein 1,50 m breiter Streifen, der mit Vegetationsboden 0,50 m hoch gefüllt wird. Als Abgrenzung zu den Parkständen empfiehlt sich hier, u.a. zum Schutz der Bäume, ein Hochbordstein. Entsiegelung findet nur auf der Breite des Pflanzstreifens statt, da die Oberfläche des Platzes nach Süden fällt.

Es ist zu prüfen, inwieweit die senkrecht angeordneten Stellplätze erhalten werden können (Reduzierung der Stellplatzlänge durch die Baumreihe). Wenn die Länge weniger als 4,50 m beträgt, dann sind sie, auch mit Überhang des parkenden Autos, nicht mehr sicher nutzbar. Als Konsequenz könnte die Breite der Pflanzfläche größer ausfallen und man könnte einen 3 m breiten Streifen zum Längsparken anbieten.

ZUSAMMENFASSUNG

Es ist möglich, gemäß Ihrem Entwurf zur Beschlusvorlage (Nordseite) bzw. in Anlehnung daran (Südseite) den Berliner Platz teilweise zu entsiegeln und durch Baumpflanzungen eine Umgestaltung mit einem Beitrag zum Klimaschutz zu erreichen. Das bestehende Drainagesystem wird durch diese Maßnahmen nicht beschädigt und bleibt funktionsfähig. Sofern Drainagerohre in die Pflanzquartiere ragen sollten, können sie gekürzt werden.

Für die weitere planerische Begleitung der Maßnahme stehe ich Ihnen gerne gemäß unserem Rahmenvertrag für technische Dienstleistungen zur Verfügung. Die Gesamtkosten für die aufzuwendenden Stunden kann ich aus heutiger Sicht nur grob abschätzen. Mit 15 Stunden Büroleiter, 25 Stunden Dipl.-Ing. und 25 Stunden Zeichner liegen sie bei ca. 4.750,00 € brutto.

Mit freundlichen Grüßen

(Dipl.-Ing. Michael Eberle)





**Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Joachim Jaxt**

**Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach**

Antrag Nr. :	02-2020
Datum :	25.08.2020
Thema :	Prüfung einer Baumbepflanzung der Wolfsgartenstraße
Ausschuss:	BUA, HFA

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand möge prüfen, ob und wie eine Umgestaltung der Wolfsgartenstraße zur Allee durch Baumbepflanzung im Bereich von der Einmündung Schlesierstraße bis zur Kreuzung K168/Auf der Trift praktisch machbar ist und welche Kosten dafür zu veranschlagen wären.

Begründung

In Zeiten des Klimawandels kommt urbanen Grünflächen eine immer größere Bedeutung zu. Die Wolfsgartenstraße ist in dem genannten Bereich mit sehr breiten Randflächen ausgebaut, so dass für Baumbepflanzung genügend Platz sein sollte. Eine solche Bepflanzung würde zudem zu einer Verschönerung des Straßenbildes führen.

Mit freundlichen Grüßen



**Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Joachim Jaxt**

**Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach**

Antrag Nr. :	03-2020
Datum :	25.08.2020
Thema :	Antrag zur Einführung von Mehrwegbechern in Egelsbach
Ausschuss:	BUA, HFA

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Wirtschaftsförderung erarbeitet mit den Egelsbacher Coffee-to-go Anbietern einen Weg zur Einführung eines Pfandsystems für Mehrwegbecher.

Begründung

Jeden Tag werden in Deutschland Unmengen von Coffee-to-go Einwegbecher verbraucht (s. Anhang). Dieser Verbrauch lässt sich durch den Einsatz von Mehrwegbechern drastisch reduzieren.

In Egelsbach gibt es mehrere Coffee-to-go Anbieter, insbesondere Bäckereien, die durchaus die Möglichkeit haben, Mehrwegbecher anzubieten.

Ausdrücklich soll die Gemeinde hier kein eigenes Pfandsystem aufbauen, sondern den Weg für ein einheitliches System für Egelsbach ebnen.

Es ist deshalb ratsam, auf Unterstützung durch Anbieter derartiger Pfandsysteme, wie z.B. RECUP, zurückzugreifen, die bereits deutschlandweit eine Lösung z.B. für Bäckereien, Tankstellen (SHELL), Schulen, Betriebskantinen und Eisdielen bereitstellen.

Näheres z.B. unter: <https://recup.de/stdte-kommunen>

Wie funktioniert das Mehrwegsystem?

Der Coffee-to-go Anbieter leiht sich die benötigte Anzahl an Mehrwegbechern gegen Zahlung eines Pfandbetrags (1€) und verleiht diese Becher, ebenfalls gegen ein Pfand (1€), an seine Kunden weiter. Somit ist es für ihn ein durchlaufender Posten.

Der Kunde gibt den Becher bei einem der beteiligten Pfandnetz-Partner gegen Rückerstattung des Pfandentgelts zurück.

Für die Teilnahme am System zahlt der Pfandnetz-Partner eine monatliche Gebühr (ca. 30-40 €) an den Anbieter. Defekte Becher werden durch den Anbieter ersetzt.

Mit der Teilnahme an einem Mehrwegsystem unterstützt Egelsbach die Forderung nach einem nachhaltigeren Wirtschaften, zum einen durch die Vermeidung von Ressourcen für die Herstellung von Wegwerfbechern, aber auch durch die resultierende Müll-Reduzierung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. G. W.', is located in the lower-left quadrant of the page.



Umweltproblem Coffee to go-Einwegbecher

Die wichtigsten Fakten



Verbrauch

Nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe werden deutschlandweit rund 2,8 Milliarden Coffee to go-Becher pro Jahr verbraucht. Stellt man diese mit dem dazugehörigen Plastikdeckeln aufeinander, entsteht ein 300.000 km hoher Turm. In Form einer Kette ließe sich die Erde damit mehr als sieben Mal umrunden. Jeder Deutsche verbraucht 34 Einwegbecher im Jahr. Bundesweit fallen jeden Tag rund 7,6 Millionen Coffee to go-Becher an. Das macht pro Stunde 320.000 Stück.

Einsatz von Holz- und Papier

Für die Herstellung von Pappbechern sind in Deutschland pro Jahr 29.000 Tonnen Papier notwendig. Für dessen Produktion werden 64.000 Tonnen Holz verbraucht. Oder anders gesagt: Für den schnellen Kaffee-Genuss im Einweg-Becher müssen jährlich 43.000 Bäume gefällt werden.

Wasserverbrauch

Für die Herstellung der Papierfasern sind große Wassermengen notwendig. Die Produktion von einem Kilo Papier verschlingt

über 50 Liter Wasser. Für die Anfertigung eines Coffee to go-Einwegbechers benötigt man über einen halben Liter Wasser – also in der Regel mehr als für das Aufbrühen des Kaffees in dem Becher verwendet wird. Um die in Deutschland jährlich verbrauchten 2,8 Milliarden Coffee to go-Becher herzustellen, werden 1,5 Milliarden Liter Wasser benötigt. Umgerechnet auf den durchschnittlichen täglichen Wasserverbrauch eines Deutschen (121 Liter) entspricht das dem Tagesverbrauch von mehr als 12 Millionen Menschen oder dem Jahresverbrauch von 32.000 Bürgern.

Energieverbrauch

Für die Herstellung der Papierfasern von Einweg-Kaffeebechern wird viel Energie benötigt – nämlich umgerechnet **320 Millionen kWh pro Jahr**. Mit dieser eingesetzten Energie könnten mehr als 100.000 Musterhaushalte 1 Jahr lang mit Strom versorgt werden. Das entspricht mehr als dem jährlichen Stromverbrauch der Einwohner der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin.

Verwendung von Kunststoff

Der Deckel und die im Coffee to go-Becher enthaltenen Beschichtungen, bestehen aus Kunststoff, für deren Produktion Rohöl



Einweg ist nicht nur der Becher

benötigt wird. Ein Standard-Einwegbecher besteht etwa zu fünf Prozent aus dem Kunststoff Polyethylen. Für die in Deutschland jährlich verbrauchte Menge an Einwegbechern sind **1.500 Tonnen Polyethylen** notwendig. Die dazugehörigen Deckel verschlingen **9.400 Tonnen Polystyrol**. Für die Herstellung der Polyethylen-Beschichtungen der Kaffeebecher und der Polystyrol-Deckel kommen jedes Jahr rund **22.000 Tonnen Rohöl** zusammen.

Klimabelastung

Durch die Produktion der jährlich in Deutschland verbrauchten Coffee to go-Becher entstehen **83.000 Tonnen CO₂-Emissionen**. Die Herstellung der dazugehörigen Polystyrol-Deckel verursacht zusätzlich rund **28.000 Tonnen CO₂-Emissionen**. Der Ersatz von Einwegbechern durch wiederverwendbare Mehrwegbecher verringert den Ausstoß schädlicher Klimagase.

Abfallaufkommen

15 Minuten. So lange dauert es etwa, um einen Becher Kaffee zu trinken. Damit ist die Lebensdauer eines Coffee to go-Bechers noch kürzer als die einer Plastiktüte, die nach 25 Minuten zu Abfall wird. Allein in Berlin fallen pro Tag fast eine halbe Million Coffee to go-Einwegbecher an. **Pro Jahr verursachen Einwegbecher in Deutschland 31.000 Tonnen Abfall und zusätzliche 9.000 Tonnen durch Plastikdeckel. Diese 40.000 Tonnen Abfall entsprechen dem Gewicht von mehr als 33.000 Volkswagen Golf.**

Umweltverschmutzung

Der Verbrauch von Einweg-Kaffeebechern hat seit Jahren ständig zugenommen, besonders in großen Städten und touristischen Ballungsgebieten, wie z.B. Berlin. Dort werden **täglich mehr als 460.000 und jährlich 170 Millionen Pappbecher** verbraucht –

Tendenz steigend. In einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid vom Mai 2015 im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe gaben 85 Prozent der Befragten an, dass Coffee to go-Einwegbecher Plätze und Parks verschmutzen sowie öffentliche Papierkörbe überlasten. Es ist davon auszugehen, dass sowohl der Verbrauch der Einwegbecher, als auch ihre falsche Entsorgung in der Umwelt weiter zunehmen werden.

Einsatz von Neumaterial

Coffee to go-Einwegbecher bestehen überwiegend aus Papierfasern, für deren Herstellung in aller Regel Neumaterial verwendet wird. **Recyclingpapierfasern kommen praktisch nicht zum Einsatz.** Grund hierfür sind zum einen die Verkürzung der Papierfasern durch das Recycling und zum anderen die Belastung des Recyclingpapiers durch mineralöhlhaltige Substanzen sowie durch Druckchemikalien. Deshalb sind Recyclingpapierfasern nur eingeschränkt als Verpackungsmaterial für Lebensmittel geeignet. **Für die Herstellung neuer Becher werden in der Regel neue Bäume gefällt.**

Problem Entsorgung

Selbst wenn Einweg-Pappbecher mit anderen Verpackungen und Wertstoffen über die gelbe Tonne oder den Papiermüll entsorgt werden, ist ein **vollständiges Recycling kaum möglich**. Landen beschichtete Pappbecher in der gelben Tonne, werden sie in der Regel in die Papierfraktion einsortiert und landen, genauso wie die in der Papiertonne entsorgten Becher, in Papierrecyclinganlagen. Aufgrund der Kunststoffbeschichtung löst sich meistens aber nur ein kleiner Teil der Papierfasern vom Becher. Der überwiegende Teil wird mit den nicht recycelbaren Resten als sogenannte „Spuckstoffe“ abgeschieden und zusammen mit dem Restmüll verbrannt.

.....
Die Deutsche Umwelthilfe hat Literaturdaten ausgewertet und eigene Berechnungen für den Rohstoffeinsatz, den Energieaufwand und die Klimabelastung von Coffee to go-Bechern durchgeführt. Die DUH-Berechnungen gehen von Coffee to go-Einwegbechern aus beschichteter Pappe der Standardgröße 0,3 l und einem Durchschnittsverbrauch von 162 Liter Kaffee pro Kopf und Jahr aus.



www.becherheld.de

www.facebook.com/becherheld

Kontakt:

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Thomas Fischer | Leiter Kreislaufwirtschaft
 Hackescher Markt 4 | Eingang: Neue Promenade 3 | 10178 Berlin
 Tel.: 030 2400867-43 | Mobil: 0151 18256692 | E-Mail: fischer@duh.de
 Hanna Griesbaum | Projektmanagerin Kreislaufwirtschaft
 Tel.: 030 2400867-45 | E-Mail: griessbaum@duh.de | www.duh.de



**Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Joachim Jaxt**

**Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach**

Antrag Nr. :	04-2020
Datum :	25.08.2020
Thema :	Errichtung zweier kleiner Mini-Fußballtore
Ausschuss:	BUA, HFA

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

1. Die kleine Spielwiese an dem Stichweg Lutherstraße/Langener Straße (unmittelbar östlich neben dem Kinderspielplatz an der Kita Brühl) wird an ihrem westlichen und östlichen Ende durch zwei fest montierte Mini-Fußballtore (1.2m x 0.8m) ergänzt.
2. Sofern die Kosten 3.000 € übersteigen würden, ist vorab nochmals die Zustimmung der Gemeindevertretung einzuholen.

Begründung

Das Fertigstellungsdatum des geplanten Bolzplatzes ist zum einen aufgrund grundstückrechtlicher Fragen noch nicht absehbar, zum anderen wird das Angebot an öffentlich zugänglichen Sportmöglichkeiten selbst nach der Fertigstellung sehr überschaubar sein. Die vorgeschlagene Maßnahme schafft in dieser Situation ohne große Investition ein zusätzliches Freizeitangebot am kinderreichen Brühl.

Die genannte Spielwiese verfügt bereits über ein größeres Tor an ihrem nördlichen Ende, das offensichtlich auch genutzt wird. Allerdings wirkt die Wiese dennoch nicht sonderlich einladend. Durch Anbringung zweier kleinerer Tore würde die Spielwiese aufgewertet werden.

Fest verankerte, vandalismustefte Mini-Tore der genannten GröÙe sind laut Internet für je rund 700 bis 800 € erhältlich. Zuzüglich der Kosten einer robusten Bodenverankerung und eines gewissen Puffers ergibt sich daraus der in Ziffer 2. genannte Maximalbetrag.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. G. W.', is located in the upper left quadrant of the page. The signature is written in a cursive style and is contained within a small, light-colored rectangular area.

**Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Joachim Jaxt**

**Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach**

Antrag Nr. :	05-2020
Datum :	25.08.2020
Thema :	Errichtung eines Basketballkorbes am Inline-Hockeyfeld (Heidelberger Straße)
Ausschuss:	BUA, HFA

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

1. An der Längsseite des Inlinehockeyfeldes in der Heidelberger Straße wird eine Basketballanlage (d.h. ein Basketballkorb mit Gestell und fester Bodenverankerung unmittelbar neben dem Feld) errichtet.
2. Sofern die Kosten 3.500 € übersteigen würden, ist vorab nochmals die Zustimmung der Gemeindevertretung einzuholen.

Begründung

Das Fertigstellungsdatum des geplanten Bolzplatzes ist zum einen aufgrund grundstückrechtlicher Fragen noch nicht absehbar, zum anderen wird das Angebot an öffentlich zugänglichen Sportmöglichkeiten selbst nach der Fertigstellung sehr überschaubar sein. Eine Basketballanlage schafft in dieser Situation ohne große Investition ein zusätzliches Freizeitangebot.

Die Anlage kann so errichtet werden, dass der Basketballkorb an einer der Längsseiten errichtet wird, zum Spielfeld zeigt und von dort aus bespielt werden kann. Die Betonspielfläche selbst bliebe unversehrt, indem die Bodenverankerung des Gestells direkt neben der Spielfläche erfolgt.

Die SGE ist mit der Errichtung einverstanden und bereit, die Fläche öffentlich zugänglich zu machen, sofern eine Nutzung außerhalb der Trainings- und Spielzeitenzeiten der In-Liner Abteilung erfolgt.

Fest verankerte, vandalismusfeste Anlagen für den Außenbereich sind laut Internet für 1.200 bis 1.500 € erhältlich. Die Montagekosten belaufen sich auf etwa 800-1.000 €, Zusätzlich eines gewissen Puffers ergibt sich daraus der in Ziffer 2. genannte Maximalbetrag.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. G. W.', is located in the upper left quadrant of the page. The signature is written in a cursive style and is contained within a small, light-colored rectangular area.

**Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herr Hans-Joachim Jaxt**

**Freiherr-vom-Stein Straße 13
63329 Egelsbach**

Antrag Nr. :	06-2020
Datum :	25.08.2020
Thema :	Antrag zur Errichtung einer Graffitiwand neben dem Jugendzentrum
Ausschuss:	BUA, HFA

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Am Rand der Fläche der Bürgerhauswiese, in Richtung des Sportgeländes der SGE, soll eine fest installierte Holzwand (ca. 2,50 x 7,00m) aus Sperrholzelementen aufgestellt werden, die Kindern und Jugendlichen eine legale Möglichkeit zur Ausübung von Graffitikunst ermöglicht. Die Wand soll zudem zwei runde Aussparungen haben, durch die die Wand gleichzeitig als Torwand genutzt werden kann. Die maximalen Kosten werden mit insgesamt 1.000 Euro veranschlagt. Die Pflege der Wand sowie die pädagogische Betreuung wird durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Vereins für Jugendsozialarbeit und Jugendkulturförderung Rhein-Main e.V. durchgeführt.

Begründung

Kinder und Jugendliche haben ein Bedürfnis sich kreativ zu entfalten und auszudrücken. Kunstpädagogische Konzepte und Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, diese Bedürfnisse auszuleben. In den verschiedensten Städten Deutschlands sind deshalb in den letzten Jahrzehnten Graffitiwände entstanden. Aktuelle erziehungswissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, dass die Option einer legalen Graffitiwand die Verbreitung von Graffiti auf dafür nicht vorgesehenen Flächen minimiert, Kinder und Jugendliche von diesen Flächen fernhält und somit Graffitikunst entkriminalisiert. Gleichzeitig bietet die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit Graffiti einen niedrigschwelligen Zugang zu Kunst für Kinder und Jugendliche und gibt die Option zur Aneignung und Gestaltung eines eigenen sozialen Raumes.¹ Eine portable Wand, wie sie bisher beim Raus-Aus-Dem-Keller-Festival verwendet wird, wurde stets von

1: Baldelli, Luca (2017): 20 Jahre Jubiläum Hall of Fame Wohlen - Förderung der Zusammenarbeit von Kunstschaffenden, Kunstvermittlung und Sensibilisierung

vielen Kindern und Jugendlichen genutzt. Außerhalb des Festivals bietet eine fest installierte Wand, wie wir sie vorschlagen, Vorteile gegenüber einer portablen Variante: Die Wand bleibt auch außerhalb der Öffnungszeiten des Jugendzentrums sichtbar und nutzbar, das Personal des Jugendzentrums hat keinen zusätzlichen Aufwand, der durch Lagerung oder Transport entstehen würde und es muss durch den Wegfall der Lagerung nicht auf die Zeit geachtet werden, die zum Trocknen der Farbe nötig wäre. Bei Installation einer solchen Wand fiele dem Jugendzentrum die Aufgabe der regelmäßigen Pflege zu, die auch das Überstreichen beinhaltet, um stets Platz für neue Graffiti zu schaffen. Darüber hinaus hat sich das Jugendzentrum bereit erklärt Workshops anzubieten und so ein zusätzliches Angebot, das sich speziell an Jugendliche richtet, zu schaffen. Wir sehen in der Installation einer Graffitiwand, die zudem gleichzeitig als Torwand fungiert, einen Gewinn für Egelsbach, da sie die Jugendarbeit unterstützt, Kindern und Jugendlichen eine (zwei) weitere Freizeitaktivität(en) ermöglicht sowie im Ortskern einen gut sichtbaren Ort für kollektiv erzeugte Kunst für alle Egelsbacher und Egelsbacherinnen entstehen lässt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. Glu', is centered below the closing text.